

67. Sitzung

Potsdam, Freitag, 14. Dezember 2012

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	5501	Frage 1164 (Gemeinsames Abitur Berlin-Brandenburg) Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	5509
1. Fragestunde		Frage 1161 (Einrichtung einer Wolfsinformationsstelle) Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	5511
Drucksache 5/6515 Drucksache 5/6464 (Neudruck)	5501	2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)	
Dringliche Anfrage 70 (Fahrplan- und Anbieterwechsel im Bahnverkehr), Frage 1156 (Wegfall des Zughaltes in Brand auf der Linie des RE 2) und Frage 1157 (Ausgelassener Halt des RE 2 im Bahnhof Brand) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	5501	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Frage 1154 (Kostenerstattung laut Brandenburgischem Vergabegesetz) Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	5505	Drucksache 5/5772	
Frage 1155 (Sicherung des Fachkräftebedarfs in Kindertagesstätten) Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	5505	<u>3. Lesung</u>	
Frage 1158 (Evaluierung der Alleenkonzeption) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	5506	Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung	
Frage 1159 (Eichenprozessionsspinner bekämpfen) Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger	5507	Drucksachen 5/6400 bis 5/6408 Drucksachen 5/6410 bis 5/6414 Drucksache 5/6420	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
		Drucksache 5/6423	

	Seite		Seite
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU		5. Den ÖPNV im Land Brandenburg fahrgast- freundlich gestalten	
Drucksache 5/6562 (Neudruck)	5511	Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Burkardt (Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen)	5511	Drucksache 5/6465	
Holzschuher (SPD)	5513	Entschließungsantrag der Fraktion der FDP	
Dombrowski (CDU)	5516	Drucksache 5/6512	
Görke (DIE LINKE)	5521	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE	
Büttner (FDP)	5525		
Vogel (GRÜNE/B90)	5530	Drucksache 5/6561	5551
Ministerpräsident Platzeck	5535	Genilke (CDU)	5551
Kurzintervention des Abgeordneten Dombrowski (CDU)	5538	Frau Kircheis (SPD)	5552
3. Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft im Land Brandenburg (Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz - BbgJVollzG)		Beyer (FDP)	5553
Gesetzentwurf der Landesregierung		Frau Wehlan (DIE LINKE)	5554
Drucksache 5/6437		Jungclauss (GRÜNE/B90)	5555
1. Lesung	5539	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Minister der Justiz Dr. Schöneburg	5539	Vogelsänger	5556
Eichelbaum (CDU)	5541	Genilke (CDU)	5556
Kuhnert (SPD)	5542	6. Optimale Koordination und schnelle Hilfe bei Rettungseinsätzen sicherstellen	
Goetz (FDP)	5544	Antrag der Fraktion der CDU	
Loehr (DIE LINKE)	5544	Drucksache 5/6454	5557
Frau Niels (GRÜNE/B90)	5545	Lakenmacher (CDU)	5557
4. Landnutzungspolitik für die Entwicklung und den Erhalt ländlicher Regionen gemeinsam denken, konkrete Umsetzung ermöglichen, dem Land dienen!		Schippel (SPD)	5558
Antrag der Fraktion der FDP		Goetz (FDP)	5558
Drucksache 5/4764		Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	5559
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	5559
Drucksache 5/6287	5545	Minister des Innern Dr. Woidke	5560
Beyer (FDP)	5546	Lakenmacher (CDU)	5560
Folgart (SPD)	5546	Anlagen	
Dombrowski (CDU)	5547	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd- liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 14. Dezember 2012	5562
Dr. Luthardt (DIE LINKE)	5548	Anwesenheitsliste vormittags	5568
Frau Niels (GRÜNE/B90)	5549	Anwesenheitsliste nachmittags	5568
Kurzintervention des Abgeordneten Dr. Luthardt (DIE LINKE) ..	5550	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Frau Niels (GRÜNE/B90)	5550		
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft			
Vogelsänger	5550		

Beginn der Sitzung: 10.20 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 67. Sitzung des Landtages Brandenburg. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gratuliere ich dem Abgeordneten Pohl zum Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall - Dem Abgeordneten wird ein Blumenstrauß überreicht.)

Gibt es Bemerkungen zur Tagesordnung? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich über die Tagesordnung abstimmen und bitte um Ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall, sodass wir nach dieser Tagesordnung verfahren können.

Ich teile Ihnen mit, dass wir etwa bis 15 Uhr auf Frau Ministerin Kunst zu verzichten haben. Sie wird von Herrn Minister Baaske vertreten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

Drucksache 5/6515
Drucksache 5/6464
(Neudruck)

Wegen der gleichen Inhalte ist verabredet worden, die **Dringliche Anfrage 70** (Fahrplan- und Anbieterwechsel im Bahnverkehr) in Drucksache 5/6515 gemeinsam mit den Fragen 1156 und 1157 zu beantworten. - Ich bitte Herrn Görke, seine Dringliche Anfrage zu stellen.

Görke (DIE LINKE):

Unlängst gab es einen Fahrplanwechsel und auf zahlreichen Strecken im Land auch einen Betreiberwechsel - so im Westhavelland und in der Prignitz auf den Bahnlinien RE 2 und RE 4. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der dortige Verkehr in den Hauptverkehrszeiten regelrecht chaotisch abläuft. Die eingesetzten alten Wagen der Ostdeutschen Eisenbahngesellschaft sind nicht in der Lage, die wartenden Fahrgäste aufzunehmen. Fahrgäste, die nicht mitfahren konnten, sind empört. Dazu kommt, dass die Türen nicht geeignet sind, ein planmäßiges Ein- und Aussteigen zu gewährleisten. Schließlich kommt es auch dazu, dass Fahrgäste nicht aussteigen können und bis zum nächsten Haltepunkt durchfahren müssen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft ihre Verpflichtungen zur Umsetzung des Betreibervertrages einhält?

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit der **Frage 1156** (Wegfall des Zughaltes in Brand auf der Linie des RE 2) fort, gestellt vom Abgeordneten Lakenmacher.

Lakenmacher (CDU):

Im Ortsteil Alt Zauche in der Gemeinde Alt Zauche-Wußwerk ist das Brückenbauwerk am Nordumfluter stark einsturzgefährdet. Aufgrund von Überschwemmungen und starken Vernässungen kam es bereits zu einer Absenkung von mehr als 30 cm. Die Wotschofska-Brücke ist bereits seit März 2012 für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

(Frau Kircheis [SPD]: Das ist die falsche Frage!)

- Dann stelle ich gern die andere Frage. Gut: Wegfall des Zughaltes in Brand auf der Linie des RE 2. - Ich habe so viele; dann stelle ich diese, wobei mir die andere natürlich auch wichtig wäre.

Da die ODEG zum Fahrplanwechsel im Dezember nicht auf genügend Züge ihrer bestellten Zugreihe KISS zurückgreifen kann, soll der Bahnhof Brand für mehr als drei Monate nur noch sehr eingeschränkt angefahren werden. Unmittelbar davon betroffen ist das Tropical Islands mit jährlich 85 000 Besuchern und 560 Mitarbeitern, deren Anreise mit der Bahn damit unmöglich gemacht wird.

Ich frage die Landesregierung: Auf der Grundlage welcher Erwägungen hat Minister Vogelsänger die Entscheidung in Bezug auf den Wegfall des Zughaltes in Brand und damit für den Halt in Raddusch herbeigeführt und beeinflusst?

Präsident Fritsch:

Das war die richtige Frage. - Wir setzen mit **Frage 1157** (Ausgelassener Halt des RE 2 im Bahnhof Brand) fort, gestellt vom Abgeordneten Tomczak.

Tomczak (FDP): *

Die Regionalbahnstrecke RE 2 wird seit dem 09.12.2012 von der ODEG betrieben. Am 26.11.2012 setzte der VBB den Landrat des Landkreises LDS darüber in Kenntnis, dass die ODEG im Bahnhof Brand nicht mehr halten wird.

Der Bahnhof Brand ist Anfahrpunkt für zahlreiche Berlin-Pendler aus der umliegenden Region. Die Gemeinde Halbe hat in den letzten Jahren das Parkplatzsystem im Bahnhofsumfeld mit hohem finanziellem Aufwand ausgebaut. Der Bahnhof Brand ist Umsteigepunkt für die Mitarbeiter und Besucher von Tropical Islands auf den Shuttle-Service des Unternehmens.

Da Herr Görke eine ähnliche Frage gestellt hat, wie ich sie stellen wollte, möchte ich mich mit einer Nachfrage äußern: Wie begründet der VBB seine Entscheidung zum Bahnhof Brand?

Präsident Fritsch:

Die Antworten auf diese drei Fragen gibt uns Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die drei Fragen hätte ich den Fahrgästen im Land Brandenburg

gern erspart. Ich weiß, dass viele hunderttausend Menschen auf den schienengebundenen Personennahverkehr angewiesen sind und ihn auch gern nutzen - wenn er denn ordentlich funktioniert; die Tendenz ist steigend. Was besonders bitter ist: Ich habe viele Menschen gesprochen, die große Hoffnungen in Bezug auf den Fahrplanwechsel hatten.

Ich erinnere daran, dass die wichtigste Linie - die des RE 1 - unterbrochen war, dass neue Regionalbahnlinien nach Berlin-Friedrichstraße eingerichtet worden sind, was den Bereich Golm bzw. Potsdam betrifft. Auch bezüglich der Linien RE 2 und RE 4 gab es Hoffnungen auf neue Fahrzeuge und eine bessere Bedienung. Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden, und die Bahnunternehmen bleiben in der Verantwortung. Verträge, die man unterzeichnet, sind einzuhalten. Ziel ist und bleibt, dass das, was bestellt wird, auch eingehalten - in diesem Fall: gefahren - wird.

Die Landesregierung hat sehr frühzeitig die erforderlichen Schritte eingeleitet, damit die ODEG ihre neue Verpflichtung zum Betrieb der Linien RE 2 und RE 4 gut vorbereitet in Angriff hätte nehmen können. Bereits im Sommer 2009 wurde der Vertrag mit der ODEG geschlossen - vor dreieinhalb Jahren! Dreieinhalb Jahre hatte die ODEG Zeit, in Umsetzung ihrer vertraglichen Verpflichtung die Betriebsaufnahme vorzubereiten. Diese Verpflichtung hat sie - um das klar zu sagen - nicht erfüllt. Auch wenn davon auszugehen ist, dass die ODEG die Bestellung der Fahrzeuge rechtzeitig vorgenommen hat, bleibt sie als Vertragspartner des Landes in der direkten Verantwortung.

Es kommt jetzt darauf an, einen funktionstüchtigen Ersatzverkehr - um es ganz deutlich zu sagen: Ersatzverkehr; mehr ist es leider nicht - auf beiden Linien zu organisieren. Es wurden Ersatzfahrzeuge der DB und aus Österreich organisiert, allerdings konnten diese in den ersten Tagen bei Weitem nicht die erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen. Die ODEG hat eine Verbesserung der Situation angekündigt.

Das reicht mir nicht aus. Ich habe am Mittwoch den Geschäftsführer einbestellt. Er hat mir die Situation erläutert. Ich habe ihn allerdings darum gebeten, einen schriftlichen Bericht vorzulegen; das ist zwischenzeitlich erfolgt. Es werden anschließend auch noch Dinge zu klären sein. Der Bericht beschreibt die Ausgangssituation und enthält Maßnahmen, die ab Montag wirksam werden sollen, und weitere Maßnahmen.

Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn dieser Bericht den Fragestellern - auch Frau Lehmann und andere haben bei mir nachgefragt - zur Verfügung gestellt wird - genauso wie den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen. Ich gehe davon aus, dass nicht nur bei mir die Anfragen bezüglich der unbefriedigenden Situation eingehen, sondern auch bei den Abgeordneten.

Das Land, mein Haus, ich selbst - wir sind bemüht, zusätzliches Rollmaterial zu organisieren. Es ist gelungen, bei metronom in Niedersachsen vier Dosto-Fahrzeugeinheiten, also Doppelstockwagen, und einen vierteiligen Triebzug zu ermitteln. Eine Anfrage bei der Landesregierung in Niedersachsen war erfolgreich. Ich danke auch dem niedersächsischen Minister für die Solidarität.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir haben uns dazu schon auf der Verkehrsministerkonferenz im Oktober ausgetauscht und hatten auch den Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes zu Gast. Die unbefriedigende Situation, die ich in Brandenburg erlebe, hatten auch schon andere Ministerkollegen erleben müssen. Das sollte uns übrigens nachdenklich machen, was die Bahnindustrie in Deutschland betrifft, die ja vertragliche Verpflichtungen mit Eisenbahnunternehmen eingeht. Es geht hier auch um den Wirtschaftsstandort.

Der Einsatz der Fahrzeuge auf den von der ODEG befahrenen Strecken wird zwischen dem VBB und der ODEG abgestimmt. Ich kenne dieses Konzept, es wurde mir auch vom Chef des Verkehrsverbundes zur Kenntnis gegeben. Es ist entschieden worden, dass alle Halte bedient werden, das heißt Raddusch, Brandt und auch Breddin. Brandt und Breddin werden mit einem eingeschränkten Haltekonzept bedient. Das ist eine Notlösung. Ich dränge weiter darauf, dass die Verträge eingehalten werden und eine vollständige Bedienung erfolgt. Am dramatischsten, Herr Görke, war die Situation im Havelland. Ich hoffe, dass durch das zusätzliche Zugmaterial, aber auch durch entsprechenden Einsatz eines Entlastungszuges eine Besserung eintritt.

Präsident Fritsch:

Herr Minister.

Minister Vogelsänger:

Ich lasse selbstverständlich Nachfragen zu.

(Heiterkeit)

Ich bin gern bereit, entsprechend Rede und Antwort zu stehen. Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich stehe mich nicht aus der Verantwortung. Ich habe die Situation nicht verursacht und gehe davon aus, dass wir gemeinsam Druck machen, damit die Verantwortlichen sich ihrer Verantwortung bewusst werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Präsident Fritsch:

Herr Minister, es bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als Nachfragen zuzulassen; das steht so in der Geschäftsordnung. - Die erste, die ich gesehen habe, war von Herrn Jürgens. Ist das richtig, oder habt ihr getauscht?

(Jürgens [DIE LINKE]: Der Fragesteller zuerst!)

Herr Görke, dann fangen Sie an.

Görke (DIE LINKE):

Herr Minister, uns ist klar, dass Sie nicht der Verursacher sind. Denn die Ursache liegt in der nicht erteilten Genehmigung des Eisenbahn-Bundesamtes für die neuen Züge. Deshalb meine Frage: Wann kann nach Ihrer Einschätzung mit der Freigabe des neuen Zugmaterials - oder, wie Sie gesagt haben, Rollmaterials - gerechnet werden?

Ich habe eine weitere Frage im Zusammenhang mit den vertraglichen Bestimmungen: Gibt es Einbehalte durch das Land, weil Bedienqualität und -quantität auf diesen Strecken nicht gewährleistet werden?

(Beifall DIE LINKE)

Minister Vogelsänger:

Die Frage habe ich schon beantwortet: Es wird das bezahlt, was gefahren wird. Das geht doch gar nicht anders. Zwar kann das die Eisenbahnunternehmen durchaus in größere Schwierigkeiten bringen, das ist aber nicht mein Thema. Mein Thema ist ein Vertrag, der entsprechend geschlossen ist. Das ist aber erst der zweite Teil, Herr Görke.

Der erste Teil muss sein, dass wir uns um die Bahnkunden kümmern, das heißt, es müssen Verbesserungen eintreten gegenüber dieser völlig inakzeptablen Situation, die insbesondere im Havelland besteht.

Ich habe im Oktober die Gelegenheit genutzt - wie auch Kollegen von mir -, mit dem Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes, dem Bundesminister und den Landesministern zu sprechen. Er hat mir versichert, dass für diese Aufgabe - Zulassung - entsprechend Personal zur Verfügung steht. Wir bleiben im direkten telefonischen Kontakt. Er hat mich weiter informiert, dass bis dato nicht alle Unterlagen vorliegen. Es ist für mich unmöglich, dem Eisenbahn-Bundesamt in sicherheitsrelevanten Bereichen Vorschriften zu machen. Dafür muss man Verständnis haben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass er zumindest die personellen Kapazitäten zur Verfügung stellt.

Nichtsdestotrotz habe ich in der nächsten Woche noch einen Termin im Bundesverkehrsministerium mit Staatssekretär Odenwald, in dem die Gesamtsituation eine Rolle spielt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Fragen noch einmal grundsätzlich klären müssen, insbesondere was die Fahrzeugzulassung und die Dinge, die damit zusammenhängen, betrifft. Das ist die eine Seite, die grundsätzlich angegangen wird. Die andere Seite ist die derzeitige Situation und sicherlich auch die Frage der Haftung dafür.

Präsident Fritsch:

Es folgt die Nachfrage von Herrn Jürgens.

Jürgens (DIE LINKE): *

Danke, Herr Minister, auch für die klaren Worte in Richtung der Verkehrsunternehmen, dass die geschlossenen Verträge auch einzuhalten sind.

Sie haben gesagt, es werde das bezahlt, was gefahren wird. Wenn jetzt allerdings die Verträge nicht eingehalten werden, darf ich dann davon ausgehen, dass das Land weniger bezahlt oder dass es Rückforderungen seitens des Landes an die Unternehmen gibt? Gibt es darüber hinaus Vertragsstrafen, weil Verträge nicht eingehalten werden? Das eine ist, etwas nicht zu bezahlen, was nicht gefahren wird; das andere ist, wenn Verträge gebrochen werden, auch entsprechende Strafzahlungen in Erwägung zu ziehen.

(Zuruf von der CDU: Knast!)

Minister Vogelsänger:

Herr Jürgens, ich habe es dargestellt: Es wird das bezahlt, was gefahren wird. Und das ist ja dann praktisch wie eine Vertragsstrafe. Ob weitere Dinge infrage kommen, wird selbstverständlich geprüft. Das ist aber jetzt nicht das Hauptthema. Das Hauptthema ist die Vertragseinhaltung.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Die nächste Nachfrage kommt von Frau Schier.

Frau Schier (CDU): *

Herr Minister, ich frage wegen der Haltestellen in Raddusch und Brand nach. Es wird gemunkelt - das können Sie jetzt gerne klarstellen -, dass Sie, als Sie die Wahl hatten, sich zwischen Raddusch und Brand zu entscheiden, sich für Raddusch entschieden haben. In Brand steigen jeden Tag 500 Menschen zu, in Raddusch 27. Dazu kommt noch, dass sehr viele Arbeitnehmer aus Tropical Islands nach Brand zur Arbeit fahren. Meine Frage ist: Stimmt es, dass das in Ihrer Entscheidungsbefugnis lag? Sehen Sie eine Möglichkeit, das zu ändern? Wenn dort ein Vierteljahr die Leute nicht zur Arbeit fahren können, ist das natürlich gravierend.

Minister Vogelsänger:

Ich sage es noch einmal: Ich habe mich für Raddusch und Brand entschieden.

(Frau Schier [CDU]: Das geht ja nicht!)

Ich habe mich dafür entschieden, dass an beiden Haltepunkten ein schienengebundener Personennahverkehr stattfindet. Brand wird von den Zügen der Regionalbahnlinie 14 und teilweise von den Zügen der Linie RE 2 bedient, Raddusch wird von den Zügen der Linie RE 2 angefahren. Ansonsten wäre der Halt in Raddusch völlig weggefallen. Diese Entscheidung ist auch in einer Diskussion mit dem Chef des Verkehrsverbundes entstanden. Ich muss Ihnen sagen: Egal, was Sie dort machen, es ist immer eine Notlösung. Es gilt daran zu arbeiten, dass diese Notlösung aufgehoben wird. Wir haben sowohl in Raddusch als auch in Brand eine stündliche Bedienung mit dem Regionalverkehr.

Ich weiß, dass ich da unter Kritik stehe; damit muss ich leben.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Es folgt die Nachfrage von Herrn Genilke.

Genilke (CDU):

Sehr geehrter Herr Minister, wir können ja jetzt beklagen, dass die ODEG nicht in der Lage ist, das Wagenmaterial auf die Schiene zu bringen. Ist denn in Ihrem Hause in Anbetracht der Erfahrung, die wir jetzt mit diesem Umstand haben - wir hatten sie auch schon einmal mit der Deutschen Bahn, das möchten wir bitte nicht verschweigen -, angedacht, bei zukünftigen Ausschreibungen zu erwägen, das Wagenmaterial selber zu erwerben? Wir bezahlen es ohnehin mit den Regionalisierungsmit-

teln. Auch das wäre eine Möglichkeit, um gegenüber den Herstellern der Wagen als direkter Partner, also als Geschäftspartner, aufzutreten.

Minister Vogelsänger:

Herr Genilke, auch das würde die Situation nicht verbessern. Es ist nicht angedacht, einen entsprechenden Fahrzeugpool anzuschaffen. Die nächste Ausschreibung läuft im Bereich des RE 6, und solche Dinge sind dort nicht vorgesehen. Ich halte das auch nicht für zielführend. Ich halte es für zielführend, dass die Hersteller den Eisenbahnunternehmen entsprechendes Wagenmaterial zur Verfügung stellen.

Präsident Fritsch:

Es folgt die Nachfrage von Frau Lehmann.

Frau Lehmann (SPD):

Vielen Dank für die sehr ausführliche Antwort und die klaren Worte, Herr Minister. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Sie gesagt haben, Brand sei derzeit mit einem eingeschränkten Bedienkonzept versehen, das Sie ebenfalls nur als Notlösung betrachten. Wir in der Region sehen das genauso und hoffen, dass die Notlösung kurzfristig ist.

Meine Frage an Sie lautet: Wie bewerten Sie die Informationspolitik zu diesem gesamten Vorgang? Ich erahne schon Ihre Antwort. Trotzdem stelle ich meine Frage, weil ich möchte, dass Sie den Punkt auch kritisch in den Gesprächen mit den Beteiligten ansprechen. Also: Informationspolitik?

Minister Vogelsänger:

Frau Abgeordnete, wir sind uns mit Sicherheit einig, dass katastrophal war, was dort abgeliefert wurde. Es wurden auch falsche Handzettel verteilt. Das alles können wir entsprechend auswerten. Nachdem der Geschäftsführer der ODEG am Mittwoch einen Soforttermin bei mir hatte, er also einbestellt wurde, wird sich nächsten Dienstag auch der Konzernbeauftragte, Herr Dr. Trettin, zu der Frage äußern müssen, wie das Netz vorbereitet war.

(Frau Lehmann [SPD]: Ja!)

Es ist nicht nur Sache der ODEG gewesen, das Netz vorzubereiten. Die ODEG hat einen Vertrag unterschrieben und hat ihn einzuhalten. Ich möchte hinzufügen, dass die ODEG-Beschäftigten gute Arbeit leisten, jetzt aber den Frust der Fahrgäste bekommen.

Ich möchte als Beispiel die ODEG-Linie von Jüterbog nach Wannsee nehmen. Viele sagen mir, dass diese Linie sehr gut funktioniert und sehr gut angenommen wird. Deshalb möchte ich ausdrücklich hervorheben: Man kann die Fehler, die passiert sind, nicht auf die Beschäftigten der ODEG abwälzen. Das haben sie nicht verdient. Sie wollen diese Arbeit machen. Auch das sollte hier der Ehrlichkeit halber gesagt werden.

Präsident Fritsch:

Herr Tomczak setzt fort.

Tomczak (FDP): *

Danke, Herr Präsident dafür, dass ich meine zuerst gestellte Frage wiederholen darf.

Die Rolle des VBB dabei ist auch nicht so rühmlich. Am 26.11. erfuhr der Landkreis von diesem Verfahren. Ich frage, wie Sie das Verhalten des VBB einschätzen, der eigentlich Mittler ist zwischen uns als Parlament, der Landesregierung und den Unternehmen, die Transportleistungen erbringen. Wie kann vermieden werden, dass in der Zukunft eine ähnliche Situation - wenn sie auftreten sollte - nicht in der Art auf die Basis einschlägt - wirtschaftlich und auf die Fahrgäste? Das war im Dienstbetrieb auf der Bahnlinie verheerend.

Minister Vogelsänger:

Herr Abgeordneter, Sie haben alles umfassend dargestellt.

(Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE - Görke [DIE LINKE]: Aber es reicht trotzdem nicht!)

Präsident Fritsch:

Das ist die Schwierigkeit von Prognosen, da sie die Zukunft betreffen.

Minister Vogelsänger:

Sie haben es beschrieben. Ich erwarte eine Koordinationsverbesserung beim Verkehrsverbund. Das weiß auch Herr Franz.

Präsident Fritsch:

Die letzte Nachfrage kommt vom Abgeordneten Groß.

Groß (DIE LINKE):

Herr Minister, seit der Änderung des Fahrplanes - Stichwort: Ausdünnung RE 73, RE 74, jetzt, glaube ich, RB 73, RB 74 - gibt es Probleme. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass die Schulkinder zeitnah zu ihrer Schule kommen. Allerdings gibt es insofern ernsthafte Probleme: Kinder sind gezwungen, weil die Züge nicht da sind, auf Busse umzusteigen, um zu ihrer Schule zu kommen. Dadurch erhöhen sich die Fahrzeiten für die Schulkinder, zum Beispiel zum Gymnasium nach Kyritz, um das Dreifache.

Meine Frage lautet: Welche Möglichkeiten haben Sie, auf den VBB einzuwirken, welche Möglichkeiten haben Sie, auf den Betreiber einzuwirken? Garantiert wird jetzt Ihre Antwort sein: Das fällt in die Zuständigkeit der Landkreise. - Dennoch stelle ich die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie in Ihrer Zuständigkeit als Minister, auf die Landkreise einzuwirken, dass so etwas unterbleibt? - Danke.

Minister Vogelsänger:

Ich kann jetzt nur zu den in Breddin eingeleiteten Sofortmaßnahmen Stellung nehmen. Dort soll ein zweiter Bus eingesetzt werden, weil aufgrund von Verspätungen die Anschlüsse überhaupt nicht mehr funktioniert haben. Das ist die Zusage von der ODEG. Ich bitte, das auch vor Ort zu beobachten. Selbst-

verständlich wird von mir zur Kenntnis genommen, wie dieses Ersatzkonzept der ODEG umgesetzt werden kann.

Ich möchte noch etwas zum Zusammenspiel sagen. Der Verkehrsverbund hat diese koordinierende Aufgabe. Es gab aber auch Informationen, dass dieses Ersatzkonzept stehe. Das alles hat allerdings nicht so funktioniert, wie es der ODEG-Geschäftsführer dargestellt hat. Das alles ist in diesem schriftlichen Bericht ausgeführt. Ich lasse mir das alles schriftlich geben. Die Dinge, die Herr Jürgens angesprochen hat, werden alle geklärt. Aber das ist nicht das Hauptthema. Hauptthema muss sein, dass sich die Situation verbessert.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister, für diese ausführlichen Antworten. - Der Abgeordnete Baer stellt jetzt die **Frage 1154** (Kostenerstattung laut Brandenburgischem Vergabegesetz).

Baer (SPD): *

Mit dem Inkrafttreten des Brandenburgischen Vergabegesetzes wurden im Haushalt des Landes Brandenburg den brandenburgischen Kommunen und Landkreisen 10 Millionen Euro bereitgestellt, um eventuell entstehende Kosten des Mehraufwandes bei der Umsetzung des Gesetzes zu kompensieren; das ist das sogenannte Konnexitätsprinzip. Den jüngsten Presseberichten war zu entnehmen, dass derartige Kosten bereits über den bereitgestellten 10 Millionen Euro liegen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie hoch sind derzeit die durch die Kommunen geltend gemachten Kosten für den Mehraufwand bei der Umsetzung des Brandenburgischen Vergabegesetzes?

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers antwortet.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, im Landeshaushalt 2012 wurden ca. 9,6 Millionen Euro eingestellt. Diese Zahl beruhte auf den Berechnungen, die sich aus der Gesetzesbegründung, die der Landtag hier mit verabschiedete, ergeben.

Gegenwärtig liegen der Landesregierung sechs Anträge auf Kostenerstattung in einer Höhe von insgesamt 16 000 Euro vor.

Das verwundert nicht, weil wir, als das Gesetz hier im Parlament verabschiedet wurde, deutlich gemacht haben, dass erst nach Ablauf eines Jahres Kostenerstattungen solide gestellt werden können. Deswegen kann ich Ihnen im Moment noch keine exakte Zahl nennen, wie hoch die Kostenerstattungen sein werden. Uns liegen allerdings keine Anträge vor, die in irgendeiner Art und Weise vermuten ließen, dass der von uns eingestellte finanzielle Mittelbedarf nicht ausreichend sei.

Lassen Sie mich bitte noch einen Ausblick auf die Zukunft geben: Wir haben in den letzten Monaten nach sehr intensiven Verhandlungen - auch mit dem Städte- und Gemeindebund, auch über Fragen des Datenschutzes - eine Kostenerstattungs-

vereinbarung abgeschlossen. Ich hoffe, dass wir darüber nächsten Dienstag endgültig im Kabinett entscheiden können. Ich gehe davon aus, dass die Anzahl der Anträge zunehmen wird. Nach den Berechnungen, die wir vorgenommen haben, werden die 10 Millionen Euro ausreichen, diese Kostenerstattung vollinhaltlich abzudecken. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 1155** (Sicherung des Fachkräftebedarfs in Kindertagesstätten), die die Abgeordnete Große stellt.

Frau Große (DIE LINKE):

Der Fachkräftebedarf in Brandenburger Kindertagesstätten ist nach wie vor hoch. Inzwischen haben auch die Bayern Interesse an unseren gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, wie wir wissen.

Das Land hat über die Kita-Personalverordnung die Möglichkeit geschaffen, sogenannte Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger einzustellen, die berufsbegleitend qualifiziert werden. Bewerberinnen und Bewerber für diese Stellen sind reichlich vorhanden. Die Prüfung ihrer Eignung und damit die Bearbeitung vorliegender Anträge beim Landesjugendamt dauern mit zum Teil über sechs Monaten allerdings sehr lange.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Bearbeitungsdauer der Anträge nach § 10 Kita-Personalverordnung zu verkürzen, um auf diese Weise die Personalsituation in den Kindertagesstätten schneller entspannen zu helfen?

Präsident Fritsch:

Die Antwort darauf gibt uns Frau Ministerin Dr. Münch.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Große, für den Brandenburger Weg, die Kindertagesbetreuung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zu öffnen und gleichzeitig Qualität zu sichern, haben wir bundesweit viel Anerkennung erhalten.

Nachdem die novellierte Kita-Personalverordnung im August 2010 in Kraft getreten ist, hat das Landesjugendamt mehr als 1 200 Anträge abschließend bearbeitet und beschieden; das sind durchschnittlich 43 Anträge pro Monat. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Bearbeitungsfrist von etwa vier Wochen, die das Landesjugendamt in seinem Merkblatt angibt, nicht eingehalten wird. Für begründete und vollständige Anträge ist die Bearbeitungszeit meist sogar deutlich kürzer.

Natürlich gibt es immer Anträge, die nicht vollständig sind, zu denen etwas nachgefordert werden muss oder zu denen nachträglich noch Gespräche erforderlich sind. Bei diesen Anträgen kann sich die Bearbeitungszeit entsprechend verlängern. Das ist, denke ich, jedoch nicht der Punkt, den Sie ansprechen.

Ein erhöhter Beratungsbedarf, beispielsweise durch unvollständige oder unzureichende Anträge, kann die Bearbeitungsdauer zwar verlängern, aber nicht bis zu einem halben Jahr. Länger

dauert es auch, wenn es um Anträge zur Erlaubnis neuer Einrichtungen gemäß § 45 SGB VIII geht, bei denen andere Fachämter - wie Arbeitsschutz, Gesundheit, Bauaufsicht und Ähnliches - einbezogen werden müssen. Das liegt dann aber nicht mehr in der Hand des Landesjugendamtes, obwohl wir uns natürlich bemühen, so schnell wie möglich zu arbeiten.

Wenn im Rahmen eines solchen Betriebserlaubnisverfahrens Personalanträge gestellt werden, kann das gesamte Verfahren im Einzelfall dann auch länger als vier Wochen dauern. Dennoch geht selbst bei solch komplexeren Verfahren das Landesjugendamt von einem Bearbeitungszeitraum von maximal drei Monaten aus. Das ist, denke ich, im Rahmen des Möglichen.

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Nachfrage von Frau Lieske.

Frau Lieske (SPD):

Meine Frage bezieht sich auf das Begehren der anderen Bundesländer, die gut ausgebildeten Fachkräfte aus Brandenburg an sich zu binden, um ihren Rechtsanspruch ab 01.08.2013 mit entsprechendem Fachkräftepersonal abzusichern. Dem heutigen „Pressespiegel“ ist zu entnehmen, dass neben Bayern, Frau Große, auch Rheinland-Pfalz ein richtiges Programm entwickelt hat.

Meine Frage geht dahin: Ist dem Land bzw. der Landesregierung bekannt, dass es tatsächlich relevante Wanderungsbewegungen dieser brandenburgischen Fachkräfte in die anderen Bundesländer gibt?

Ministerin Dr. Münch:

Ein solches Ansinnen ist mir im Konkreten nicht bekannt. Natürlich interessieren sich andere Bundesländer dafür, ausreichend gutes Fachpersonal vorzuhalten, um den Rechtsanspruch zu erfüllen. Wir bilden sehr gut aus, was natürlich auch für andere Bundesländer attraktiv ist. Meines Wissens gibt es jedoch keine nennenswerten Wanderungsbewegungen von Brandenburg in andere Bundesländer. Im Einzelfall wird das aus persönlichen Gründen sicherlich so sein, aber es gibt keine Ströme, die aus Brandenburg hinausführen.

Präsident Fritsch:

Es gibt noch eine Nachfrage. Wenn ich richtig davon ausgehe, dass Sie, Frau Ministerin, gerade beim Ausatmen des letzten Satzes waren, hat Frau Große noch rechtzeitig ihren Nachfragebedarf angemeldet. - Bitte.

Frau Große (DIE LINKE):

Frau Ministerin, wir alle wissen, dass die Personalsituation auch im Landesjugendamt - das ist die Genehmigungsbehörde - im Bereich der Erlaubniserteilung angespannt ist. Sie haben dargestellt, dass es bezogen auf die Personalverordnungen auskömmlich sei, es jedoch bezogen auf die Betriebserlaubnisgenehmigungen zu Verzögerungen kommen könne. Halten Sie die personelle Ausstattung des Teils des Landesjugendamtes, das diese Betriebserlaubnisgenehmigungen zu erteilen hat, grundsätzlich für auskömmlich?

Ministerin Dr. Münch:

Liebe Frau Große, Sie wissen, wir befinden uns in einem Abbauprozess von Landespersonal, weshalb wir nirgendwo mehr üppig ausgestattet sind. Insofern kann es dort durch Krankheitsfälle - wie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes oder in Schulen - natürlich immer zu Verzögerungen kommen. Generell halte ich jedoch angesichts der Fristen, die ich Ihnen genannt habe, das Personal dort für ausreichend.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Jungclaus erhält nun Gelegenheit, die **Frage 1158** (Evaluierung der Alleenkonzepktion) zu stellen.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Der Landtag hat zur Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg „Rettet Brandenburgs Alleene!“ in seiner 25. Sitzung am 11. November 2010 die Landesregierung aufgefordert, im Jahr 2011 die Alleenkonzepktion für Bundes- und Landesstraßen zu evaluieren, Maßnahmen zur Sicherung der Alleene daraus abzuleiten, das Konzept gegebenenfalls zu konkretisieren und die Ergebnisse der Evaluation im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft sowie im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vorzustellen. Bisher wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft im April dieses Jahres lediglich ein Zwischenbericht präsentiert.

Da das Ganze im Jahr 2011 stattfinden sollte, wollte ich den letzten Plenartag im Jahr 2012 nutzen, um die Landesregierung zu fragen, bis wann der Beschluss vollständig umgesetzt werden wird.

Präsident Fritsch:

Minister Vogelsänger antwortet.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Bericht zur Evaluierung der Alleenkonzepktion befindet sich gegenwärtig in der Ressortabstimmung. Die Ressorts haben bis zum 14. Dezember 2012 - das ist heute - die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen abzugeben. Ich gehe davon aus, dass der Abschlussbericht im III. Quartal 2013 in den beiden Ausschüssen umfassend vorgestellt werden kann. Über den Zwischenbericht konnten wir bereits diskutieren.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragebedarf bei Herrn Genilke.

Genilke (CDU):

Herr Minister, da Sie das Thema gerade ansprechen und wir uns in der Haushaltsdiskussion befinden, möchte ich Sie bitten, uns einen kurzen Abriss - wenn es Ihnen möglich ist - darüber zu geben, welche Kosten die Alleene im Land Brandenburg tatsächlich verursachen und wie viele Kilometer bisher gepflanzt wurden. Vielleicht können Sie das etwas ausführlicher tun als nur mit dieser kurzen Antwort, die wir eben bekommen haben.

Minister Vogelsänger:

Herr Abgeordneter, das ist etwas schwierig, dennoch kann ich zumindest einige Stichpunkte nennen. Die Erfassung erfolgte ab dem Jahr 2001 sehr umfassend. Davor erfolgte dies nicht in einem Konzept. Von 2001 bis 2011 wurden 50 672 Bäume an Alleen gepflanzt. Die Anzahl für 2012 werde ich Ihnen, wenn sie mir vorliegt, selbstverständlich zur Verfügung stellen. Von 2008 bis 2011 wurden Alleen auf einer Länge von 98 km gepflanzt. Die Kosten für die Pflanzung von 2001 bis 2011 - 2012 muss noch hinzugerechnet werden - lagen bei 23,7 Millionen Euro.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir bei der **Frage 1159** (Eichenprozessionsspinner bekämpfen), die die Abgeordnete Melior stellen wird.

Frau Melior (SPD): *

Meine Damen und Herren, die Frage, wird Ihnen angesichts von Schnee und Eis etwas komisch vorkommen. Aber in sieben Tagen ist Sonnenwende und der Frühling dann nicht mehr weit. Deshalb auch meine Frage.

Der Eichenprozessionsspinner - *Thaumetopoea processionea* - hat sich in den letzten Jahren stark ausgebreitet. Besonders der Nordwesten Brandenburgs ist davon betroffen. Die Brennhaare der Raupen können über das Nesselgift Thaumetoporin zu starken allergischen Reaktionen und anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Besonders in Kindertagesstätten, Schulen und Wohnheimen brachte das Probleme.

Der Landtag hat im August 2012 im Antrag „Eichenprozessionsspinner wirksam bekämpfen“ beschlossen, dass ein Maßnahmenplan zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners vorgelegt werden soll. Ein wichtiger Teil davon ist die rechtssichere Anwendung von Bioziden zur Raupenbekämpfung. Um im nächsten Jahr besser und vorbereitet mit dem Problem umgehen zu können, sollten jetzt die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand des Konzepts zur Bekämpfung der massenhaften Verbreitung des Eichenprozessionsspinners?

Präsident Fritsch:

Minister Vogelsänger antwortet darauf.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger: *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Melior, ich bin sehr dankbar für Ihre Anfrage. Schließlich geht es - wie bereits bei der Dringlichen Anfrage bzw. bei den Anfragen zum Bahnverkehr - um die Lebensqualität der Menschen. Das Jahr 2013 wird entscheidend dafür sein, ob es das Problem mit dem Eichenprozessionsspinner flächendeckend im Land Brandenburg geben wird. Betrachtet man die bisherige Ausbreitung, ist diese Gefahr durchaus gegeben.

Für die Bekämpfung sowohl im Wald als auch im öffentlichen Raum eignet sich nach bisherigen Erfahrungen und nach An-

sicht der Fachleute insbesondere das biologische Insektizid Dipel ES. Es ist auch für den ökologischen Landbau zugelassen und ein wirksames sowie - davon gehe ich aus - umweltverträgliches Mittel.

Für die Bekämpfung bedarf es eines durch die Europäische Union zugelassenen Bekämpfungsmittels - wie das bereits genannte Dipel ES - und der Genehmigung einer Bundesbehörde für die Befliegung des Waldes. Dies ist aber nur die eine Seite.

Je nachdem, ob Wald- oder Siedlungsgebiete betroffen sind, gelten für die Bekämpfung unterschiedliche Rechtsgrundlagen. In diesem Jahr hat der Landkreis Havelland flächendeckend bekämpft. Es ist auch für uns von hohem Interesse, wie sich das auf die Population 2013 auswirkt.

Ist zu erwarten, dass Bäume geschädigt werden, ist das Pflanzenschutzrecht anzuwenden. Zum Schutz der Gesundheit ist hingegen das Chemikalienrecht zu beachten. Das macht die Sache kompliziert, auch weil wir die EU brauchen.

Es gibt einen ersten Erfolg zu vermelden: Am 26. Dezember hat uns das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - es untersteht Frau Aigner - die Genehmigung für den Einsatz von Dipel ES erteilt. Nach dem Pflanzenschutzrecht erfolgt der Einsatz vom Boden aus. Es könnte allerdings eine Schwierigkeit auftreten, da es in dem Bescheid heißt, dass behandelte Flächen mit geeigneten Maßnahmen 48 Stunden lang gesperrt werden sollen. Was in dem Bescheid so einfach klingt, muss man sich konkret vorstellen: Campingplätze, Schulhöfe, Spielplätze und Friedhöfe sind zwei Tage lang zu sperren. Wir müssen prüfen, wie wir damit umgehen. Darüber werde ich mit dem Bundesamt noch einmal zu reden haben; meine Referatsleiterin, Frau Korth, hat schon entsprechende Gespräche geführt.

Bekämpfung vom Boden bedeutet aber auch, dass Hubbühnen oder Feuerwehrgeräte eingesetzt werden können. Allerdings ist das sehr aufwendig. Insoweit ist die Befliegung die bessere Variante.

Es gibt Bemühungen, dass Dipel ES nach Chemikalienrecht zugelassen wird; bisher ist es nur nach Pflanzenschutzrecht zugelassen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin wirkt intensiv auf die Kommission ein; eine Entscheidung ist aber noch nicht gefallen. Selbst wenn die Aufnahme genehmigt wird, muss diese Entscheidung noch in alle EU-Sprachen übersetzt werden und ist erst dann gültig. Von dieser Seite her kann ich also noch keine Entwarnung geben. Es bleibt aber bei dem wichtigen Erfolg nach Pflanzenschutzrecht, und dieses kann ich auch auf Waldgebiete entsprechend anwenden.

Am Mittwoch hat eine interministerielle Arbeitsgruppe getagt, an der das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - es geht auch um Gesundheitsschutz -, betroffene Landkreise und Gemeinden, aber auch die Stiftung Schlösser und Gärten beteiligt sind. Wichtig war auch die Einbeziehung der Bundesbehörden - insbesondere der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin -, da in Sachen Befliegung auch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie das Umweltbundesamt zu beteiligen sind. Wir hoffen, dass wir die entsprechenden Genehmigungen bekommen; denn ohne Befliegung wird eine wirksame Bekämpfung nur schwer möglich sein.

Wir sind in den Haushaltsberatungen. Ich danke Ihnen auch deshalb für Ihre Frage, weil ich Ihnen an dieser Stelle mitteilen kann, dass mir der Finanzminister die Genehmigung für eine außerplanmäßige Ausgabe im Jahr 2013 erteilt hat. Für 1,7 Millionen Euro kann das Bekämpfungsmittel - geplant sind 20 000 Liter, die drei bis fünf Jahre lang haltbar sind - angeschafft werden. Die Abgeordneten können mich vielleicht dafür kritisieren, dass dies geschehen soll, obwohl wir noch nicht alle Genehmigungen haben. Aber nur mit diesem Mittel haben wir überhaupt eine Bekämpfungschance. Ich halte meine Entscheidung für richtig.

Jetzt muss Herr Folgart zuhören: Es kann im April den „glücklichen“ Umstand geben, dass Frost auftritt, der diese Raupen besonders schädigen würde. Bei den Obstbauern und anderen würde Frost im April aber nicht für freudige Stimmung sorgen. Ich bin zwar in der Landesregierung für den Wetterdienst zuständig, kann aber noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie es im April mit den Frostgraden aussehen wird.

(Heiterkeit)

Die interministerielle Arbeitsgruppe wird Anfang Februar wieder tagen. Die kommunale Seite ist dafür sehr dankbar, weil das alles koordiniert werden muss. Es gibt auch Kontakte mit benachbarten Bundesländern; denn nicht nur Brandenburg, sondern schon acht Bundesländer sind vom Eichenprozessionsspinnerbefall betroffen. Nach der Tagung der interministeriellen Arbeitsgruppe im Februar werde ich selbstverständlich die beiden betroffenen Fachausschüsse informieren. - Herzlichen Dank.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragen der Fragestellerin. Frau Melior, bitte.

Frau Melior (SPD): *

Herr Minister, wir sind kurz vor Weihnachten und können uns etwas wünschen. Aber ich warne ausdrücklich davor, Frost für den April herbeizusehnen - auch wegen der Obstbauern.

Meine konkrete Nachfrage: Sie haben vom flächendeckenden Einsatz gesprochen. Heißt das, dass für die kommunale Ebene keine zusätzlichen Kosten entstehen? Habe ich das richtig verstanden?

Minister Vogelsänger: *

Doch, die Kommunen bleiben für ihren Bereich zuständig. Es gibt auch eine Abstimmung mit den Kommunen. Es ist eine Abfrage erfolgt, um festzustellen, wie viel Mittel wir brauchen. Ich habe etwas aufrunden lassen, weil das Mittel drei bis fünf Jahre anwendbar ist. Das halte ich auch für richtig. Ich wiederhole: Die Kommunen haben nach Haushaltsrecht die Kosten für ihren Verantwortungsbereich zu tragen. Jetzt kommt es tatsächlich auf die Kommunen an.

Der Landkreis Havelland hat sich für die flächendeckende Bekämpfung entschieden. Andere Landräte stehen noch vor einer schwierigen Entscheidung und auch vor der Frage der Koordinierung. Über den Landesbetrieb Forst kann die Koordinierung nicht erfolgen, weil die Befallsituation sehr unterschiedlich ist. Die Gemeinden und Landkreise sind dann sehr wohl in der

Lage, das entsprechend abzusichern. Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und der Landesbetrieb Forst fachkundig zur Seite, da wir ein gemeinsames Interesse an der erfolgreichen Bekämpfung haben.

Präsident Fritsch:

Herr Dr. Luthardt hat noch eine Nachfrage.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Nicht nur Herr Folgart, sondern auch ich habe gut zugehört, weil mich das Thema sehr interessiert. Meine Nachfrage betrifft die Abstimmung mit den Landkreisen, den kreisfreien Städten und den Gemeinden: Gibt es einen mit Ihrem Ministerium abgestimmten Maßnahmenplan für die Aktivitäten, die im Frühjahr anstehen?

Minister Vogelsänger: *

Ich habe es dargestellt: Die interministerielle Arbeitsgruppe hat im Dezember getagt; die nächste Tagung findet im Februar statt. Die Genehmigungsfrage wird dann noch einmal erörtert. Vertreter der zuständigen Bundesämter haben bisher teilgenommen und werden auch in Zukunft eingeladen. Ich hoffe, dass überall die Brisanz erkannt worden ist; denn nicht nur Brandenburg ist betroffen. Selbstverständlich wird im Februar die Frage der Koordinierung des Einsatzes erörtert.

Ich will auf einen weiteren Aspekt hinweisen: Es geht nicht nur um die Zulassung, sondern auch um die Situation vor Ort. Falls die Befliegung genehmigt wird, müssen auch entsprechende Kapazitäten in diesem Bereich vorhanden sein. Das kommt also hinzu.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Verabredungsgemäß wird die Frage 1160 mit der **Frage 1164** (Gemeinsames Abitur Berlin-Brandenburg) getauscht, die der Abgeordnete Dr. Scharfenberg stellt.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

In Potsdam und Umgebung haben sich Elternvertreter in dem Bündnis „Faires Abi 2014“ zusammengeschlossen, um gegen eine Ungleichbehandlung zwischen Berliner und Brandenburger Schülern zu protestieren. Sie vertreten die Auffassung, dass gleiche Abiturprüfungen nur bei gleichen Lernvoraussetzungen durchgeführt werden sollen. Diese gleichen Voraussetzungen sind nach Auffassung der Vertreter des Bündnisses nicht mehr gegeben, da für die Brandenburger Schülerinnen und Schüler ein deutlich geringerer Unterrichtsumfang in den Leistungskursen Mathematik, Deutsch und Englisch vorgesehen ist als in Berlin. Deshalb befürchten die Elternvertreter, dass der Abiturdurchschnitt eines Brandenburger Schülers deutlich schlechter als der eines Berliner Schülers ausfallen könnte.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Befürchtungen der Vertreter des Bündnisses „Faires Abi 2014“?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Münch antwortet.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Scharfenberg, ich nehme die Befürchtungen dieses Bündnisses sehr ernst, halte sie aber letzten Endes nicht wirklich für begründet. Ich möchte Ihnen vier Argumente dafür nennen.

Zum einen ist die notwendige Grundlage für das gemeinsame Abitur eine hohe Übereinstimmung zwischen den Rahmenlehrplänen. Auch nach der Überarbeitung der bisher gemeinsamen Rahmenlehrpläne in unserem gemeinsamen Landesinstitut LISUM im Zuge der Reform der gymnasialen Oberstufe sind die Übereinstimmungen zwischen Berlin und Brandenburg nach wie vor sehr hoch. Sie sind so hoch, dass ganz überwiegend gemeinsame Prüfungsschwerpunkte für beide Länder möglich sind. Diese Prüfungsschwerpunkte sind seit dem Frühjahr 2012 bekannt. Weder brandenburgische Lehrerinnen und Lehrer noch Schülerinnen und Schüler stellen infrage, dass diese Prüfungsschwerpunkte im Unterricht mit der veränderten gymnasialen Oberstufe auch zu gewährleisten sind. Das heißt, sie sind nicht so schwer, dass man sie nicht bewältigen kann.

Zum Zweiten: Auch wenn die Unterrichtsstrukturen in der gymnasialen Oberstufe zwischen Berlin und Brandenburg künftig unterschiedlich sein werden, heißt das nicht, dass brandenburgische Schülerinnen und Schüler deshalb beim Abitur schlechter abschneiden werden. Wir haben in einem anderen Fall - in Hamburg - deutlich gesehen - das war vor wenigen Tagen in der Presse zu lesen -, dass die Schülerinnen und Schüler, die ein ganzes Jahr weniger Zeit zum Lernen haben, die also nach zwölf Jahren die Abiturprüfung im gleichen Jahr mit den „Dreizehnjährigen“ ablegen, teilweise sogar deutlich besser abgeschnitten haben. Insofern halte ich es für nachvollziehbar, dass man diese Befürchtungen hat, sie sind in der Realität aber nicht wirklich begründet.

In Brandenburg müssen fünf Fächer belegt werden - nämlich Deutsch und Mathematik, eine fortgeführte Fremdsprache, meist Englisch, eine Naturwissenschaft und ein ausgewähltes Fach - auf sogenanntem erhöhtem Niveau, das heißt mit vier Wochenstunden. In Berlin müssen - wie bisher bei uns - zwei Leistungskursfächer mit jeweils fünf Wochenstunden belegt werden, Fächer, die dann auch schriftliche Abiturfächer sind. Die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch werden voraussichtlich von jeweils 30 bis 40 % der Schüler als Leistungskurse gewählt. Auf den ersten Blick erscheint der Unterschied zum Beispiel in Mathematik mit vier Wochenstunden in Brandenburg und fünf Wochenstunden in Berlin als Nachteil für die Schülerinnen und Schüler in Brandenburg. Aber eine wichtige Erfahrung in der schulischen Praxis zeigt, dass sich eben Lernprozesse und Kompetenzentwicklung in diesen Fächern eines gemeinsamen Aufgabenfeldes auch wechselseitig stärken. So werden Schülerinnen und Schüler in Brandenburg von einem Deutschunterricht auf erhöhtem Anforderungsniveau auch in ihrem Unterricht in der fortgeführten Fremdsprache - Englisch oder Französisch - auf erhöhtem Anforderungsniveau profitieren. Das heißt, es gibt hier Synergieeffekte; denn es geht häufig um ähnliche Aspekte, wenn es um den Umgang mit Texten, um Textgestaltung, um Sprachbetrachtung oder auch um literarische Gattungen geht. In ähnlicher Weise werden sich auf dem erhöhten Anforderungsniveau Mathematik und die fortgeführte Naturwissenschaft ergänzen.

Der dritte Punkt: Inwieweit diese Unterschiede dennoch in den Abituraufgaben berücksichtigt werden sollen, wird zurzeit intensiv geprüft, und es wird voraussichtlich so sein, dass es unterschiedliche Teilaufgaben geben wird. Es liegen Vorschläge vor, dass es für die vier Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch oder Französisch mit bisher gemeinsamen Aufgaben zukünftig einen breiten Kern gemeinsamer Prüfungsaufgaben gibt, der von länderspezifischen Aufgaben flankiert wird. Das ist eine ähnliche Richtung, in die die Länder marschieren, die ein gemeinsames Zentralabitur ab 2017, was wir ja KMK-weit alle miteinander wollen, beschlossen haben. Das heißt, Brandenburg und Berlin gehen hier schon ein Stück weit voran.

Der vierte und letzte Punkt: Wie bisher ist neben den zentralen Bewertungsvorgaben in den Erwartungshorizonten zu den Prüfungsaufgaben der erteilte Unterricht ein wichtiges Kriterium für die Bewertung der Prüfungsleistungen. Auch hier besteht Spielraum, um Unterschiede zu berücksichtigen, und ich bin mir sicher, dass die brandenburgischen Lehrkräfte diesen Spielraum verantwortungsvoll nutzen werden.

Deswegen meine ich: Wenn man sich mit diesen vier Argumentationsketten auseinandersetzt, erkennt man, dass diese Sorge zwar nachvollziehbar, aber nicht wirklich berechtigt ist. Ich werde die kommenden Wochen und Monate für einen intensiven Dialog nutzen. - Danke.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragen. Herr Scharfenberg, bitte.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Sie haben mit Ihren Ausführungen jetzt noch einmal bestätigt, dass es definitiv unterschiedliche Voraussetzungen geben wird. Was spricht eigentlich dagegen, unter diesen ungleichen Voraussetzungen das gemeinsame Abitur 2014 auszusetzen, bevor man riskiert, dass sich die Befürchtungen dann doch bestätigen und man sich diesen möglichen Angriffen aussetzt?

Ministerin Dr. Münch:

Herr Scharfenberg, der generelle Trend - das ist deutschlandweit so gewollt - geht in die Richtung, dass es ein hoher Wert ist, gemeinsam einen vergleichbaren Schlusspunkt, also das Abitur über mehrere Länder hinweg, zu haben. Wir haben in Brandenburg seit vielen Jahren eine wichtige Vorreiterrolle. Wir sehen, dass sich der Rest der KMK-Länder mittlerweile dieser Richtung anschließt. Deswegen gibt es für uns überhaupt keinen Grund, zurückzugehen und zu sagen: Wir machen wieder ein Abitur, das nur für Brandenburg gilt, und ein Abitur, das nur für Berlin gilt. Wir müssen mit diesen Vorgaben und dieser Zukunftsperspektive der KMK im Hinterkopf das gemeinsame Abitur weiterentwickeln.

Ich bin darüber hinaus mit meinen Länderkollegen, die sich auch schon ab 2014/2015 zu einem gemeinsamen Abitur verabredet haben, sprich Hamburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern, im Gespräch, ob es hier nicht eine Möglichkeit gibt, beide Länder anzudocken. Diese Gespräche laufen zurzeit auf Fachebene, und der Staatssekretär führt heute dazu ein Gespräch mit seinem Berliner Kollegen.

Insofern ist diese Überlegung im Fluss. Es wird definitiv nicht so sein - das werde ich auch nicht zulassen -, dass hier Brandenburger Schüler einen Nachteil haben.

Was ich aber konstatiere, ist, dass diese Dinge nicht mit einem Satz zu kommunizieren sind. Deswegen ist es dringend notwendig, mit den Betroffenen zu sprechen, und das werde ich in den nächsten Wochen intensiv tun.

Präsident Fritsch:

Frau Große hat weitere Nachfragen.

Frau Große (DIE LINKE):

Angesichts der Tatsache, dass 80 Stunden aufgrund der vierstündigen Kurse im vertieften Bereich angeboten werden, und der Tatsache, die Sie auch geschildert haben, dass wir fünf Kurse mit vertiefter Bildung haben - die daraus resultierenden Synergieeffekte erschließen sich mir so nicht -, frage ich, ob Sie nicht auch der Meinung sind, dass 80 fehlende Stunden im Bereich des Festigens, im Bereich des Aufgabenverständnisses und des Übens doch unterm Strich eine große Belastung für die Schülerinnen und Schüler im Land Brandenburg sind.

Zweite Frage: Die Unsicherheiten im Umgang mit diesem gemeinsamen Abitur werden letztendlich durch die Lehrerinnen und Lehrer auf die Schülerinnen und Schüler übertragen. Was passiert jetzt genau vonseiten des Ministeriums, um den Lehrerinnen und Lehrern diese Unsicherheit zu nehmen?

Ministerin Dr. Münch:

Frau Große, wir sind in einem intensiven Gespräch mit dem Gymnasiallehrerverband. Ich kenne die Befürchtungen. Die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe ist in enger Kooperation auch mit dem Gymnasiallehrerverband erfolgt. Ich habe bereits in der Antwort auf die Frage Ihres Kollegen ausgeführt, dass wir uns derzeit mit den anderen Ländern abstimmen und dass ich unmittelbar, wenn diese Ergebnisse vorliegen und wenn die Fachleute beginnen, die Abituraufgaben zu erarbeiten, mit dem Gymnasiallehrerverband noch einmal in einen Dialog treten werde, um gemeinsam mit ihnen diese Ängste auszuräumen.

Wir sind dabei, diesen Prozess weiterzuentwickeln. Wir werden die Fragen in Richtung der Kompetenzlevel öffnen, die wir auch im Rahmen der KMK erreichen wollten. Deswegen wird es keinen Nachteil für die Brandenburger Schüler geben. Dass wir hier nacharbeiten müssen, dass wir intensiv fachlich diskutieren müssen, ist völlig unbenommen, und das werden wir tun.

Präsident Fritsch:

Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Petke.

(Zurufe - Heiterkeit)

Petke (CDU): *

Herr Präsident! Meine Kollegen, vielen Dank für die Begrüßung! Vielen Dank auch an die Ministerin für ihre Worte.

Frau Ministerin, ich verstehe Sie nicht so - Sie haben Hamburg in Ihrer Antwort angeführt -, dass weniger Unterricht dazu führt, dass sich die Leistungen verbessern. Es mag solche Beispiele geben, aber ich glaube, so haben Sie es nicht gemeint.

Wäre es nicht umgekehrt möglich, dass die Vorreiterrolle von Brandenburg, die Sie angesprochen haben, möglicherweise nicht zulasten unserer Schülerinnen und Schüler geht, wenn wir die Stundenzahl unsererseits erhöhen? Sehen Sie eine Möglichkeit, dass wir uns insofern an Berlin angleichen, als wir die Stundenanzahl zum Beispiel im Fach Mathematik auf das Berliner Niveau anheben? Ich meine, dass die Argumente, die hier im Landtag und von der Initiative genannt worden sind, auch mit Ihren sehr umfangreichen Ausführungen so einfach nicht von der Hand zu weisen sind. Kollegin Große hat die mangelnde Stundenzahl schon angesprochen. Das ist ja etwas, was an unseren Schulen ganz aktuell diskutiert wird.

Ministerin Dr. Münch:

Herr Petke, ich nehme an, dass Ihre Kinder noch nicht in der gymnasialen Oberstufe sind. Sonst hätten Sie wahrscheinlich als Vater mitbekommen, dass wir die gymnasiale Oberstufe umstrukturiert haben. Wir haben fünf Kurse, die bis zum Abitur auf erhöhtem Niveau fortgeführt werden.

Es ist eine Steigerung im Vergleich zu dem, was wir vorher hatten. Wir wenden uns ab von den zwei Leistungskursen, die Berlin nach wie vor hat. Mit uns sind diesen Weg auch die leistungsstarken PISA-Länder gegangen - Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Wir gehören zur Mehrheit der Länder, die sagen: Wir brauchen eine höhere Allgemeinbildung in mehr Fächern hin zum Abitur. Damit hat die neue Struktur zu tun.

Es geht nicht darum, dass die brandenburgischen Schüler weniger Unterricht haben. Die Struktur der gymnasialen Oberstufe ist eine andere. Die Verkürzung, zu sagen, hier gibt es 80 Stunden weniger Mathematik, also schlechtere Chancen, trifft nicht zu. Dazu muss man den gesamten Komplex betrachten. Dass das komplizierter ist und längere Ausführungen erfordert, leuchtet mir vollkommen ein, und für jemanden, der nicht im Thema steckt, scheint das auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein - es ist aber keiner. Wir müssen intensiv mit den Betroffenen sprechen, um diese Missverständnisse und Befürchtungen auszuräumen, denn es geht nicht darum - und ich werde auf keinen Fall dafür stehen -, dass Brandenburger Schüler einen Nachteil haben. - Danke.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich begrüße unsere Besuchergruppe, Migrantinnen und Migranten aus dem ganzen Land Brandenburg, betreut von der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, weil die nächste Frage als Antwort eigentlich nur eine Zahl erfordert und auch so spannend ist, lasse ich sie noch zu. Die Frage **1161** (Einrichtung einer Wolfsinformationsstelle) stellt Herr Dombrowski.

Dombrowski (CDU): *

Herr Präsident, Sie haben Recht, Frage und Antwort werden vermutlich kurz ausfallen. In Brandenburg soll 2013 ein Wolfsinformationszentrum eingerichtet werden.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Kosten für Einrichtung und Betrieb ist zu rechnen?

Präsident Fritsch:

Herr Vogelsänger, verraten Sie uns die Zahl?

(Minister Vogelsänger: Nein!)

- Nein? Frau Tack tut das, natürlich.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dombrowski, es beschränkt sich nicht auf eine Zahl, sondern auf die Erklärung: Soweit sind wir noch nicht. Der Standort ist noch nicht festgelegt, und wir wollen gerne ein Trägermodell haben, in dem sich auch der Träger an der Finanzierung beteiligt. Ich werde Sie rechtzeitig informieren, wenn die Entscheidung getroffen worden ist.

(Dombrowski [CDU]: Das ist aber lieb!)

- Nicht wahr, so sind wir.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, wir bleiben also gespannt.

Damit ist die Fragestunde beendet. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/5772

3. Lesung

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung

Drucksachen 5/6400 bis 5/6408
Drucksachen 5/6410 bis 5/6414
Drucksache 5/6420

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/6423

Des Weiteren liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 5/6562 - Neudruck -, vor.

Wir beginnen die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Burkardt spricht als Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.

Burkardt (Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine frohe Botschaft für Sie, vielleicht auch für mich: Unter der Voraussetzung, dass mir der Herr Finanzminister oder möglicherweise auch der Kollege Görke nicht noch eine Vorlage liefert - den Ball auf den Elfmeterpunkt für eine Kurzintervention legt -, wird dies heute mein letzter Beitrag zur Haushaltsdebatte und mein letzter Beitrag voraussichtlich auch in diesem Jahr sein.

(Oh! bei der SPD)

In dieser Wahlperiode beschäftigen wir uns zum ersten Mal mit einem Doppelhaushalt.

(Unruhe bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Ja, jetzt kommt es erst an.

Ein solcher Zweijahreshaushalt nötigt Respekt ab, das gilt für alle Beteiligten. Drei Jahre vor dem Ende der Haushaltsperiode beginnen ja schon die Vorarbeiten an einem solchen Haushalt. Das verlangt viel prognostische Kraft, das verlangt Präzision in der Ermittlung der Grundlagen dieses Haushaltes, und es verlangt von allen Politikern, die darüber zu entscheiden haben, weitreichende Festlegungen über das, was in diesen beiden Jahren passieren soll. Und dann ist da natürlich die Hoffnung, dass nicht unerwartete Entwicklungen eintreten, die einen in die Situation versetzen, doch Änderungen durchführen zu müssen.

Wir haben in den vergangenen beiden Tagen jeden Einzelplan ausgiebig debattiert - ich glaube, insgesamt sind wohl 12 Stunden zusammengekommen. Die Fraktionen haben ihre Änderungswünsche in der Mehrzahl der Fälle rechtzeitig eingebracht, formuliert und über die Fachausschüsse zur Beratung gestellt. Der Haushalts- und Finanzausschuss ist in all diesen Fällen dem Votum der Fachausschüsse gefolgt. Manchmal sind wir darüber hinausgegangen, wenn Präzisierungen vorzunehmen waren oder Weiteres zu beschließen war.

Was hat sich im Verlauf der parlamentarischen Beratungen im Haushaltsplanentwurf geändert? Ich will einige wenige Themenschwerpunkte nennen - der eine oder andere mag andere Schwerpunkte für gewichtiger halten: Die Einrichtung einer Kontakt- und Informationsstelle des Landtages in Brüssel, die nunmehr auch mit einer Stelle versehen wird, ist sicher vom Umfang her nicht so bedeutend, aber ganz sicher gewichtig durch die Bedeutung, die Europa für uns zusehends gewinnt. Es wird die Förderung der Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers beim Landesfeuerwehrverband vorgesehen. Und wir haben versucht, im Haushalt den Anforderungen, die uns die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts zum Thema „Asylbewerber“ auferlegt hat, mit entsprechenden Leistungen - einschließlich des Themas „Neubau in Eisenhüttenstadt“ - Rechnung zu tragen. Der Prozessstau an den Gerichten soll mit der Finanzierung von Proberichterstellen abzubauen versucht werden.

Die Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz hat sich ebenso im Haushalt niedergeschlagen wie der neue Studiengang „Jüdische Studien“ in Potsdam. Zu erwähnen ist - ich halte das für wichtig, auch wenn es dazu unterschiedliche Meinungen gibt - auch die Einrichtung eines Verbindungsbüros in Stettin. Ich wiederhole noch einmal, was wir in der Sitzung, aber auch außerhalb der Sitzung dem Herrn Wirtschaftsminister auf den Weg mitgegeben haben: Wir gehen davon aus, dass diese Stelle angemessen mit Personal ausgestattet wird - und das meine ich qualitativ und nicht quantitativ.

Die Schließung des Mauerradwegs in Blankenfelde-Mahlow war überfällig - eine kleinere Investition, aber umso bedeutender, weil dies ein Stück des Bildes für uns alle in Erinnerung hält, das die Teilung dieses Landes symbolisiert.

Die Teilausschreibung der S-Bahn schlägt sich mit einer gewaltigen Verpflichtungsermächtigung nieder. Für den Synagogenbau ist die Verpflichtungsermächtigung erhöht worden, und die Gemeinden profitieren über die Schlüsselzuweisungen an den höheren Steuereinnahmen des Landes.

Dass die freiwilligen Zusammenschlüsse auf der kommunalen Ebene weiter gefördert werden, wird unterschiedlich beurteilt. Ich erlaube mir die persönliche Anmerkung: Ich halte das für einen sinnvollen Schritt, denn die Strukturen, die jetzt - von den Betroffenen selbst - geschaffen werden, müssen wir nicht irgendwann per Gesetz verordnen.

Gewaltigster Brocken in diesem Haushalt, der im Verlauf der Beratungen mehrfache Veränderungen erfahren hat - wir haben uns gestern und vorgestern schon ausreichend ausgetauscht -, ist die zusätzliche Finanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg, die sich mit 444 Millionen Euro niederschlägt. Nur für den, der da meint, das sei nur eine Einmalausgabe: Bei 19 Milliarden Euro an Krediten, die wir haben, heißt 444 Millionen Euro zusätzlich auszugeben eine laufende Ausgabe von 17 bis 18 Millionen Euro über mehr als eine Generation hinweg.

Kleinere Maßnahmen sind der Ersatz des Wohnheims an der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportschule, die Anleitung von Nachwuchskräften in Kindertagesstätten - sicher bedeutsam -, die Förderung der Stiftung „Brandenburgische Gedenkstätten“ und des Menschenrechtszentrums in Cottbus und - gestern Abend noch in den Haushalt eingebracht - die Aufstockung der Mittel für die Sorbenstiftung.

Wir stellen auch neue Stellen bereit; das will ich hier nicht im Einzelnen auflisten, sondern erlaube mir, nur einen Hinweis zu geben: Neun Stellen zur Umsetzung des - und das muss man ablesen, damit man sich nicht verspricht - Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetzes -, das heißt, sechs zusätzliche Planstellen dafür - für eine sicher sinnvolle Veranstaltung, die aber zugleich deutlich macht, dass immer dann, wenn wir Vorschriften erlassen - und das müssen wir als Landespolitiker immer mit bedenken -, wir ein Stück Bürokratie aufbauen, mit dem wir Freiheit nehmen und diesem Land auch Kosten aufbürden.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist Europa!)

Ich sage ja: Auch wir müssen daran denken - das können wir nicht ändern, das müssen wir nachvollziehen -: Mit jedem

Gesetz, mit jeder Verwaltungsvorschrift, die wir erlassen, wird Bürokratie aufgebaut und leider viel zu wenig abgebaut.

Wer dachte, dass die parlamentarische Beratung des Doppelhaushalts im Vergleich zu einem Einjahreshaushalt doppelt so viele oder annähernd doppelt so viele Änderungsanträge auslösen würde, darf sich angenehm oder auch, wenn er das anders sehen möchte, unangenehm enttäuscht fühlen. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr kaum mehr Anträge gehabt, lediglich 130 Änderungsanträge, wobei gestern noch ein paar hinzugekommen sind. 70 kamen von SPD und die Linke, also den Koalitionsfraktionen. Das war aktualitätsbedingt, und in Teilen wurde auch nachgearbeitet, was im Regierungsentwurf nicht enthalten war; 9 kamen von der CDU, 15 von der FDP und 32 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall GRÜNE/B90)

- Das ist das Fleißkärtchen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kopfnoten gibt es aber nicht mehr.

Dann gab es noch drei gemeinsame Anträge.

Von den 130 Änderungsanträgen fand - niemanden wird es überraschen, wenn er die Zahl, die ich eben genannt habe, noch in Erinnerung hat - die Mehrzahl sogar eine Mehrheit, das waren die Anträge der Regierungskoalition - so sind halt die parlamentarischen Verhältnisse - und ein Antrag der CDU.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren! Der identitätsstiftende Beitrag der Wölfe in Brandenburg kann eigentlich gar nicht hoch genug geschätzt werden.

(Heiterkeit)

Wenn ich einen Blick in die Zukunft werfen darf, habe ich das Gefühl: Der Adler im Wappen des Landes Brandenburg muss sich irgendwann Sorgen machen, ob er auf Dauer noch für dieses Land stehen will.

(Beifall der Abgeordneten Blechinger [CDU])

Scherz beiseite. - Ich könnte aus dem Stand drei Anträge aus dem letzten Jahr nennen, die damals abgelehnt worden sind nach dem Motto: Machen wir sowieso!, und die sich in diesem Jahr im Haushaltsplan in Stellen niederschlagen, die von der Opposition damals gebracht worden sind. Vielleicht schaffen wir es, diesen Erkenntnisprozess nicht ein Jahr dauern zu lassen, sondern eine Haushaltsberatung lang, und dann wären wir wieder ein Stück weiter in der Gemeinsamkeit in diesem Land.

(Beifall CDU)

Ich glaube - das darf ich für alle in diesem Ausschuss sagen: Das würde auch diesem Land gut tun, weil es mehr Kreativität befördern würde. Und die Einheit können wir ganz gut gebrauchen.

Meine Damen und Herren! Der Landtag hat gestern seine Beschlüsse entsprechend unseren Empfehlungen gefasst. Er hat uns dann den Haushalt nochmals zur Vorbereitung der 3. Lesung zur weiteren Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen. Das haben wir gestern Abend getan. Es

gab noch einmal eine halbe Stunde Diskussion bei einigen wenigen Anträgen. Das Thema Flughafen hat sich in der dritten Variante im Haushalt niedergeschlagen, aber, wie gesagt, darüber haben wir bereits gesprochen. Dann wurde der Landeszuschuss für die Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk um 176 700 Euro erhöht. Im Übrigen haben wir beschlossen, Ihnen die Schaffung einer neuen Haushaltsstelle zu empfehlen; das war ein Hinweis des Rechnungshofes. Wenn wir schon die Mittel aus dem § 16 des FAG für Investitionen der notleidenden Gemeinden öffnen wollen, dann brauchen wir dafür auch eine eigene, neue Haushaltsstelle. Die Änderungsanträge zum Flughafen habe ich bereits erwähnt.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Abschluss und will die Gelegenheit nutzen, mich ausdrücklich bei allen Mitwirkenden zu bedanken. Gestern habe ich den Minister nicht eingeschlossen; das war ein Versehen, keine böse Absicht, ich will das hier ausdrücklich nachholen. Ich verbleibe damit, dass ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und friedvolles neues Jahr wünsche. - Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Burkardt, und auf die Entscheidung, ob der Wolf den Adler reißt oder der Adler den Wolf schlägt, warten wir dann bis nächstes Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Holzschuher spricht zu uns.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Burkardt, den Dank, den Sie an alle ausgereicht haben, will ich an dieser Stelle auch dem Haushalts- und Finanzausschuss ausrichten, auch Ihnen als Vorsitzenden. Es war weiß Gott keine einfache Arbeit, den Haushalt für zwei Jahre zu beraten, und die Abgeordneten haben es dem Haushaltsausschuss nicht leicht gemacht, indem noch bis zur letzten Minute Anträge nachgeschoben wurden. Vielen Dank für diese Arbeit.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Bei aller Gemeinsamkeit - tut mir leid -, aber der Adler bleibt; denn der Adler ist ein so schönes und so stolzes Tier, dass es ein sehr gutes Symbol für unser Land ist. Ich denke, insgesamt können wir stolz sein auf das, was wir in den letzten Jahren gemeinsam für unser Land erreicht haben. Brandenburg steht gut da: Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historisch niedrigen Stand, die Wirtschaft ist robust, und wir sind viel besser als manche andere durch die Krise der vergangenen Jahre gegangen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber wir dürfen uns darauf nun wirklich nicht ausruhen. Deshalb setzt der vorliegende Haushalt die richtigen Akzente. Auch in diesem Haushalt werden die Schwerpunkte unserer Politik deutlich. Auch in diesem Haushalt konzentrieren wir uns auf Prioritäten, wir konzentrieren uns auf Bildung, auf Wissenschaft und auf eine sozial verträgliche Konsolidierung.

Gegenüber 2009 wachsen die Bildungsausgaben um 120 Millionen Euro, gegenüber 2009 steigen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um über 100 Millionen Euro, und wir werden trotzdem 2014 erstmals in der Geschichte dieses Landes ohne neue Schulden auskommen. Das ist wirklich ein Erfolg.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das sind die drei wesentlichen Eckpunkte unserer Haushalts- und Finanzpolitik - einer Politik, die sozial ausgewogen und auf die Zukunft gerichtet ist. Deshalb haben wir die Gruppengröße in den Kitas verringert. Allein die Landesmittel für die Kitas sind um über 50 % gestiegen und bis 2014 wachsen die Mittel nochmals um 13 Millionen Euro. Wir haben in den Beratungen zusätzlich 1,5 Millionen Euro in den Haushalt gegeben, damit auch Quereinsteiger in den Kitas besser ausgebildet werden können. Auch hier gilt wie bei vielem anderen: Wir könnten uns noch mehr vorstellen, wir wünschen uns noch mehr; aber Sie erinnern sich: Die Haushaltskonsolidierung ist eines der wichtigen Ziele, und deshalb können wir nur das umsetzen, was möglich ist.

Das gilt auch für die Schulen im Land. Wir haben in dieser Wahlperiode bereits 1 100 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, und es werden noch 2 000 neue Lehrer dazukommen. Das ist das Ziel für diese Wahlperiode. Damit schaffen wir eine völlig neue Qualität in den Kollegien der Schulen, denn eine ausgewogene Altersstruktur ist etwas ganz Wichtiges, und das wird mir - und sicherlich auch Ihnen - vor Ort in den Schulen immer wieder bestätigt. Darauf kommt es an: dass junge und erfahrene, berufserfahrene Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam unterrichten können, und da setzen wir Akzente.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Auch da gilt natürlich: Wir wünschen uns noch mehr, aber Sie erinnern sich: Die Konsolidierung des Haushaltes muss - auch angesichts der globalen Krise - ein zentrales Thema bleiben. Deswegen ist derzeit ein Mehr nicht verantwortbar. Trotzdem ist dies ein Haushalt mit sozialem Augenmaß. Wir gestalten einen Haushalt, der für Wirtschaftskraft und Zusammenhalt im Land steht.

Wenn man die Debatte der vergangenen Tage und Wochen über den Haushalt Revue passieren lässt, hat man manchmal das Gefühl, dass nicht alle hier im Hause verstanden haben, worauf es tatsächlich ankommt.

Opposition heißt nicht „Wünsch dir was!“, sondern Opposition, wirkliche, ernstzunehmende Opposition heißt doch, realistische Alternativen aufzuzeigen. Dann kann man anfangen zu diskutieren, dann kann man möglicherweise gemeinsam neue Wege entwickeln, nicht nur beim Wolf, wie es eben angesprochen worden war. Aber leider war davon viel zu wenig zu spüren.

Wenn man zum Beispiel zur CDU blickt, dann ist es bei jedem einzelnen Punkt so, dass wir genau in die falsche Richtung gehen. Wir bauen zu viele Polizisten ab, wir schaffen zu wenig neue Lehrerstellen, wir sorgen nicht dafür, dass in den Kitas mehr Personal ist. Überall, wohin wir schauen, gibt es zu wenig Personal. Aber insgesamt schaffen wir es nicht, schneller - wie von Ihnen gefordert - Personal abzubauen, was ja unverzichtbar

ist. Sie wollen immer mehr Ausgaben und gleichzeitig, dass wir noch schneller Schulden abbauen. Das alles geht doch überhaupt nicht zusammen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist hü und dann wieder hott, und dann wieder hü und dann wieder hott.

(Görke [DIE LINKE]: So sind sie!)

Opposition ist Mist, sagt man, aber Opposition macht eben manchmal auch Mist.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Diesen Mist, den Sie da produzieren, kann man nicht mal als Biodünger verwenden.

Wobei, Biodünger, das erinnert mich ein bisschen an die andere Oppositionspartei, die ich jetzt zu wenig angeblickt habe.

(Zuruf von der CDU: Satire ist das aber nicht, oder?!)

Herr Vogel, Sie gerieren sich ja manchmal als oberster Aufklärer und Kontrolleur dieses Landes. Da wäre ich an Ihrer Stelle ein bisschen ruhiger, wenn man bedenkt, wie es Ihnen gelungen ist - nicht Ihnen persönlich, aber doch in Ihrer Partei -, grüne Finanzmittel ins Rotlichtmilieu zu übertragen.

(Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE - Jungclaus [GRÜNE/B90]: Unterirdisch!)

Wenn Sie sich als der oberste Kontrolleur gerieren und alle anderen dafür kritisieren, dass sie es nicht schaffen, mehr aufzupassen, dann sage ich nur: Sie sitzen im Glashaus. Und wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen. Das ist übrigens auch klimaschädlich, Glashäuser ohnehin, und mit Steinen zu schmeißen ist noch blödsinniger.

(Heiterkeit bei der SPD)

Kommen Sie einfach heraus aus diesem Glashaus! Machen Sie mit uns gemeinsam eine seriöse Politik, auch im Zusammenhang mit Finanzausgaben, und kontrollieren Sie!

(Vereinzelt Beifall SPD - Jungclaus [GRÜNE/B90]: Verhalten Applaus!)

Wir setzen mit diesem Haushalt die politischen Rahmenbedingungen für 2013 und 2014 und perspektivisch mit den Verpflichtungsmächtigungen, die darin stecken, und der mittelfristigen Finanzplanung auch für die Jahre danach. Wir haben ein klares Konzept - ich sagte es -, bei dem es Prioritäten gibt, die zunächst im Bildungs- und Wissenschaftsbereich liegen. Aber das, was wir uns als Ziel gesetzt haben, muss in den Kommunen mit Leben erfüllt und umgesetzt werden. Das heißt auch, dass wir die Kommunen in den Stand versetzen müssen, ihre Aufgaben zu erfüllen, dass sie genügend Geld haben, um sich um die Schulen und Kitas zu kümmern, und dass sie Geld haben, um die kommunale Infrastruktur in Ordnung zu bringen.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Brandenburger Kommunen haben im Bundesvergleich eine außerordentlich gute Finanz-

ausstattung. Pro Kopf erhalten unsere Kommunen 900 Euro pro Jahr. In Bayern sind es gerade einmal 470 Euro, in Sachsen 650 Euro, in Thüringen 750 Euro. Fast 30 % der Haushaltsmittel dieses Landes fließen direkt oder indirekt in die Kommunen. Auch das ist ein Spitzenplatz, auf den wir stolz sein können.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir sanieren unseren Haushalt auch nicht auf Kosten der Kommunen, wir sind das kommunenfreundlichste Bundesland, denn wir wissen, dass die Kommunen die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen und für die Demokratie sind. Wir wissen: Die Kommunen sind die wichtigsten Ansprechpartner vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen. Und weil wir sie handlungsfähig machen und belassen wollen, müssen wir darauf achten, dass das, was wir den Kommunen geben, möglichst gerecht verteilt ist. Deswegen werden wir auch in den nächsten Monaten weiter darüber diskutieren, wie wir insbesondere die Soziallasten, die auf den Kommunen ruhen, anders verteilen können und wie wir andere Aspekte, etwa den demografischen Wandel, bei der Finanzierung noch zielgenauer berücksichtigen können.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Unser Ziel ist eine Gemeinsamkeit zwischen den Regionen dieses Landes und ein gerechter Ausgleich zwischen denen, denen es gut geht, besser geht, das sind viele im Speckgürtel von Berlin, und denen, die etwas größere Probleme haben. Das wird das Ziel im Bereich der Kommunen sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Görke [DIE LINKE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, Voraussetzung für Wirtschaftskraft und gute Arbeit im Land ist aber vor allem auch eine gute Industriepolitik. Unser Land ist ein Industrieland. Das ist für viele gar nicht selbstverständlich. Viele haben in der Vergangenheit viel mehr auf Dienstleistungen oder andere Aspekte gesetzt. Doch zeigt sich, dass Deutschland gerade deshalb so gut durch die letzten Krisenjahre gekommen ist, weil wir eine starke industrielle Basis haben, weil der Finanzsektor zum Glück bei uns eher schwach ausgeprägt ist. Gerade in Brandenburg, in unserem Land, gilt dies ganz besonders. Brandenburg profitiert von seiner breiten industriellen Basis, vom Maschinenbau, von der chemischen Industrie, der Papierindustrie, der Metallindustrie. Doch deren Zukunft hängt von unseren Entscheidungen in der Gegenwart ab. Deshalb brauchen wir eine aktive Industriepolitik. Dazu gehört zunächst einmal eine moderne Infrastruktur. Ich will festhalten: Unser Land ist im deutschen Vergleich mit Infrastruktur gut, teilweise sogar sehr gut ausgestattet. Da gibt es gar nicht mehr so viel Nachholbedarf. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, dass wir im Doppelhaushalt die Investitionsquote planmäßig absenken. Deshalb sinkt die Investitionsquote im Übrigen auch in allen neuen Ländern.

(Bischoff [SPD]: Richtig!)

Das ist ein selbstverständlicher Prozess der Angleichung an Westdeutschland und nichts Negatives.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE - Frau Stark [SPD]: Genau!)

Was die Region aber noch braucht, ist ein leistungsfähiger, moderner Flughafen. Der Flughafen belastet natürlich den Landeshaushalt. Das ist bitter in der Höhe, niemand hier freut sich darüber. Aber wir sind sicher: Das, was wir jetzt in diesen Haushalt für den Flughafen einstellen, das ist gut, sehr gut investiertes Geld in die Zukunft unseres Landes. Auch wenn es schmerzt, dass wir so viel ausgeben, wir können es uns immerhin leisten;

(Oh! bei der Fraktion GRÜNE/B90 - Zurufe von der CDU)

denn wir haben in den letzten Jahren gut gewirtschaftet. Wir haben Rücklagen bilden können. Deswegen ist es eben möglich, diese erheblichen zusätzlichen Belastungen, diese wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes zu tätigen, ohne dass das große Ziel - Sie erinnern sich -, die Konsolidierung, infrage gestellt wird. Trotz dieser hohen Kosten werden wir es schaffen, 2014 ohne neue Schulden auszukommen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

All jenen, die sagen, das ist verschwendetes Geld, sage ich: Das Ziel dieses Flughafens, dieser Investition, ist nicht nur, dass wir einen Motor in der Region schaffen, sondern wir als Gesellschafter werden eines Tages - ich glaube, eines nicht so fernen Tages - auch Einnahmen erzielen können. Ein moderner Flughafen kann und wird Gewinne machen. Das ist das Ziel. Weil das so erfolgen wird, davon bin ich überzeugt, werden wir auch von Brüssel, von der EU-Kommission sehr bald das Okay dafür bekommen, dass wir diese Gelder in den Flughafen stecken können, weil man auch dort sieht: Dieses größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands ist die gute, die beste Investition in die Zukunft, die wir derzeit in diesem Land vorhaben.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, Industrie und Gewerbe sind der Garant für den Wohlstand in Deutschland, aber dieser Wohlstand ist nicht kostenlos. Ihn zu erringen bringt auch Nachteile. Es werden nicht nur grüne Vögel in Schönefeld abheben, sondern Flugzeuge. Flugzeuge machen Lärm, so wie Autobahnen, so wie Schnellstraßen, so wie die Güterzüge, die nachts durch unser Land rattern. Und natürlich verursacht Industrie Emissionen, und natürlich sehen Industriebauten nicht immer schön aus, und natürlich sind es Windräder und Stromtrassen, die diejenigen, die in der Nähe wohnen, belasten. Das alles gehört zur Industrie, zum Wohlstand.

Ja, es ist nicht ohne Nachteil, und es ist eben manchmal auch so, dass Einzelne mehr Nachteile tragen müssen als die Allgemeinheit. Wir sollten daher Verständnis haben, wenn sich diejenigen, die unmittelbar von solchen Nachteilen betroffen sind, damit auseinandersetzen und protestieren. Diesen Konflikten müssen wir uns im Interesse der Zukunft unseres Landes stellen.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Wir müssen den Betroffenen dort, wo es nötig ist, auch helfen - etwa, wenn es um den Schallschutz am Flughafen geht, bei dem wir ein sehr gutes, europaweit beispielloses Konzept umsetzen werden. Das ist ein Ansatz, der zeigt, wie man mit dieser Situation umgehen muss.

Aber wer Wohlstand und gute Arbeit will, der muss auch offen sagen: Ohne Nachteile ist das nicht möglich. - Wir müssen diese Nachteile in Kauf nehmen, um insgesamt an unserem Wohlstand festhalten zu können, denn es ist keine Selbstverständlichkeit, das läuft nicht von allein. Diese Diskussion werden wir noch intensiver führen müssen. Ich bin überzeugt, wir werden überzeugen.

Zu einem Industrieland gehört auch Energie - das habe ich schon gesagt - mit den Trassen, den Windrädern und den Solarparks und natürlich auch mit der Braunkohle in unserem Land. Es ist gut, dass wir auch ein Energieland sind. Die Energiewende ist überhaupt eine der größten Herausforderungen, vor der wir in den nächsten zehn, zwanzig Jahren stehen - eine Operation am offenen Herzen, das wissen wir inzwischen -, bei der noch nicht klar ist, wohin wir laufen und ob alles gelingt.

Was wir in Brandenburg tun können, tun wir. Dass wir auf einem sehr erfolgreichen Weg sind, haben wir gestern erst wieder erfahren, als wir erneut - zum dritten Mal - als bestes Land für die erneuerbaren Energien mit dem „Leitstern“ ausgezeichnet worden sind.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber ich erinnere daran, dass gerade dieser uneingeschränkt positive Fortschritt dazu führt, dass mehr Trassen gebaut werden müssen und dass immer mehr Windräder im Land stehen. Die Solarparks verschwenden Flächen und haben auch ihre Nachteile. So sehr wir auf einem richtigen Weg sind, gibt es doch noch Konflikte zu bewältigen. Auch denen werden wir uns stellen.

Da unterscheiden wir uns übrigens von der desaströsen Politik der Bundesregierung. Schwarz-Gelb hat kein Konzept dafür, wie die Energiewende in Deutschland funktionieren soll. Ich bin froh, dass wir wenigstens das tun, was wir tun können, um das Land Brandenburg bundesweit als Vorbild dastehen zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU] - Genilke [CDU]: Das hat aber heute lange gedauert! - Frau Melior [SPD]: Aber wir haben Sie nicht enttäuscht! - Genilke [CDU]: Nein, das tun Sie nie!)

Meine Damen und Herren, Industriepolitik erfordert eine moderne Infrastruktur und eine funktionierende Energieversorgung, übrigens - das ist ein ganz zentrales Thema - zu bezahlbaren Preisen nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Verbraucher. Unsere Industriepolitik hat auch noch etwas anderes im Blick: Wir brauchen starke Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften, wenn wir mit einer starken Wirtschaft in unserem Land Erfolg haben wollen.

(Beifall SPD)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gute Arbeit haben, verdienen gut und zahlen gute Steuern. Wenn sich jetzt jemand fragt, was ich hier im Zusammenhang mit einem Haushalt erzähle, dann hat er nicht verstanden, wovon ein Staat eigentlich lebt - nämlich davon, dass seine Bürgerinnen und Bürger und auch die Unternehmen so gut aufgestellt sind, dass sie ohne belastet zu werden, die Steuern zahlen können, die der Staat braucht, um ein Gemeinwesen funktionieren zu lassen.

Deswegen ist es für uns zentral - auch im Zusammenhang mit dem Haushalt -, dass wir dafür kämpfen und Motivationsanreize geben, dass die Arbeitnehmerrechte im Land gestärkt werden, denn nur, wenn die Niedriglohndebatte und die Debatten über Zweitjobs, über schlechter bezahlte Leiharbeit, über schlechter bezahlte Frauenarbeit und darüber, wie man überhaupt in diesem Land noch vernünftig von seiner Arbeit leben kann, endlich aufhören und wir uns alle gemeinsam dazu bekennen, dass nur gut bezahlte Jobs eine Zukunft für dieses Land sind, dann nur wird uns auch die Haushaltskonsolidierung dauerhaft gelingen, und nur dann wird Brandenburg auf Dauer ein funktionierendes, modernes Industrieland bleiben.

(Beifall SPD sowie des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Zur Industriepolitik, wie wir sie verstehen, gehört auch die Vernetzung von Wirtschaft und Ausbildungseinrichtungen. Das heißt zunächst einmal, dass die Universitäten und Fachhochschulen im Land dafür sorgen müssen, dass die Fachkräfte, die wir in der Region brauchen, auch hier ausgebildet werden, damit sie hier bleiben. Das ist eine zentrale Herausforderung, gerade auch für die nächste Legislaturperiode - da bin ich sicher -, zu gucken, wie wir die Universitäten und Fachhochschulen noch zielgenauer stärken können.

(Beifall SPD)

Wir werden darüber reden müssen, wie wir unser Ausbildungssystem noch besser an die Anforderungen unseres Landes anpassen können. Wir werden immer mehr dafür sorgen müssen, dass die Abbrecherquoten sinken, weil wir doch jeden Menschen brauchen, der in diesem Lande lebt, und jeden Menschen - jedes Mädchen und jeden Jungen - dazu führen müssen, dass er die Qualifikation besitzt, um in diesem modernen Industrieland Brandenburg eine gute Zukunft mit einer gutbezahlten Arbeit zu finden. Das wird die große Herausforderung werden.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Hier schließt sich der Kreis. Deswegen hat Bildung bei uns die allerobere Priorität, denn unser Ziel ist und bleibt, jedem Menschen in diesem Land die bestmöglichen Chancen für einen Start in ein gutes Berufsleben zu geben. Niemand darf in diesem Land alleingelassen werden. Auch das ist - glaube ich - in diesem Haushalt sehr gut umgesetzt.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, wir entscheiden heute über gut 20 Milliarden Euro, mit denen wir in den kommenden zwei Jahren Politik in einer Weise gestalten werden, wie ich sie eben skizziert habe, die ich, die wir Koalitionsfraktionen - aber ich hoffe eben, wir alle hier in diesem Haus - als Politik für unser Land verstehen. Vor uns liegt ein Haushalt, der mit Augenmaß aufgestellt wurde, ein Haushalt, der 2014 erstmals planmäßig keine neuen Schulden vorsieht. Wir erfüllen damit die Schuldenbremse übrigens sechs Jahre früher, als es das Grundgesetz von uns fordert, und auch das ist ein großer Erfolg angesichts der Politik, die wir betreiben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir setzen mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 weiter auf Bildung, auf Wissenschaft und auf Arbeitsplät-

ze. Wir setzen damit auf die zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes. Das, meine Damen und Herren, ist übrigens der wahre Brandenburger Weg. Wir arbeiten für ein modernes Industrieland, bestimmt von Gemeinsinn und sozialer Gerechtigkeit. Wirtschaftskraft und Zusammenhalt sind die Themen der nächsten Jahre. Dafür legt dieser Haushalt eine hervorragende Grundlage. Wir werden ihm mit Freude zustimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Dombrowski spricht zu uns.

Dombrowski (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Jahre Rot-Rot und der letzte planmäßige Haushalt in dieser Legislaturperiode sind ein guter Zeitpunkt, um der mit großen Worten, Versprechungen und Ankündigungen gestarteten Koalition ein Zeugnis auszustellen. Von einem Politikwechsel war damals, im Jahr 2009, die Rede, aber schon mit dem Koalitionsvertrag wurden schnell zwei Dinge klar: Erstens. Für die SPD ging es hauptsächlich darum, mit einer zahlenmäßig komfortablen Parlamentsmehrheit ihre Wahlversprechen - wie Mindestlohn und Schüler-BAföG - umzusetzen und ansonsten einfach so weiterzumachen wie bisher. Wenn Sie allerdings so weitergemacht hätten wie in den Jahren zuvor, dann wäre es ja gar nicht so schlecht gewesen; aber dazu komme ich später.

Zweitens. Die Linke war schlicht und einfach froh darüber, dass sie nach 20 Jahren wieder an wichtigen und gut dotierten Stellen - Schaltstellen - in Brandenburg sitzen und mitregieren könnte.

(Beifall CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Oh!)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten drei Jahren waren durchaus positiv, die Steuereinnahmen übertrafen alle Erwartungen, die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Und das ist gut so. Aber gerade wegen dieser guten Nachrichten muss man von drei verlorenen Jahren für Brandenburg sprechen.

(Beifall CDU und FDP)

Die rot-rote Landesregierung hat es nicht einmal im Ansatz geschafft, diese gute Ausgangslage für wichtige Zukunftsentscheidungen und richtige Weichenstellungen des Haushaltes zu nutzen. Man muss sich wirklich fragen: Wo ist der vor drei Jahren angekündigte Politikwechsel? Was hat sich überhaupt verändert? Und vor allem: Was ist wirklich besser geworden?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Vieles!)

Im Jahr 2010 sprach Finanzminister Markov davon, dass der Haushalt in Zahlen gegossene Politik sei. Nun wollen wir uns einmal die Ergebnisse der Haushalte in rot-roter Verantwortung ansehen: Im Gegensatz zum Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 hatte Brandenburg über 3 Milliarden Euro - ich wiederhole: über 3 Milliarden Euro! - mehr zur Verfügung. Trotzdem haben Sie in vielen Bereichen gekürzt, ohne bemerkenswerte

Schritte auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Nun könnte man ja sagen: Okay, die Landesregierung verzichtet noch nicht auf neue Schulden, weil man zumindest das bestehende Niveau halten und den Bürgern noch ein oder zwei Jahre bestimmte Dinge nicht zumuten will. - Der Finanzminister sagte: Wir konsolidieren, sparen das Land aber nicht kaputt.

(Görke [DIE LINKE]: Genau!)

Das sind schöne Worte - nur leider haben sie nichts mit der Realität zu tun. Die entsprechende Quote schrumpft, gemessen an den Gesamtausgaben, von 17 % im Jahr 2011 auf gut 12 % im Jahr 2014. Was das in der Praxis bedeutet, will ich am Beispiel des Straßenbaus erläutern: Im Jahr 2009 waren rund 80 Millionen Euro für den Erhalt bzw. den Um- und Ausbau der Landesstraßen veranschlagt. Für dieses Jahr sind es nur knapp 30 Millionen Euro, im Jahr 2013 wird der Ansatz auf 17,7 Millionen Euro sinken, im Jahr 2014 werden es jämmerliche 12,2 Millionen Euro sein. Sie haben es also geschafft - innerhalb einer Wahlperiode! -, die Mittel für den Erhalt der Landesstraßen um sagenhafte 85 % zusammenzustreichen. Das ist in Zahlen gegossene Politik des Kaputtsparens, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wenn der Winter vorbei ist und der Schnee sich verzogen hat, wird man das auch sehen.

Sie kürzen und streichen in vielen Bereichen, auch wenn es sich dabei um Kernaufgaben des Staates handelt. Sie rationalisieren - nein, sie streichen - 2 000 Stellen bei der Polizei, obwohl insbesondere durch die Grenzkriminalität für viele Unternehmen existenzbedrohende Schäden entstehen; Sie können das in jeder Zeitung nachlesen.

Viele Menschen haben täglich die Sorge, dass in Haus oder Wohnung eingebrochen oder das Auto gestohlen wird. Sparen auf Kosten der Sicherheit ist der falsche Weg.

Ein zentraler Bereich ist die Bildungspolitik. Auch hier haben Sie entgegen vollmundiger Ankündigungen nichts dazu beigetragen, dass sich die Situation an unseren Schulen verbessert. Obwohl die Schülerzahlen weiterhin steigen, kürzen sie massiv bei den freien Schulen, weil diese nicht in ihre bildungspolitische Ideologie passen.

(Beifall CDU)

Vor zwei Jahren haben Sie Versprechungen und Verträge mit den Hochschulen gebrochen und sich an deren Rücklagen vergriffen. 10 Millionen Euro, die für wichtige Projekte und Profilierungen der Hochschulen zurückgelegt worden waren, haben Sie einfach einkassiert. Obwohl Frau Münch - damals noch Hochschulministerin - hoch und heilig versprochen hatte, dass es keine weiteren Belastungen geben werde, wurde 2011 eine globale Minderausgabe von 12 Millionen Euro verhängt. Und weil das so gut funktioniert hat, ist man in den Jahren 2012, 2013 und 2014 gleich bei dieser Kürzung geblieben.

Den vorerst letzten traurigen Akt Ihrer angeblichen Prioritätspolitik im Bereich Bildung und Wissenschaft erleben gerade

die Lausitzer Hochschulen. Über die Köpfe der Betroffenen hinweg, unter großem Zeitdruck und alle Proteste ignorierend, werden die BTU Cottbus und die Fachhochschule Lausitz nächstes Jahr zwangsvereinigt.

Herr Ministerpräsident, ich kann und darf es Ihnen nicht ersparen, auf die Regierungserklärung im Jahr 2009 zurückzublicken und Ihre damaligen Aussagen in Erinnerung zu rufen. Sie haben vor drei Jahren Folgendes gesagt.

„Das vorhandene Geld soll vordringlich für besonders zukunfts wirksame Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Innovation genutzt werden.“

Und weiter:

„Wir werden die Qualität unserer Schulen entscheidend verbessern.“

Ich frage Sie: Wo hat sich die Qualität unserer Schulen verbessert? Und warum merken das die Lehrer nicht?

(Beifall CDU und FDP)

In Ihrer Regierungserklärung hieß es im Zusammenhang mit den Problemen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses, konkret: der Bachelor- und Masterstudiengänge:

„Wir nehmen die Proteste der Studierenden ernst.“

Damals, als es vorrangig um Vorgaben der EU ging, wollten Sie alle Proteste ernst nehmen. Aber wenn in diesen Tagen 42 000 Unterschriften gegen Ihre Hochschulpläne gesammelt werden und Studenten einen Protestlauf von Cottbus nach Potsdam organisieren, dann lassen Sie das Ministerin Kunst machen. Ich kann gut verstehen, dass sich Schüler, Lehrer und Studierende in Brandenburg verschaukelt fühlen und ihrem Unmut Luft machen.

Meine Damen und Herren, im rot-roten Koalitionsvertrag steht auf Seite 5:

„Wir ... sind offen für gute Ideen, woher sie auch kommen.“

(Görke [DIE LINKE]: Von Ihnen kam da nichts!)

- Na ja, das wollen wir einmal sehen. - Ja, gute Ideen haben Sie wirklich dringend nötig.

(Beifall CDU und FDP)

Sie müssen diese dann aber auch aufgreifen und dürfen es nicht bei kleinen symbolischen Akten belassen. Unseren - hier schon mehrfach erwähnten - Änderungsantrag „Schäden durch Wölfe an Nutztierbeständen ausgleichen und Ehrlichkeit in der Debatte um die Wiederansiedlung des Wolfes stärken“ haben Sie großzügig aufgegriffen. Dort geht es um sensationelle 5 000 Euro - Donnerwetter!

Wenn Sie es mit dem Offensein für gute Ideen ernst meinen, dann hätten Sie auch unserem Änderungsantrag im Bildungsbereich zustimmen müssen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn in den vergangenen beiden Tagen gesagt wurde, dass die CDU zu den Einzelhaushalten so wenig Anträge gestellt hat, dann sage ich: Wir haben Ihnen das vorgemacht, was Sie nicht können, nämlich Prioritäten setzen. Das ist der Grund dafür.

(Beifall CDU)

Wenn es auch für Sie so wichtig ist, Bildung in Brandenburg zu sichern, sage ich Ihnen: Wir nehmen dieses Ansinnen ernst und zeigen Ihnen, wie man es macht. Das heißt: Haushaltsmittel bündeln, um im Bereich Bildung etwas zu bewirken. Nur durch Kommunizieren - wie wir in der Fragestunde von Frau Ministerin Dr. Münch gehört haben - gibt es nicht mehr Unterrichtsstunden und wird den Schülern nicht mehr Lerninhalt vermittelt.

(Beifall CDU)

Mit diesem Antrag gehen wir ein wesentliches Problem der Bildung in Brandenburg an. Fast 450 000 Stunden - 450 000 Stunden! - jährlich werden nicht bzw. nicht so erteilt, wie geplant. Der Hauptgrund ist einfach: Durchschnittlich 6 % der Lehrer sind krank, aber nur 3 % sind als Puffer vorgesehen. Wie aus Puffern Püfferchen werden und am Ende gar nichts mehr auf dem Teller ist, sehen wir an anderen Stellen in Verantwortung des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.

(Beifall CDU und FDP)

Deshalb wollen wir erstens die Vertretungsreserve von 3 % auf 6 % verdoppeln, zweitens die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden an den Grundschulen in den Klassen 1 bis 4 insgesamt um vier Stunden erhöhen und damit insbesondere die Schlüsselfächer Deutsch und Mathe stärken sowie drittens die gut 500 geplanten Neueinstellungen von jungen Lehrern vorziehen. Mit diesen drei Maßnahmen haben wir konkrete Ansatzpunkte vorgelegt und Prioritäten gesetzt.

Da Sie unseren Änderungsantrag abgelehnt haben, fordern wir Sie heute mit unserem Entschließungsantrag auf, endlich etwas gegen die Bildungsmisere in Brandenburg zu unternehmen.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie uns schon kein Gehör schenken, dann reagieren Sie wenigstens auf die Forderungen der 11 000 Lehrer, die am 22. November ihrem Unmut in Personalversammlungen in noch nie dagewesener Weise Luft gemacht haben. „Noch nie dagewesen“ bezieht sich nicht nur auf Brandenburg, sondern auf ganz Deutschland, zumindest soweit ich das beurteilen kann.

Herr Ministerpräsident, ist Ihnen eigentlich schon aufgefallen, dass es in den letzten drei Jahren, seitdem Sie diese rot-rote Koalition eingegangen sind, in Brandenburg immer mehr Proteste, Unzufriedenheit, Demonstrationen und Volksinitiativen gibt? Im letzten Jahr demonstrierten Tausende vor dem Landtag mit einem Bildungscamp gegen die Einschnitte bei den freien Schulen. Zudem gibt es eine Verfassungsbeschwerde. Allein in dieser Wahlperiode haben sich Volksinitiativen gegen die Polizeireform, für den Erhalt der Brandenburger Alleen, gegen die Hochschulzwangsvereinigung in der Lausitz und gegen die Kürzungen bei den freien Schulen gegründet. Alle

waren erfolgreich. Immer wurden weit mehr als die notwendigen 20 000 Stimmen erreicht.

Beim Thema Flughafen schreibt Rot-Rot sogar Geschichte: Nicht nur die Anzahl der verschobenen Eröffnungstermine ist ein Rekord, sondern auch das erste erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg fällt in Ihre Verantwortung. Gerade weil sich die Linke so vehement für mehr direkte Demokratie einsetzt, bin ich gespannt, wie verantwortungsvoll Sie mit dem Ergebnis des Volksbegehrens zum Nachtflugverbot umgehen werden.

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Goetz [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Über 100 000 Menschen haben große Erwartungen an Sie.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

- Ja. - Es geht nicht darum, wie man Volksinitiativen politisch bewertet, ob man sie unterstützt oder ablehnt. Nein, es geht um die Tatsache, dass sich noch nie so viele Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg im Stich gelassen gefühlt haben und unzufrieden sind.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich habe schon in der 1. Lesung zu diesem Doppelhaushalt dargestellt, welche Belastungen durch das Missmanagement rund um den Willy-Brandt-Flughafen für unseren Landeshaushalt entstanden sind: Rund 450 Millionen Euro - Herr Holzschuher hat gesagt, wir könnten uns das leisten; Sie sind Optimist - sind im Haushalt als Risikovorsorge eingeplant. Auch ohne es auf Euro und Cent genau zu berechnen, ist festzustellen: Man könnte von diesem Geld in Brandenburg ungefähr die Hälfte aller Landesstraßen sanieren, ca. 4 500 Lehrer- oder Polizeistellen in beiden Jahren finanzieren, doppelt so viel wie bisher für unsere Kindergärten ausgeben, einen Jahresetat für Hochschulen und Forschungseinrichtungen sichern.

(Holzschuher [SPD]: Also wollen Sie keinen Flughafen!)

Aber zu den Kosten der Fehlplanung am Flughafen kommen mit Sicherheit noch weitere Belastungen vor und nach der Eröffnung hinzu.

Auch wenn es manche hier im Saal nicht wahrhaben wollen und sich die Situation schönreden: Wenn der neue Flughafen nicht wirtschaftlich arbeitet, wird er ein Millionengrab - nicht für diesen Doppelhaushalt. Genau dafür stellen Sie aber derzeit die Weichen. Herr Holzschuher ist dann so optimistisch, dass er sagt, wir könnten uns das leisten.

Auf dem SPD-Parteitag im September in Luckenwalde hat der Ministerpräsident den Informationsfluss kritisiert und erklärt:

„Was bleibt, ist ohne Wenn und Aber die Tatsache, dass uns hier ein wichtiges Projekt gründlich aus dem Ruder gelaufen ist.“

Ja, Herr Ministerpräsident, aber nicht nur der Flughafen ist aus dem Ruder gelaufen, vieles andere auch.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Wenn man die Unzufriedenheit im ganzen Land betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis, dass es in den letzten Jahren in der Tat einen Politikwechsel gegeben hat - einen Wechsel zu Bürgerferne, mangelndem Vertrauen und Enttäuschungen. Sie haben vielleicht politische Ziele, aber keinen Plan, wie Sie diese erreichen können.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, ich habe vorhin gesagt, dass Sie mit Ihrem Versuch, einen Flughafen zu bauen, Geschichte geschrieben haben. Ich möchte Ihnen darstellen, wie nach unserer Auffassung diese Geschichte ausgehen wird, wenn Sie nicht endlich Ihre Verantwortung wahrnehmen: Der Flughafen kommt zu spät, ist zu klein und ist zu teuer - so weit, so schlecht.

Wenn nur die Investitionskosten deutlich teurer würden als geplant, könnte man dies mit viel Ärger noch verschmerzen, wenn denn der Flughafen wenigstens funktioniert, eine gute Perspektive hat und sich die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Grenzen halten. Dies ist aber leider nicht der Fall. Wenn der Flughafen irgendwann eröffnet wird, ist er erstens zu klein, da die Passagierzahlen bereits am Limit sind; Herr Amann hat Sie kürzlich im Hauptausschuss darüber aufgeklärt. Zweitens wird es durch Überlastung zu Verspätungen kommen, und die Anwohner, denen Sie den ihnen zustehenden Lärmschutz beharrlich verweigert haben, werden mehr belastet, als es notwendig und jetzt bekannt ist.

(Holzschuher [SPD]: Wie viel wollen Sie denn noch ausgeben?)

- Herr Holzschuher, Sie haben doch vorhin gesagt, wir könnten uns das leisten. Warum wollen Sie gerade am Lärmschutz sparen?

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Der Flughafen wird drittens nach der Verdoppelung der Baukosten jährlich Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter benötigen und so den Landeshaushalt weiter belasten.

Viertens wird Ihre Argumentation, man könne den Flughafen in Modulbauweise erweitern, ins Leere laufen. Denn einerseits ist ein Flughafen kein Lego-Baukasten, andererseits werden Kapazitäten nicht dadurch erhöht, dass man sogenannte Satelliten baut. Notwendig ist die Steigerung der tatsächlichen Abfertigungskapazitäten im Terminal für das Einchecken, für Passkontrollen und so weiter. Alles dies haben Sie nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt, geschweige denn die finanziellen Mittel zur Verfügung, obwohl Geld im Überfluss da ist, wie Herr Holzschuher gesagt hat. Die Fachleute wissen es schon lange, nur Sie wissen es nicht oder Sie wollen es nicht wahrhaben.

Um es klar zu sagen: Die CDU will einen leistungsfähigen und wirtschaftlichen Flughafen. Aber wir wollen einen Flughafen, der von den Bürgern akzeptiert ist. Wir sind im Interesse unseres Landes und seiner Bürger bereit, uns einzubringen.

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Dann macht doch mit!)

Wir sind aber auch dazu verpflichtet, Ihnen deutlich zu sagen, was Sie in Wahrnehmung - besser ausgedrückt: in Nichtwahr-

nehmung - Ihrer Verantwortung versäumt und falsch gemacht haben. Es geht nicht darum, zuallererst zu entscheiden, wann der Flughafen tatsächlich eröffnet wird, sondern es geht um die Frage, wie es nach der Eröffnung weitergeht. Herr Ministerpräsident, wollen Sie dann wieder den Überraschten spielen nach dem Motto: Es ist ja toll, dass der Flughafen so gut läuft und ausgelastet ist. Deshalb müssen wir jetzt dringend - wie auch von Herrn Amann am Mittwoch gesagt - über Erweiterungen sprechen.

Ich möchte Herrn Vogel zitieren, der - ich glaube, es war vorgestern - fragte: Herr Platzeck, warum bürgen Sie nicht einfach mit Ihrem Namen für den Erfolg dieses Flughafens, dieses großen patriotischen Projekts - da Sie an uns appelliert haben, da mitzutun -, nach dem Motto: „Ein Mann, ein Wort“, wie Herr Vogel gesagt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Ich möchte ausdrücklich aufgreifen, was Ihnen Herr Vogel angeboten und wozu er Sie aufgefordert hat. Da Herr Wowerit demnächst abgängig wird, wäre das eine gute Gelegenheit, dass das erfahrenste Aufsichtsratsmitglied den Vorsitz übernimmt und das Projekt tatsächlich ins Ziel und zum Erfolg führt. Übernehmen Sie diese Verantwortung, Herr Platzeck!

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Nein, so geht das nicht. Jetzt und heute ist es nötig, eine gründliche Inventur zu machen und die Karten auf den Tisch zu legen.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Genau!)

Stellen Sie sich endlich der Verantwortung, und zwar nicht nur bis zur Eröffnung des Flughafens, sondern lassen Sie zu, dass alle bekannten Fakten zusammengeführt, objektiv bewertet und daraus notwendige Entscheidungen abgeleitet und diese umgesetzt werden. Bisher haben Sie nicht den Mut aufgebracht, sich zu Ihren Fehlern und Versäumnissen zu bekennen, wobei Ihnen niemand Vorsatz unterstellt. Jedoch geben Sie zumeist den anderen die Schuld.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Sie haben geschworen, in Ihrer Amtszeit Schaden vom Land abzuwenden. Also tun Sie es auch! Für einen Weg des offenen Dialogs steht die CDU zur Verfügung, für den Weg Ihrer teuren Ahnungslosigkeit jedoch nicht.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, dieser letzte Haushalt der rot-roten Landesregierung ist noch einmal der klare Beleg für die mut- und kraftlose Politik dieser Regierung. Nach drei Jahren hat die Koalition aus SPD und Linken noch immer keine Vision, dafür aber mehr Probleme geschaffen als gelöst.

Ich frage mich wirklich: Was haben Sie in den nächsten zwei Jahren bis zur Landtagswahl eigentlich vor? Hoffen, dass der Volksentscheid nicht erfolgreich wird? Warten, dass der Flughafen irgendwann eröffnet wird? Diskutieren, ob man 2030 oder 2040 aus der Braunkohle aussteigt? Überlegen, ob man noch mehr Hochschulen oder Schulämter zusammenlegen kann? Lehrer, Schüler und Eltern mit der Einheitsschule beun-

ruhigen? Darum feilschen, ob man 8,50 Euro oder besser gleich 10 Euro Mindestlohn im Wahlkampf fordern sollte?

(Domres [DIE LINKE]: Oder gar keinen - wie Sie!)

Oder weiter die Bundesregierung und die Europäische Union für all das verantwortlich machen,

(Ness [SPD]: Nur noch bis September, dann ist die Bundesregierung weg!)

was Sie nicht oder nur schlecht hinbekommen? Diese Koalition ist ideenlos und ausgebrannt. Sie gibt keine Antworten, was gut oder schlecht für Brandenburgs Zukunft ist, und sie stellt noch nicht einmal die richtigen Fragen.

(Holzschuher [SPD]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört, Herr Dombrowski! Schade!)

Vielleicht verstehen wir Ihre großartige Politik auch einfach nur nicht; das kann durchaus sein. Jedoch sind wir mit unserem Unverständnis offenbar nicht allein; denn sehr viele Bürger verstehen und akzeptieren Ihre Politik auch nicht. Wenn Sie das nicht bemerken, kann es uns als CDU nur recht sein. Dennoch glaube ich, dass Sie sich darüber Gedanken machen sollten; denn es geht nicht nur um Wahlerfolge, sondern um die Zukunft unseres Landes.

Der Ministerpräsident glänzt nicht durch seine Richtlinienkompetenz, sondern - ich wiederhole mich - er ist die personifizierte Nichtverantwortung. Wo immer etwas schief läuft, klemmt und es Probleme gibt, tragen andere Schuld und Verantwortung. Dieses Phänomen kann man bei Matthias Platzeck seit langer Zeit beobachten, und zwar seit Beginn seines politischen Wirkens in Brandenburg.

Ich rekapituliere einmal: Sie waren damals Umweltminister. Wir beklagten die überdimensionalen Kläranlagen, die in Ihrer Verantwortung entstanden,

(Bischoff [SPD]: Das ist platt!)

in der Bauprüfstelle des Landesumweltamtes, wo die Ingenieurbüros bzw. die Kommunen, die Fördermittel haben wollten, gezwungen wurden,

(Holzschuher [SPD]: 80 % der Brandenburger sehen das anders! - Bischoff [SPD]: Die CDU tobt!)

DIN-Normen und die Technische Anleitung „Siedlungswasserwirtschaft“ ohne Beachtung der Demografie in Brandenburg umzusetzen; sonst gab es kein Geld.

Ich darf auch an die Zweiteilung des Landes im Jahr 2002 erinnern. Auch wenn die CDU damals in der Koalition war, wissen Sie, dass aus unserer Fraktion heftiger Protest dagegen aufkam. Die Folgen, die aus der Zweiteilung des Landes resultieren, sind derzeit in Brüssel bei den gegenwärtigen Verhandlungen aktuell. Aufgrund der Zweiteilung des Landes werden die Zuwendungen für uns noch einmal um einen erheblichen Millionenbetrag geringer ausfallen.

Den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft brauche ich hier nicht mehr zu erwähnen; denn die Probleme sind wirklich nicht

vom Himmel gefallen, sondern von Ihnen höchstpersönlich mitzuverantworten.

Herr Ministerpräsident, eigentlich stehen Sie nicht auf der Rednerliste, dennoch glaube ich, dass es Sie planmäßig überkommen wird - Sie haben schließlich fleißig mitgeschrieben -

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Büttner [FDP])

und Sie „planmäßig spontan“ das Wort ergreifen, um die „großen“ Erfolge Ihrer Politik darzustellen. Ich nenne im Folgenden drei Themen, bei denen ich erwarten würde, dass diese von Ihnen aufgegriffen werden:

Jawohl, Brandenburg hat den Leitstern zum dritten Mal erhalten. Das ist wunderbar, und das werden Sie sicherlich auch sagen. Dann werden Sie aber sicherlich dazusagen müssen, was die Kehrseite der Medaille ist: Brandenburg ist nämlich eines der Länder mit den höchsten Strompreisen in Deutschland. Ihre Antwort darauf ist natürlich der Sozialtarif.

(Beifall CDU)

In Ihrem spontanen Redebeitrag werden Sie sicherlich auch die hohe Beschäftigung in Brandenburg - zu Recht - ansprechen. Dass in Brandenburg jedoch der höchste Krankenstand deutschlandweit vermeldet wurde, werden Sie sicherlich nicht erwähnen.

Was haben wir denn noch? Sie sagten einmal so schön: 2014 - toll, ein Zeitenwechsel, keine neuen Kredite. Im Jahr 2009 hatten Sie der CDU im Rahmen der Sondierungsgespräche noch vorgeworfen, im Jahr 2014 keine neuen Kredite mehr aufnehmen zu wollen sei unseriöse Politik.

(Domres [DIE LINKE]: Trauerarbeit!)

Das alles kann man nachlesen. Sie wissen, dass wir auch im Jahr 2013 ohne neue Kredite auskommen könnten. Mittlerweile sagen wir - Herr Kollege Burkardt hat es gestern bereits erwähnt -: 2014 ohne neue Kredite, das wünschen wir uns alle und das wollen wir auch. Wenn Sie aber nachher sagen, dass wir eine Zeitenwende haben, müssen Sie auch sagen, dass wir diesbezüglich das letzte Bundesland unter den neuen Bundesländern sind. Insofern haben wir nicht den Leitstern, sondern die rote Laterne.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Herr Ministerpräsident, bei dieser guten Botschaft vor Weihnachten - 2014 keine neuen Kredite - müssen Sie auch die dahinter stehenden Fragezeichen benennen: Wird es so sein, dass die Steuereinnahmen planmäßig um 4 % jährlich steigen und auch die Zinsen planmäßig so niedrig bleiben? Hinzu kommt noch das eine oder andere mehr.

Das Flughafenloch möchte ich hier überhaupt nicht erwähnen; denn diesbezüglich hat Herr Holzschuher bereits gesagt: Wir haben ausreichend Geld, jedes Loch am Flughafen zuzuschütten.

(Beifall CDU)

In der im August durchgeführten Sondersitzung des Landtags haben Sie, Herr Ministerpräsident, an die patriotische Verant-

wortung des Landtags appelliert, den Flughafen zum Erfolg zu bringen. Patriotismus bedeutet Vaterlandsliebe, Heimatgefühl und Stolz auf die eigene Identität. Herr Ministerpräsident, können Sie mir bitte einmal beantworten, was der Bau eines Flughafens mit Patriotismus zu tun hat? Ich habe es nicht verstanden.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90] - Holzschuher [SPD]: Deswegen sind Sie in der Opposition, Herr Dombrowski!)

- Dahin kommen Sie auch noch, warten Sie nur ab.

(Bischoff [SPD]: Träumen Sie weiter!)

- Verdient haben Sie es schließlich.

(Bischoff [SPD]: Träumer! - Domres [DIE LINKE]: Darüber kann man nur lachen! - Zuruf des Abgeordneten Ness [SPD])

- Sie wissen doch selbst: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Bischoff [SPD]: Das sieht man bei der CDU ganz deutlich! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Deutschland ist eine Demokratie. Darin gibt es keine politischen Erbhöfe, weder für die Roten noch für die Schwarzen. Das ist die Wahrheit, und das ist gut so.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Patriotismus heißt gerade nicht, die Regierung und deren Versagen zu ignorieren, schwerwiegende Fehler schönzureden und widerspruchslos hinzunehmen. Sie können sich sicher sein, dass die CDU-Fraktion sehr patriotisch zu Brandenburg steht.

(Bischoff [SPD]: Oh!)

Weil uns die Zukunft unserer Heimat und die Interessen der Menschen am Herzen liegen, ist es unsere erste patriotische Pflicht, diese rot-rote Landesregierung 2014 abzulösen. - Danke schön.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90 - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Oh!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dombrowski. - Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fortgesetzt. Der Abgeordnete Görke erhält das Wort.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die letzte Haushaltsdebatte in dieser Legislaturperiode.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Es kommt noch ein Nachtragshaushalt!)

Es ist völlig richtig, dass die Opposition dies zum Anlass nimmt, um sich grundsätzlich mit der Politik der Koalition auseinanderzusetzen. Aber einen Neuigkeitswert Ihrer Rede, Herr Kollege Dombrowski - bis auf patriotische Pflichten und der Kenntnisnahme, dass Herr Wowereit abgängig ist und es mit

Herrn Henkel Neuwahlen in Berlin gibt -, habe ich nicht feststellen können.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt - dies wissen wir alle und wurde mehrfach erwähnt - ist in Zahlen gegossene Politik. An einem Zahlenwerk ist abzulesen, ob es sich um vorausschauende oder um risikobewusste Politik handelt. All das sind Ansprüche, denen wir uns stellen.

Kernfragen dabei sind: Was bedeutet ein Doppelhaushalt mit einem Umfang von 20 Milliarden Euro über diesen Tag hinaus? Haben wir die Kraft gefunden, uns den heutigen Herausforderungen zu stellen, die es uns ermöglichen, zugleich auch in die Zukunft zu investieren, oder wurschteln wir uns mit einem Loch im Portemonnaie oder - ich sage es anders - mit ungedeckten Haushaltsanträgen von Tag zu Tag irgendwie durch?

Ich bin - im Gegensatz zur Opposition - fest davon überzeugt, dass es uns gelungen ist, einen zukunftsfähigen Haushalt vorzulegen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Bevor ich darauf zurückkomme, noch einige Sätze zu den Risiken: Diese haben in der Debatte soeben und in den letzten Tagen eine große Rolle gespielt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, glauben Sie es mir: Ich kann Ihre Kritik an der Mittelbereitstellung für den BER in vielen Punkten nachvollziehen. Wie Sie wissen, war meine Fraktion diejenige, die seinerzeit sowohl die Standortentscheidung ablehnte als auch in den Folgejahren immer wieder den Finger in die Wunde legte. Doch das, was Sie als Fraktionsvorsitzender heute und in den letzten Wochen zu diesem Thema von sich gegeben bzw. was Sie abgezogen haben, trug schon absurde Züge. Ihre Äußerungen waren nicht nur populistisch, sondern auch von einem hohen Grad an Selbstvergessenheit gekennzeichnet. So einträchtig, wie Sie heute als Opposition hier sitzen und anklagen - da spreche ich auch die Kollegen der Grünen an -, so einhellig waren Sie seinerzeit für den internationalen Flughafen - am Standort Schönefeld! Im Leben ist es manchmal so, dass man, wenn man A sagt, auch B sagen muss. Für meine Fraktion sind die Spielchen, die Sie in den letzten Tagen abgezogen haben, nur noch schwer erträglich.

Wie ich bereits sagte, hatte unsere Fraktion den geplanten Flughafen in Schönefeld als zu groß, zu laut und zu teuer abgelehnt. Wir haben uns damals anhören müssen, dass wir, was den Flughafen angeht, eine Nein-Sager-Partei seien. Mit Ihrem damaligen Ja zu Schönefeld haben Sie den Grundstein für die heutige Situation gelegt. Sie tragen Mitverantwortung für viele Umstände, an denen Kritik durchaus berechtigt erscheint.

Herr Kollege Dombrowski, aber die Standortfrage erneut aufzumachen, wie es zum Beispiel Ihre Vorgängerin gemeinsam mit deren Kreisverband fordert - es soll quasi ein weiterer Standort in Stellung gebracht werden, allerdings ohne Finanzierungskonzept -, ist purer Populismus.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir können doch nach dieser Investitionssumme nicht ernsthaft beschließen, den Flughafen an einen anderen Standort zu verlegen. Deshalb ist es jetzt die vordringliche Aufgabe dieser

Koalition, die Finanzierung und damit auch die Inbetriebnahme des BER zu sichern. Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass die dort tätigen Unternehmen und Handwerker für die erbrachten Leistungen bezahlt werden und dass die Folgen der Standortentscheidung für die betroffenen Menschen so gering wie möglich gehalten werden.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Der weitaus größte Posten der 444 Millionen Euro Mehrausgaben, die jetzt haushaltsmäßig zu Buche schlagen, betrifft den passiven Schallschutz.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Das ist auch richtig! - Zuruf von der CDU: Nešković!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Parteien, die eigentlich immer - über die eine oder andere Ebene - im Aufsichtsrat dieser Flughafengesellschaft vertreten waren. Zu diesen Parteien gehört die CDU, obwohl sie in Brandenburg nicht mehr der Regierung angehört; aber zehn Jahre lang war sie an der Regierung beteiligt. Herr Kollege Dombrowski, von einem Engagement Ihrerseits für vernünftigen Schallschutz habe ich wirklich null Komma nichts mitbekommen. Aber vielleicht können Sie mir belegen, wann Sie in Sachen Schallschutz gestartet sind.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Senfleben [CDU]: Wir sind im Jahr 2012! Ihre Verantwortung! Sie regieren jetzt!)

- Herr Kollege Senfleben, der jetzt zu finanzierende Schallschutz hat den Bürgern schon zum Zeitpunkt des Planfeststellungsbeschlusses zugestanden. Damals hat Ihre Partei hier regiert. Damals haben Sie im Aufsichtsrat gesessen. Es hat Sie aber nicht interessiert! Erst seit wir regieren, seit der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat die Regelung - gegen den Widerstand Berlins und des Bundes! - durchgesetzt haben, stehen Sie auf und versuchen, sich das Thema Schallschutz auf die Fahne zu schreiben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Deshalb sind Ihre heutigen Auftritte nur schwer zu ertragen. Das ärgert mich wirklich; Sie merken das sicherlich. Sie heucheln Sorge um den Landeshaushalt. Kollege Genilke hat gestern alle Straßen und Radwege gegen die Mehrkosten für den BER - darunter, wie gesagt, in erheblichem Maße Kosten für den Schallschutz - in Stellung gebracht.

Kollege Burkardt hat in der letzten Woche erklärt - das war unverantwortlich, Herr Kollege -, dem BER gehe offenkundig das Geld aus. Sie können doch nicht allen Ernstes in Erwägung ziehen, dass wir diesen Flughafen in die Insolvenz schicken. 800 Millionen Euro jährlich - das ist die Bürgerschaftssumme, nur für uns. Wissen Sie, was das bedeutet? Das sind die Lohn- und die Investitionskosten des gesamten Wissenschaftshaushalts. Den stellen Sie mit einer solchen Äußerung infrage. Das ist unverantwortlich.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf von der CDU: Es besteht also keine Insolvenzgefahr?)

Sie schüren Neid. In der Haushaltsberatung haben Sie das ganz geschickt gemacht.

(Burkardt [CDU]: Danke für das Kompliment!)

Sie haben wichtige Landesausgaben gegen den Schallschutz in Stellung gebracht. Dabei vergleichen Sie aber strukturelle Mehrausgaben, die dauerhaft gestemmt werden müssen, mit einmaligen Ausgaben für den Lärmschutz.

Herr Kollege Dombrowski, ich habe es Ihnen schon in der 1. Lesung zu diesem Haushalt deutlich gesagt: Sie sind von der 1. Kreisklasse in die 2. Kreisklasse abgestiegen. Das, was Sie in den letzten Tagen und heute wieder geboten haben, ist allerdings leider nur Bolzplatzniveau gewesen.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Dombrowski [CDU]: Danke, Herr Lehrer!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Flughafen ans Netz bringen. Die Finanzierung erfolgt unter Nutzung unserer Rücklagen und somit gerade nicht - diese Feststellung ist ganz wichtig - zulasten anderer Politikfelder. Diese Regierungskoalition wird den Schallschutz, der den Menschen zusteht, sichern. Das ist ganz klar.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf von der CDU: 0 mal 55!)

Ich drücke mich auch nicht um eine Äußerung zum Nachtflugverbot. Etwas wollen ist das eine, es aus eigener Kraft erreichen zu können, das andere. Das muss man den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen.

Meine Damen und Herren - ich meine jetzt vor allem die Damen und Herren von den Grünen -, Sie lassen die Menschen glauben, etwas könne einfach dadurch zur beschlossenen Sache werden, dass wir hier im Landtag die Hand heben. Dem ist gerade nicht so. Das wissen Sie auch, Herr Kollege Vogel. Es gibt leider keine Durchgriffsrechte von Brandenburger Landtagsbeschlüssen auf Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen, gleich gar nicht auf die FBB. Wir müssen also Wege prüfen, die gangbar sind. Dazu brauchen wir den Bund und Berlin.

Herr Dombrowski, dazu brauchen wir auch Sie und Saskia Ludwig, die losrennt und bei der Kanzlerin dafür sorgt, dass die Gesellschaftervertreter für eine längere Nachtruhe plädieren.

(Genilke [CDU]: Beschließen Sie es doch erst einmal.)

Wir sprechen gerade zur Haushalts- und Finanzpolitik. Jede Veränderung der - jetzt rechtsbeständigen - BER-Flugzeiten hat am Ende finanzielle Auswirkungen. Ich kann zwar sagen, dass mich das momentan erst an dritter oder vierter Stelle interessiert, aber diese Auswirkungen muss ich heute schon kalkulieren.

Herr Vogel, gesetzt den Fall, es wäre so einfach mit der Veränderung oder gar der Abschaffung der Nachtflugzeiten - das würde auch die Wirtschaftlichkeit der FBB betreffen und irgendwann den Landeshaushalt einholen. Würden Sie dann nach wie vor unverdrossen Lehrerstellen oder Ähnliches dagegen setzen? Diese Frage müssen Sie mir nachher beantworten.

(Beifall DIE LINKE)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass die beiden Leitmotive dieser Koalition - die Idee eines solidari-

schen Brandenburgs und die Idee vom Brandenburg der Regionen - dieses Land verändert haben. Ich gebe meinem Kollegen Holzschuher ausdrücklich Recht: Diese beiden Leitmotive haben dieses Land geprägt, verändert und - ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht - auch lebenswerter gemacht.

Sicher, wir konnten in den vergangenen drei Jahren keine Wunder vollbringen. Die Kommunen klagen auch hierzulande zu Recht über finanzielle Not, obwohl ich mich schon gewundert habe, als ich den Brief der kreisfreien Städte im Zusammenhang mit dem FAG lesen musste. Die Stadt Potsdam - mit einem Überschuss von 20 Millionen Euro! - klagt auf hohem Niveau. Aber ich will die Kritik dennoch nicht relativieren, weil andere kreisfreie Städte tatsächlich Probleme haben. Fakt ist aber - der Kollege hat es schon gesagt -: Diese Landesregierung tut für ihre Kommunen so viel wie kein anderes Bundesland.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

3 Milliarden Euro, also ein Drittel des gesamten Landeshaushalts, gehen an die kommunale Familie. Wir lösen die Probleme, die wir haben, nicht auf Kosten der Kommunen, wie etwa die Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Dort werden die Landeshaushalte auf Kosten der Kommunen aufgebüßt, indem die Verbundquoten gesenkt werden.

Das gehört eben auch zur Bilanz. Wir haben die Säulen der kommunalen Wirtschaftskraft gestärkt - gegen den Widerstand von Ihnen, gegen den Widerstand der Unternehmerverbände.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir haben die Zahlungen des Landes an die Kommunen erhöht und jetzt im Doppelhaushalt pro Jahr mit 1,4 Milliarden Euro eine Summe im Schatten einer Krise erreicht, die sogar den Rekordwert des Jahres 2008 übersteigt. Herr Kollege Dombrowski, wir geben mit diesem Haushalt schrittweise bis 2016 die 50 Millionen Euro in die kommunale Familie zurück, die Ihr Kommunalminister, Herr Schönbohm, 2003 eingesammelt hat. Wir sorgen für einen solidarischen Ausgleich. Wir unterstützen - das ist richtig gesagt worden - kommunale Zusammenschlüsse. Wir sind fest entschlossen - zumindest die Linke ist fest entschlossen, und ich glaube, wir bekommen das in der Koalition auch gemeinsam hin -, den Demografiefaktor für die Kommunen von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Wir haben uns verabredet, im nächsten Jahr einen Ausgleichsfaktor für die immer steigenden Soziallasten in den Landkreisen einzuführen.

Das alles, Herr Dombrowski, haben wir in drei Jahren hinbekommen, und wir haben noch zwei Jahre. Hinbekommen haben wir auch, dass der Doppelhaushalt 2013/2014 der erste planmäßig - nicht nur durch Zufall wie 2008 - ausgeglichene Haushalt in der Geschichte Brandenburgs ist.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Für Rot-Rot ist es ein Gebot der Einzelgerechtigkeit und Ausdruck einer Finanzpolitik mit Augenmaß und Konsequenz, dass wir 2014 die Null bei der Schuldenaufnahme schreiben, also keine Kredite mehr aufnehmen. Ja, wir haben noch Lasten wegzutragen. Wir haben noch keine Vorsorge getroffen, um die 19 Milliarden Euro an Schulden endlich abzutragen. Das ist die Aufgabe, vor der wir in der nächsten Legislatur alle stehen.

Ich komme gern noch einmal auf Ihr Thema Bildung zurück. Wir haben die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung gegenüber 2012 gesteigert. Seit 2009 haben wir die Ausgaben für Bildung um 117 Millionen Euro und für Forschung und Wissenschaft um 103 Millionen Euro erhöht. Darin sind die Personalkosten nicht enthalten. Wir haben als Koalitionsfraktion durch Änderungsanträge nachgelegt und für die Bereiche Wissenschaft und Bildung 10,6 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Aber wenn man Ihnen zuhört, muss man den Eindruck gewinnen, wir hätten gekürzt. Ich sage Ihnen: Es war eine enorme Leistung, dass wir dies mit dem Erbe, das auch Sie zu verantworten haben, erreicht haben. Ich finde es ganz toll, dass Sie uns heute einen Entschließungsantrag vorlegen. Da ich glaube, dass diese Sitzung übertragen wird, möchte ich daraus vorlesen:

„Landtag beschließt:

Die Leistungsfähigkeit des brandenburgischen Bildungssystems muss verbessert und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- Maßnahmen einzuleiten, die sicherstellen, dass mehr Unterricht in den Schulen erteilt wird ...“

(Burkardt [CDU]: Das habe ich alles schon gesagt! - Heiterkeit und Beifall CDU)

- Richtig.

Nun kommen wir zum Erbe. Jetzt sage ich einmal: Der Landtag stellt fest: Zwischen 2004 und 2009 haben Sie den Personalbestand von 28 000 Lehrkräften auf 17 000 zurückgefahren. Sie haben 200 Schulen vom Netz genommen. Sie haben 8 000 Kolleginnen und Kollegen umgesetzt.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben einen Einstellungskorridor von 100 Lehrerinnen und Lehrern hinbekommen. Das ist die Wahrheit, das sollten wir feststellen, und das ist das Erbe, das wir hier wegtragen.

(Beifall DIE LINKE)

Mit diesem Doppelhaushalt - das will ich Ihnen deutlich sagen - werden wir als rot-rote Koalition den Einstiegskorridor erweitern. 450 unbefristete und 260 befristete Einstellungen nehmen wir vor, insgesamt 710, so viele wie noch nie. Zur Zahl der Referendare und Referendarinnen an Brandenburger Schulen, 900, so viele wie noch nie, zur Finanzierung von 84 Projekt-schulen, von Pilot-schulen der Inklusion höre ich kein Wort von Ihnen, und die Absenkung der Richtfrequenz auf 23 Schüler pro Klasse in allen Schulformen wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, ebenso wenig, dass wir 23 Millionen Euro mehr für die Kitas ausgeben. Als Sie registriert haben ...

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: ... haben Sie den Personalschlüssel verändert!)

- Das wissen noch einige. - So haben Sie registriert.

(Zurufe von der CDU)

Auch die Anleitung für die Ausbildungskitas und die Ausbildung von Quereinsteigern in Kitas haben wir ausfinanziert.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das zeigt, dass diese rot-rote Landesregierung genau die Verantwortung wahrnimmt, die die nächste Generation auch von ihr erwarten darf.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns in den letzten Tagen bei den Debatten um den Landeshaushalt nichts geschenkt. Das hat auch seine Richtigkeit; denn uns trennen nicht nur Details, sondern uns trennen grundsätzliche Fragen.

(Zurufe von der CDU)

Ich nehme zunächst den Bereich Wirtschaft und Arbeit. Da hat Kollege Homeyer vorgestern so richtig vom Leder gezogen: „Hunderte Millionen Euro weniger für Wirtschaftsförderung“ und wirtschaftspolitische Phrasen hat er uns untergejubelt. Ich verzichte jetzt darauf, die ganze innere Widersprüchlichkeit darzustellen: Einerseits sparen wir nicht genug, andererseits wird uns jeder Konsolidierungsbeitrag als entgangene Investition angerechnet. Einerseits „verödet Brandenburg ökonomisch“, obwohl wir andererseits immer noch eine vergleichbar hohe Investitionsquote haben und als das dynamischste Bundesland gelten - und gerade ein Forschungsinstitut, das uns nicht gerade wohlgesonnen ist, kommt zu dieser Einschätzung. Einerseits werden fehlende Ideen beklagt und andererseits strategische Weichenstellungen einfach negiert. Offenbar reduzieren Sie Wirtschaftspolitik darauf, dass so viel staatliches Geld wie möglich an die Unternehmen geht. Möglichst viele Unternehmen sollen nur die Hälfte der Investitionen tragen, und den Rest sollen wir übernehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Schier [CDU])

Meine Damen und Herren, das ist mir zu wenig, was Sie hier gebracht haben. Wir haben einen anderen Ausgangspunkt. Wir stellen nach und nach die Wirtschaftsförderung um, weil wir weniger öffentliche Mittel haben. Die revolvierenden Fonds sind ein Instrument. Anstelle massiver Zuschüsse an die Unternehmen geben wir zinsgünstige Darlehen. Wir haben auch soziale Kriterien in die neue Wirtschaftsförderungsstrategie eingebunden, die bundesweit ihresgleichen suchen. Öffentliche Wirtschaftsförderung und damit Steuergelder zur Schaffung neuer und guter Arbeitsplätze gibt es nur, wenn die Leiharbeitsquote stimmt und wenn ausgebildet wird. Es gibt nur Steuergeld, wenn tarifliche Standards eingehalten werden. Deshalb bin ich auch dafür, dass wir die Arbeitnehmervertreter in den Betrieben über diesen Weg stärken und eine Lohnuntergrenze einziehen.

Damit bewegt sich unser Land in diesem Haushalt mit jedem Euro, der für diese wirtschaftliche Strategie vorgesehen ist, weiter weg vom Niedriglohn-Paradies des Ministers Jungmanns. Das zeigt, Ihr Platz, meine Damen und Herren der Union - von der FDP habe ich noch nie gehört -, ist in der Opposition genau richtig.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss der Haushaltsdebatte müssen wir auch über die Rolle des Landes als mit 48 000 Beschäftigten größtem Arbeitgeber reden. Hier geht es vor

allem um adäquate Aufgabenerfüllung, aber auch um Beschäftigung, um gute Arbeit und vor allen Dingen um qualifizierten Nachwuchs. Brandenburg wird in dieser Legislaturperiode mindestens 2 000 neue Lehrer einstellen. Das sind mehr, als wir uns 2009 vornehmen konnten. Es ist ein großes Stück näher an dem, was wir als Linke damals für notwendig gehalten haben. Es folgt auch der festen Absicht, an der Lehrer-Schüler-Relation von 1:15,4 festzuhalten, einer Relation, die wir - deshalb bin ich meiner Kollegen Gerrit Große dankbar, die das deutlich gesagt hat - mit der vorliegenden Personalbedarfsplanung über die Legislaturperiode hinaus festschreiben. Was das an Einstellungen bedeutet, können Sie nachlesen.

Nicht nur für den Bildungsbereich, sondern auch für die Polizei und die Justiz haben wir den Personalrahmen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen noch einmal verbessert. Die gesamte Landesverwaltung bildete bereits 2012 rund 2 250 junge Leute für eine Beamten- oder Angestelltenlaufbahn aus. Die Zahl wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Denn das beste Mittel, um Fachkräfte hier im Land zu halten, ist, sie auszubilden und ordentlich zu bezahlen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Die Zielzahl für 2018 für die Personalbedarfsplanung war 40 000. Wir haben die 41 000, wir haben jetzt die 42 000 und wir haben jetzt die 43 000. Damit sichern wir auch, dass dauerhaft ca. 6 500 Nachbesetzungen in der Landesverwaltung möglich sind.

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2013/2014 schafft und sichert die Grundlagen für eine langfristige soziale und zuverlässige Politik. Die Prinzipien, auf denen er basiert, sind klar zu erkennen. Erstens: Stärkung der Chancengleichheit im Land, zweitens: Stärkung der solidarischen kommunalen Finanzausstattung, drittens: Stärkung der Zukunfts- und Innovationsfähigkeit Brandenburgs. Ab 2014 bestimmen Einnahmen und Ausgaben mit der Null die Ausgabenpolitik. Durch die Orientierung an diesen Prinzipien ist es gelungen, eine nachhaltige soziale Haushaltspolitik zu verfolgen, die das Land nicht kaputtspart.

Noch einmal zur Zustimmung, Herr Kollege Dombrowski: Die Zustimmungsrate zu dieser rot-roten Landesregierung mit über 54 % nach der letzten Umfrage ist ein Spitzenwert in der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht sollten Sie sich einmal daran orientieren.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Brandenburg hat gestern bei der Verleihung des Leitsterns - er spielte heute schon mehrfach eine Rolle - bei der Agentur für Erneuerbare Energien wieder ganz vorne mitgespielt. Wir haben den Hattrick hinbekommen. Wir in Brandenburg sind Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und vor allem für einen ökologischen Strukturwandel in Deutschland. In diesen vorweihnachtlichen Tagen fällt einem natürlich bei dem Wort „Leitstern“ manches ein:

Vor über 2000 Jahren führte der Legende nach ein Leitstern drei Weise aus dem Osten an die Wiege der Zukunft. Auf ihrem Weg kamen sie durch Jerusalem, wo die alten Eliten regelrecht erschranken.

(Zurufe von der CDU)

Nun ist Brandenburg nicht das Heilige Land, aber es ist ein Land mit Zukunft, und deshalb: Packen wir es an! Ich bitte um Zustimmung zu diesem Doppelhaushalt, er ist ein Schritt nach vorn. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Görke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Büttner hat das Wort.

(Zuruf von der CDU: Stell' das mal richtig, dass die nach Bethlehem gehen und nicht nach Jerusalem!)

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Erkenntnisse haben wir heute Morgen zumindest schon erlangt. Erstens: Der Adler bleibt das Wappentier Brandenburgs und der Titel für den Ausfall durch Wolfsschäden wurde von der FDP-Fraktion beantragt und ist deshalb im Haushalt.

Zweite Erkenntnis: Kollege Holzschuher fühlt sich wie Dagobert Duck und scheint im Geld zu schwimmen.

(Heiterkeit bei der CDU und Beifall FDP und CDU)

Und die dritte Erkenntnis: Herr Görke hat keine Ahnung von christlicher Geschichte und ist nicht bibelfest.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist das finanzpolitische Korsett für die politische Gestaltung des Landes. In einer Reihe von Maßnahmen und Zielen, die Sie uns in den letzten Jahren vorgelegt haben, sind wir konform mit Ihnen gegangen, weil wir Ihr Anliegen teilen konnten. Auch im weiteren Verlauf dieser Legislaturperiode wird die FDP-Fraktion, sofern es in der Sache begründet ist, Initiativen der Regierung zustimmen. Wir würden uns auch mehr Bereitschaft der Koalitionsfraktionen wünschen, Anliegen, die aus der Mitte des Landtags kommen, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

(Beifall FDP)

Aber, meine Damen und Herren, heute geht es nicht um Einzelfragen. Heute geht es darum, die konzeptionelle Anlage Ihrer Politik zu bewerten - nach nun drei Jahren einer rot-roten Landesregierung. Es geht darum zu bewerten, welche Schwerpunkte Sie in Ihrer Regierungszeit gesetzt haben - insbesondere vor dem Hintergrund, dass dies der letzte planmäßige Haushalt ist, den diese Regierung vorlegt - und in welche Richtung Sie dieses Land geschickt haben. Und da trennen sich unsere Auffassungen massiv: Diese rot-rote Landesregierung tut dem Land nicht gut.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will das anhand einiger Politikfelder aufzeigen, bei denen wir als Liberale glauben, dass die Entwicklung für dieses Land falsch ist. Ich möchte mit einem Zitat von Europaminister Christoffers starten:

„Die die Landesregierung tragenden Parteien und Fraktionen haben im Koalitionsvertrag vom 5. November 2009 zum ersten Mal dem Bereich ‚Europa und Internationales‘ ein eigenes Kapitel gewidmet. Im Anschluss daran wurden die ‚Europapolitischen Arbeitsschwerpunkte 2009 - 2014 definiert.““

Die Bedeutung Europas für Brandenburg und die daraus erwachsenden Chancen sind enorm. Wir als Brandenburger profitieren wirtschaftlich von Europa, und wir ziehen einen kulturellen Gewinn aus der Einigung unseres Kontinents.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Deshalb, meine Damen und Herren, muss Europa auch verteidigt werden. Europa hat einen Preis, den zu zahlen wir bereit sein müssen. Das ist im Übrigen Staatsraison für alle Parteien in Deutschland. Unser Kontinent steckt aber in einer schweren Krise: Seit Jahren, vielleicht seit Jahrzehnten ist der öffentliche Sektor schneller gewachsen als die wirtschaftliche Tragfähigkeit. Viele Staaten in Europa sind so in die Abhängigkeit der Finanzmärkte geraten, und diese Abhängigkeit hat durch Spekulation zu einer Krise geführt. Aber Ursache war die Überdehnung der Leistungsfähigkeit der Wohlfahrtsstaaten über das wirtschaftlich Tragfähige hinaus.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ah, ja!)

Deshalb ist unsere erste Aufgabe für Europa, für Deutschland, aber gerade auch für Brandenburg, den Staat aus den Ketten der Schulden zu befreien.

Am 23. Februar 2010 hat der linke Finanzminister dieses Landes, Helmuth Markov, in einem Interview mit dem Tagesspiegel gesagt:

„Klar und deutlich: Ich bin für eine Klage Brandenburgs gegen die Schuldenbremse.““

Um das noch einmal zu verdeutlichen: Überall in Europa tritt man auf die Schuldenbremse, aber Ihr Finanzminister würde am liebsten gegen die Schuldenbremse klagen. Dies, meine Damen und Herren, ist linke Finanzpolitik, und die schadet unserem Land.

(Beifall FDP und CDU)

Die von den Oppositionsparteien gestartete Initiative zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung haben Sie - die rot-rote Mehrheit dieses Landtages - abgelehnt. Sie speisen uns als Opposition - aber vor allem die Bevölkerung - damit ab, dass Sie im Jahre 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Dass Sie in diesem Haushalt globale Minderausgaben verstecken und dass die Kosten für den Flughafen BER völlig unkalkulierbar sind, verschweigen Sie geflissentlich. Und dass Sie ab 2015 deutlich höhere globale Minderausgaben haben, erinnert eher an Taschenspielertricks. Aber das kann Ihnen, Herr Markov, ja egal sein, Sie regieren dann nicht mehr.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE und Beifall FDP und CDU)

Das ist unsolide Politik auf dem Rücken der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes. Das, was Sie hier machen, ist

kein echter Konsolidierungspfad - Sie bedienen sich lediglich rhetorischer und finanzpolitischer Tricks. Deswegen ist eine Reduzierung der gegenwärtigen Verschuldung von 18,662 Milliarden Euro dringend geboten. Leider haben Sie unseren Vorschlag, ein Konzept zum Schuldenabbau vorzulegen, abgelehnt.

Das strukturelle Defizit des Landes beläuft sich auf ca. 1 Milliarde Euro, was etwa einem Zehntel des Haushaltsentwurfs entspricht. Das Land hat in den Jahren 2007 bis 2011 im Durchschnitt 9,9 Milliarden Euro ausgegeben. Es ist dieser Landesregierung nicht gelungen, das Ausgabenniveau zu senken. Vielmehr standen Einsparungen Mehrausgaben in anderen Bereichen gegenüber.

Auf der Internetseite des Landes Brandenburg betreut das Finanzministerium eine Rubrik, die sich „Kinderleicht“ nennt. Ich darf daraus einmal zitieren, was über den Haushalt gesagt wird:

„Eigentlich ist es ganz einfach: Es ist wie mit eurem Taschengeld. Damit müsst ihr auch irgendwie haushalten. Das ist ja auch gar nicht so einfach. Ich wette, dass ihr meistens mehr Wünsche habt, als euer Taschengeld hergibt. Stimmt's? Handy, Computer, Süßigkeiten, CDs, Kino ... Wenn ihr es clever anstellt, teilt ihr euer Geld so ein, dass es reicht, bis wieder neues kommt. Wenn ihr sehr gut damit haushaltet, bleibt sogar etwas übrig, das ihr zurückerlegen könnt, und ihr könnt euch später davon etwas Größeres leisten. Wenn ihr aber nicht aufpasst, flutscht euch das Geld nur so durch die Finger. Dann kommt es vor, dass ihr das Taschengeld schon vor Monatsende ausgegeben habt und der nächste Kinobesuch ausfallen muss. Wer sein Geld nicht einteilen kann, kommt fast immer in Schwierigkeiten.“

(Beifall FDP und CDU)

Ja, Herr Minister Markov, so kinderleicht haben Sie das schreiben lassen, und eigentlich ist es auch so einfach. Es erschließt sich mir nur nicht, warum Sie, wenn es denn so kinderleicht ist, nicht in der Lage sind, mit Geld hauszuhalten.

(Zuruf von der CDU: Es ist zu leicht!)

Ihr Haushalt spiegelt genau das Gegenteil wider. Ihr Haushalt zeigt, dass der Geist Ihrer Politik „Verteilen vor Erwirtschaften“ ist. Wir alle aber wissen: Alles, was Sie an Wohlstand verteilen wollen, muss zuerst erwirtschaftet werden. Dafür benötigen die Menschen Rahmenbedingungen, die Sie ihnen verweigern - und dies wird unser Land teuer zu stehen kommen.

Anhand dreier Politikfelder will ich das gern näher erläutern, dreier Politikfelder, in denen Ihre Regierung zeigt, dass sie nicht willens oder in der Lage ist, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen und die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfestigkeit unseres Landes zu gewährleisten.

Ich zitiere:

„Gegen Unterrichtsausfall - Lehrer machen ihrem Ärger Luft“!

Ein weiteres Zitat:

„In Brandenburg fällt so viel Unterricht wie noch nie aus,“

(Krause [DIE LINKE]: 1,7! - Zuruf der Abgeordneten Alster [SPD])

so die Schlagzeilen von zwei brandenburgischen Zeitungen in den letzten Wochen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen über Lehrerproteste, Elternproteste - von den Protesten der freien Schulen ganz zu schweigen. Das brandenburgische Bildungssystem ist nicht gut aufgestellt.

Ich will am Anfang der Bildungsbiografie beginnen: bei der Betreuung kleinerer Kinder. Frau Ministerin Münch, die offensichtlich nicht anwesend ist, wurde am 5. April 2012 in den „PNN“ mit der folgenden Aussage erwähnt: Zu Beginn der Legislaturperiode sei das Verhältnis von Erziehern zu Kindern schon von 1:7 auf 1:6 und in den Kitas von 1:13 auf 1:12 verbessert worden.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Der neue Schlüssel sei im bundesweiten Schnitt immer noch nicht gut, räumte die Ministerin ein.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Das ist in der Tat eine bemerkenswerte Lageanalyse für den Tabellenletzten: noch nicht gut, meine Damen und Herren.

Ich will das hier auch gar nicht so einfach und lapidar abhandeln. Dazu ist das Thema nämlich zu wichtig. Richtig ist: Die Koalition hat zu Beginn dieser Legislaturperiode die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, der die Opposition zugestimmt hat, durchgesetzt. Richtig ist auch, dass damit die kitapolitischen Initiativen der rot-roten Regierungskoalition ein Ende gefunden haben.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Ganz im Gegensatz zu dem - Herr Kollege Krause, ich komme gleich zu Ihnen, bleiben Sie ruhig -, was die Linke noch 2009 in ihrem Wahlprogramm quasi als unumstößlich feststellte:

„Es wird mit uns einen Stufenplan zur Verbesserung der Leitungsfreistellung und zur Anerkennung der wirklich geleisteten Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher geben.“

Diese Aussage im Wahlprogramm der Linken ist richtig, das gebe ich unumwunden zu. Auch wir Liberale wollen einen Stufenplan zur Verbesserung der Betreuungsrelation und eine Leitungsfreistellung von Kita-Leiterinnen haben. Dass dem so ist, haben wir als Opposition in mehreren Anträgen bewiesen. Wer aber stand nicht an unserer Seite und machte sich flink vom Acker? - Richtig: die Linke,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

die dies im Wahlkampf noch großspurig gefordert hat. Das ist linke Politik in Reinkultur. Willkommen in der Realität!

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Münch, wir haben Respekt vor Ihrer Arbeit, förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Wir als Liberale haben frühzeitig in dieser Legislaturperiode einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Thema Inklusion - übrigens nicht nur im Schulbereich, sondern in der Gesellschaft insgesamt - befasst hat. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass wir als Liberale dem Thema Inklusion offen gegenüberstehen - bei Vorliegen der richtigen Voraussetzungen im Regelschulbereich.

(Frau Lieske [SPD]: Genau!)

Auch das haben wir bereits mehrfach im Plenum dieses Landtages thematisiert.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, alle Kinder mitnehmen zu wollen - Sie haben das vor zwei Tagen nochmals gesagt, Frau Ministerin. Aber genauso wichtig ist es, dass kein Kind daran gehindert wird, sein Potenzial zu entfalten. Das erst ist individuelle Förderung, die wir brauchen: für die Begabten, die Stärkeren und diejenigen, die unsere besondere Aufmerksamkeit brauchen.

(Beifall FDP und CDU)

Leider tut diese Regierung für die Stärkeren unter den Schülern wenig bis nichts. Die Hochbegabten fallen durch den Rost, weil Sie keinen ganzheitlichen Bildungsbegriff haben, den Sie in die individuelle Förderung übersetzen.

Meine Damen und Herren! Über Lehrermangel in Brandenburg und Unterrichtsausfall habe ich am Mittwoch bereits in der Diskussion zum Einzelplan 05 gesprochen. Deswegen lassen Sie mich, Herr Kollege Görke, weil Sie das ja hier auch vorgebracht haben, noch einiges in Ihre Richtung sagen: Sie sind, als Sie Regierungsverantwortung übernehmen wollten, mit einem Wahlprogramm angetreten. Die SPD/CDU-Landesregierung hat am Ende ihrer Regierungszeit 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben. Nun zitiere ich aus Ihrem Programm:

„Nicht nur 4,4 % des brandenburgischen Bruttoinlandsprodukts wie bisher, sondern 7 % davon müssen in die Bildung fließen.“

Wissen Sie, wo wir sind? Ich würde Sie es gern raten lassen, aber ich kann es Ihnen auch gleich sagen: Das Land Brandenburg gibt ganze 3,79 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Wissenschaft aus. Damit hat Ihre Regierungskoalition es geschafft, den Anteil im Vergleich zur letzten Landesregierung noch zu senken, und zwar in nicht unerheblichem Maße. Das ist linke Regierungspolitik in der Realität! Sie versprechen viel und halten nichts!

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90 - Zuruf des Abgeordneten Günther [SPD])

Sie haben sich bei den Koalitionsverhandlungen so schnell über den Tisch ziehen lassen, dass Sie den Reibungsverlust als Nestwärme empfunden haben, und die Kinder sind die Opfer Ihrer falschen Prioritätensetzung. Dieser Politik ist eine klare Alternative entgegenzusetzen - ja, Herr Kollege Holzschuher und Herr Kollege Görke -, die auf individuelle Förderung aller Kinder setzt, die auf ausreichendes Lehrpersonal und Krea-

tivität sowie auf Vielfalt in der Bildungslandschaft setzt. Diese Alternative stellen die Liberalen dar, diese Alternative stellt die Opposition in diesem Landtag dar, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Ich komme zu einem weiteren Thema, nämlich der Finanzierung der Kommunen. Wir wissen, die Kommunen sind das Rückgrat für eine demokratische Gesellschaft in unserem Land. In den Kommunen findet ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement statt. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir unsere Kommunen ausreichend finanzieren. Aber die Landesregierung verweigert das den Kommunen, und Sie stellen durch Herrn Richter - und jetzt auch durch Herrn Görke und Herrn Holzschuher - fest - Herr Richter hat das in einer Sondersitzung des Finanzausschusses gemacht -, das Land Brandenburg sei das Land mit der besten Ausfinanzierung der Kommunen. Unabhängig davon, dass Sie da Äpfel mit Birnen verglichen haben, war diese Sondersitzung, die auf Antrag von SPD und die Linke zustande kam, völlig überflüssig, weil Sie es nicht geschafft haben, einen Antrag für die Einführung eines Soziallastenausgleichs, wie angekündigt, auf den Tisch zu legen. Das haben Sie dann nachgeholt, aber auch noch falsch. Es ist nicht richtig, nach der Robin-Hood-Methode zu arbeiten und den reichen, gut wirtschaftenden Landkreisen das Geld wegzunehmen und es den ärmeren zu geben. Sie müssen die Zuweisungen an die Landkreise insgesamt erhöhen.

(Holzschuher [SPD]: Woher sollen wir das Budget nehmen?)

Ich darf erneut aus dem Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zitieren:

„Alle Reformen werden aber nur funktionieren und zu guten Lebensbedingungen beitragen, wenn die finanziellen Grundlagen stimmen. ... Unser Ziel besteht darin, dass der kommunale Anteil an den Einnahmen des Landes über die Verbundquote von 20 auf 22,5 % erhöht ... wird.“

Was macht die Linke aber in Regierungsverantwortung? Sie lehnt alle Anträge der FDP zur Erhöhung der Verbundquote ab - und das, obwohl wir noch nicht einmal die von Ihnen geforderten 22,5 % wollten, sondern unter dieser Quote geblieben wären.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Aber Herr Krause hat ja am Mittwoch für die Linke erklärt, dass Sie sich von diesem Ziel verabschiedet haben. Das nehmen wir zur Kenntnis und werden auch gern jedem Bürgermeister und jedem kommunalen Mandatsträger in diesem Land mitteilen, wie die Linke mit ihren Versprechungen umgeht.

(Beifall FDP und CDU)

Dass die Kommunen von der SPD nichts zu erwarten haben, wissen sie. Über Jahre hinweg hat das SPD-geführte Finanzministerium die Kommunen am kurzen Band gehalten, ihnen neue Aufgaben übertragen, ohne das Konnexitätsprinzip zu beachten, und die ursprüngliche Verbundquote abgesenkt. Nun wissen die Menschen in den Kommunen auch, dass die Linke um keinen Deut besser ist und die Kommunen ebenfalls hängen lässt.

(Domres [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Das ist die Realität einer linken, einer rot-roten Regierung: Kommunen im Stich lassen und mit salbungsvollen Worten durch das Land ziehen.

(Domres [DIE LINKE]: Stimmt doch gar nicht!)

Damit werden Sie der Bedeutung der Kommunen in unserem Land nicht gerecht.

(Zuruf der Abgeordneten Lieske [SPD])

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Bereich ...

- Bleiben Sie doch mal ruhig, meine Güte, Sie haben doch alle die Möglichkeit, nach meiner Rede eine Kurzintervention zu machen. Herr Domres - dann gehen Sie raus!

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Bereich Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung - ein Politikfeld, das nur gemeinsam zu denken und zu verstehen ist.

Wichtigstes Ziel der FDP-Fraktion im Landtag Brandenburg ist und bleibt die Bekämpfung der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der verfestigten und generationenübergreifenden Arbeitslosigkeit, werden wir nur mit einer guten Bildungspolitik - davon habe ich bereits gesprochen - und mit einer guten Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik hinbekommen.

(Domres [DIE LINKE]: Ja, machen wir doch!)

Wenn wir sichere Arbeitsplätze für Brandenburg haben und verteidigen wollen, dann wird es darauf ankommen, insbesondere die Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Betriebe in Brandenburg zu stärken. Warum ist es so wichtig, dass wir die kleinen und mittleren Betriebe in Brandenburg stärken? 99 % aller Betriebe in Brandenburg fallen in diese Kategorie.

(Frau Lieske [SPD]: So ist es!)

Damit sind die kleinen und mittleren Betriebe nicht nur das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft - sie sind die brandenburgische Wirtschaft. Es sind die kleinen und mittleren Betriebe, die zu der guten konjunkturellen Lage und zu der Abnahme der Arbeitslosenzahlen beitragen.

(Frau Lieske [SPD]: Sie sind der Motor!)

Für diese Betriebe brauchen wir klare Rahmenbedingungen sowie passgenaue und zielgerichtete Hilfen. Das Absenken der Investitionsquote, Herr Kollege Holzschuher, ist dabei ein Husarenstreich der Landesregierung gegen diese Betriebe, insbesondere in der Bauwirtschaft, und wird von uns abgelehnt.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren! Die linken Parteien dieses Landes sind der Meinung, man könne Wachstum und Beschäftigung mit den ihnen eigenen Instrumenten fördern: dem Aufblasen des Staatsapparates und dem Geldentzug bei den Bürgern - Herr Kollege Holzschuher hat es vorhin bewiesen. Man kann doch nicht allen Ernstes davon ausgehen, dass dieser bunte

Reigen von Steuererhöhungen, von der Vermögenssteuer bis zum Einkommenssteuerspitzensatz, den Sie permanent vom Bund fordern,

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

und auch all das, was Sie in Brandenburg bereits umgesetzt haben - wie die Grunderwerbssteuer -, ohne Auswirkungen auf die Konjunktur bleibt. Sie können doch heilfroh sein, dass wir eine Bundesregierung haben, die durch ihre Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, dass die Konjunktur in Deutschland gut ist

(Holzschuher [SPD]: Das ist nicht ernsthaft! - Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

und wir die Lokomotive Europas sind, was zu mehr Steuern und mehr Einnahmen für diesen Staat führt.

(Beifall FDP und CDU)

Wir haben Rekorderlöse für diesen Staat, und Sie kommen damit immer noch nicht aus und wollen den Menschen noch mehr von ihrem Eigentum wegnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Dass Sie damit an das Geld gehen - Herr Kollege Holzschuher, Sie haben es vorhin gesagt: damit die Unternehmen mehr Steuern zahlen können -, welches in den Unternehmen ist, scheint Ihnen überhaupt nicht bewusst zu sein.

(Zurufe der Abgeordneten Holzschuher und Frau Lieske [SPD])

Wissen Sie, wie das Geld heißt, das in den Unternehmen steckt? Es heißt Eigenkapital. Und das ist das, was die Unternehmen brauchen, meine Damen und Herren.

(Frau Lieske [SPD]: Die Unternehmen profitieren davon!)

Wer den Mittelstand schwächt, den wir brauchen und der die Stabilität unseres Landes ausmacht, der schwächt unser Land insgesamt. Ihre Mentalität als Robin Hood aus Brandenburg mag edel sein, die Auswirkungen am Arbeitsmarkt werden aber verheerend sein. Legen Sie diese Pläne deshalb zu den Akten!

(Beifall FDP)

Ein wirtschaftlich dynamisches Brandenburg benötigt natürlich Investitionen in die Infrastruktur. Die Infrastrukturpolitik dieses Landes verdient diesen Namen jedoch nicht. Der Infrastrukturminister reist fröhlich und gut gelaunt wie eh und je durch das Land. Es gibt aber nichts mehr, was er noch verteilen kann. Dabei rede ich nicht einmal vom Neubau von Straßen, die in vielen Regionen auch wichtig wären, nein, wir reden hier von bestehenden Straßen, die instand gehalten werden müssen. Gerade im ländlichen Raum, wo der ÖPNV und der SPNV nur wenig vorhanden sind, müssen wir die Mobilität der Menschen gewährleisten. Das gilt für Privatpersonen wie für die Wirtschaft. Wer den Haushalt im Infrastrukturministerium quasi auf null setzt - Herr Dombrowski hat darüber gesprochen -, der darf sich nicht wundern, wenn irgendwann die Straßen in unse-

rem Land zu Buckelpisten werden. Wir brauchen gute Straßen in diesem Land, nicht nur, damit die Wirtschaft floriert, sondern auch, damit die Menschen ihre täglichen Dinge erledigen können.

Damit komme ich zu dem von Ihnen, Kollege Holzschuher, angesprochenen Punkt der Industriepolitik. Die Industrie ist in Deutschland mehr noch als in anderen entwickelten Volkswirtschaften Basis für Wohlstand und Beschäftigung.

(Ministerpräsident Platzeck und die Abgeordneten Holzschuher und Frau Lieske [SPD] unterhalten sich.)

- Könnten Sie vielleicht Ihre Gespräche woanders führen, nicht direkt vor diesem Pult?! Das nervt.

(Beifall FDP)

Die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit gilt es im Rahmen einer nachhaltigen Industriepolitik zu sichern und auszubauen. Das heißt, wir benötigen einen Politikansatz, der auf eine Verbesserung der Standortbedingungen abzielt. Es geht darum, den heimischen Betrieben und ihren Beschäftigten faire Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten zu ermöglichen. Zielführende Industriepolitik, Herr Holzschuher, besteht nicht darin, strategische Visionen und Prestigeprojekte zu entwickeln oder gar wettbewerbsschwache Branchen zu subventionieren. Um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, müssen vielmehr in einer Vielzahl von Feldern gute Voraussetzungen für Innovation und Produktion geschaffen werden. Aufgrund ihrer horizontalen Ausrichtung muss die Industriepolitik in nahezu alle Politikbereiche hineinwirken, um übermäßige und unberechtigte Sonderbelastungen, die in anderen Ländern, vor allem außerhalb der EU, nicht vorhanden sind, zu vermeiden. Da sind eben die wichtigen industriepolitischen Handlungsfelder Forschung und Innovation, Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Steuern und Abgaben und Bürokratie, Energie und Rohstoffe, Umwelt, Außenwirtschaft und Infrastruktur. Die wirtschaftspolitische Herausforderung des Landes Brandenburg besteht darin, die industrielle Basis weiterzuentwickeln und das Land noch stärker als einen Standort moderner, ökologisch orientierter und international wettbewerbsfähiger Industrie zu profilieren.

Die brandenburgische Industrie erwirtschaftete im Januar und Februar 2012 einen Umsatz von rund 3,5 Milliarden Euro, 3,1 % mehr als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. In der Vergangenheit wurde in Brandenburg eine industriepolitische Strategie erarbeitet, die das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs stärken soll, das sogenannte Leitbild & Aktionsplan „ProIndustrie“, das im August verabschiedet wurde. Wenn man sich noch einmal mit den einzelnen Punkten beschäftigt, wird man feststellen, dass man schon am ersten Punkt scheitert, nämlich am Punkt Rahmenbedingungen; denn eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für eine gute Industriepolitik ist eine gute Infrastruktur. Ihr Leitbild reiht sich in eine Reihe anderer Positionspapiere und Leitbilder im Wirtschaftsministerium ein, die in den Schubladen liegen und auf Umsetzung warten, weil Sie dazu nicht in der Lage sind.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, der die Menschen in diesem Land umtreibt, die in-

nere Sicherheit. - Herr Dr. Scharfenberg scheint auch gerade nicht im Raum zu sein. - Ich bin immer wieder überrascht, welchen Sinneswandel die Linke in Fragen der inneren Sicherheit und beim Stellenabbau bei der Polizei durchgemacht hat. Herr Goetz hat Herrn Dr. Scharfenberg vorgestern bereits mit einem Zitat aus dem Jahr 2007 konfrontiert, als er sich gegen Stellenkürzungen bei der Polizei unter Innenminister Schönbohm ausgesprochen hat. Noch einmal darf ich das Wahlprogramm der Linken zitieren:

„Öffentliche Sicherheit entsteht ... schon gar nicht durch radikalen Personalabbau sowie Schließung von Polizeiwachen.“

Richtig, völlig richtig. Da sage ich Ihnen als Polizist: Völlig richtig. Das Problem ist nur, dass Sie nicht das machen, was Sie sagen. Wir erleben in dieser Legislaturperiode unter der Beteiligung der Linken den größten Stellenabbau bei der Polizei in der Geschichte des Landes - von 8 900 auf nun 7 350 Stellen.

(Beifall FDP - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Wie diese Zahl vor dem Hintergrund der zu geringen Einstellungen erreicht werden soll, bleibt allerdings auch fraglich, Herr Kollege Görke.

Der Wandel, den Sie als Linke durchgemacht haben, ist schon bemerkenswert.

(Schippel [SPD]: Was denkt Ihr, wie es euch gehen würde!)

Ich bin ganz sicher, Herr Kollege Görke, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes das auch merken werden.

Meine Damen und Herren, viel ist dieses Jahr über den BER gesprochen worden. Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zum BER machen.

Als erste Bemerkung möchte ich meinen Dank an diejenigen aussprechen, die dafür gesorgt haben, dass es zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes ein erfolgreiches Volksbegehren gegeben hat, und zwar das zum Nachtflugverbot am BER.

Für mich persönlich halte ich fest: Ich bin gegen ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Ich kann verstehen, wenn man das anders sieht, aber für mich überwiegen die wirtschaftlichen Nachteile. Dies werde ich auch denjenigen gegenüber vertreten, die sich für ein Nachtflugverbot eingesetzt haben.

Nun sollen auch alle Brandenburgerinnen und Brandenburger entscheiden. Direkte Demokratie bedeutet eben auch, Verantwortung zu übernehmen; und die Einwohner dieses Landes können das. Ich werde selbstverständlich jedes Ergebnis respektieren. Was aber nicht funktioniert, meine Damen und Herren, ist das Verhalten von SPD und DIE LINKE, einerseits hier in Brandenburg ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr abzulehnen und andererseits dann dem Bund zu sagen, er möge sich bitte kümmern und ein Nachtflugverbot durchsetzen.

(Beifall FDP, GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Ich bleibe bei meiner Meinung: Ein Nachtflugverbot würde zu einem immensen Schaden an der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes führen. Deswegen kann man dagegen sein,

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

man kann auch dafür sein, wenn man sagt, die Interessen der vom Fluglärm Betroffenen wiegen mehr als die wirtschaftlichen Interessen des Landes. Aber diese Spagatposition hier hinzulegen, das ist schon unverschämt. Erklären Sie doch hier, ob Sie für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr sind, oder dagegen. Aber verkaufen Sie die Leute nicht für dumm, indem Sie die Verantwortung auf andere abschieben wollen.

(Beifall FDP, GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Eine weitere Bemerkung zum BER: Wir erleben eine Geschäftsführung, die mit Herrn Schwarz an ihrer Spitze nicht in der Lage ist, die Flughafengesellschaft zu führen. Hier sind dringend personelle Konsequenzen erforderlich. Herr Schwarz muss als Geschäftsführer des BER abgelöst werden, und ich erwarte von dieser Landesregierung, dem Gesellschafter Brandenburg, dass Sie diesen Antrag in die Gesellschafterversammlung einbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Die Vorziehung der Mittel aus dem Jahr 2015 in das Jahr 2013 ist ein offenes politisches Manöver, um im Jahr 2014, dem Wahljahr, keinen Nachtragshaushalt vorlegen zu müssen, und kann deshalb unsere Zustimmung nicht finden.

Wir sind gespannt, und das nicht in einem freudigen Sinne, welche Überraschungen der BER, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat noch zu bieten haben. Ihre Informationspraxis, Herr Ministerpräsident, ist in den letzten Wochen noch einmal schlechter geworden. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, das Parlament umfassend und offen über die Vorgänge am BER zu informieren. Ich halte diesen Flughafen für wirtschaftlich notwendig. Und es ist im Interesse des Landes, dass dieser Flughafen so schnell wie möglich in Betrieb geht. Jede weitere Verzögerung ist nicht akzeptabel. Deswegen bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, gerade vor dem Hintergrund der Äußerungen Ihres Kollegen, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, heute Morgen, hier heute zu erklären, welche neuen Informationen es zum Eröffnungstermin des BER gibt. Ich möchte auch vom brandenburgischen Ministerpräsidenten hier informiert werden, wie die aktuelle Situation ist, und nicht über Inforadio oder welche Radiosender auch immer von Herrn Wowereit erfahren, dass der nächste Eröffnungstermin in Gefahr ist. Das müssen Sie hier erklären.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90 - Dombrowski [CDU]: Macht er doch gleich!)

Meine Damen und Herren, der von Ihnen vorgelegte Doppelhaushalt ist in keiner Weise auf stabile Füße gestellt. Sie verschieben die Finanzierungsprobleme in die nächste Legislaturperiode, und Sie haben keine Ahnung, wie Sie die absinkenden Mittel in den nächsten Jahren kompensieren sollen. Das ist keine vorausschauende Finanzpolitik. Ihr Haus ist auf Sand gebaut, und die nächste konjunkturelle Welle wird dieses Haus wegschleppen. Dieser Haushalt ist deshalb auch in keiner Weise zustimmungsfähig, da er den falschen Ansatz, einen nachsor-

gend kompensatorischen Ansatz, wählt. Wir als Liberale setzen auf einen innovativen Staat, auf einen Staat, der seine Bürger nicht gängelt, der ihnen Chancen für ihr Leben eröffnet. Wir setzen auf einen Haushalt, der den zukünftigen Generationen Gestaltungsspielräume lässt und nicht die Schuldentilgung einfach auf die nächste Generation verschiebt. Dieser Haushalt ist unehrlich und das Ergebnis einer unsoliden Finanzpolitik. Deswegen können wir diesem Haushalt nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir kommen nunmehr zum Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abschluss unserer Haushaltsberatungen findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Verhandlungen zum Schutz des weltweiten Klimas in Doha als gescheitert gewertet werden müssen. Industrienationen und die ihnen nacheifernden Schwellenländer waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit, die ihre Art zu wirtschaften in irgendeiner Art gefährden könnten. Lieber nimmt man die Folgen eines sich beschleunigenden Klimawandels von Dürren bis Überschwemmungen in Kauf.

Solidarität ist die Sache der meisten Nationen nicht. Dieses Mal aber hat nicht einmal das eigene Interesse an einer Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius gereicht, um über den eigenen Schatten zu springen.

Das Bestehen unseres Nachbarlandes Polen auf vermeintlichen Verschmutzungsrechten findet dabei sein Vorbild in dem seit Jahren andauernden rücksichtslosen Einsatz unserer Landesregierung für eine möglichst schnelle Verstromung der Lausitzer Braunkohlevorräte. Doch das Motto „Nach uns die Sintflut“, das Ausblenden langfristiger Folgen gegenwärtigen Handelns, Selbsttäuschung als Prinzip findet man nicht nur in der Energie- und Klimapolitik, und damit sind wir mittendrin im heutigen Thema, in der Diskussion des Doppelhaushalts 2013/2014.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Geld verteilen will, der sollte erst einmal über Einnahmen verfügen. Diese einfache Wahrheit ist in den meisten Staatshaushalten außer Kraft gesetzt, und 21 Jahre nach seiner Gründung unterscheidet sich Brandenburg da wenig von den anderen Bundesländern.

Inzwischen beträgt die Verschuldung unseres Landes am Kapitalmarkt rund 18 Milliarden Euro. Hinzu kommen rund 20 Milliarden Euro Pensionsverpflichtungen und rund 8,7 Milliarden Euro Verschuldung der Kommunen.

Den Druck, von diesen Schulden wieder herunterzukommen, verspürt hier niemand angesichts einer historisch einmalig niedrigen Umlaufrendite von 1,1 %. Außerhalb der Vorstellung, dass Schulden auch einmal zurückgezahlt werden müssen, liegen aber offenkundig auch die Folgen eines massiven Anstiegs der Zinssätze, der jederzeit möglich ist. Da allein in Brandenburg jährlich zwischen 3 und 4 Milliarden Euro Alt-

schulden in neue Schuldtitel umgetauscht werden müssen, kann eine Zinserhöhung sehr schnell gravierende Folgen für den Landeshaushalt haben. Wir Grüne denken, dass nachhaltige Haushaltspolitik bereits an dieser Stelle einsetzen muss.

Wer generationengerechte Politik betreibt, wer sich und seine Nachkommen nicht den Finanzmärkten ausliefern will, muss dafür sorgen, dass die vom Staat innerhalb eines bestimmten Zeitraums zur Verfügung gestellten Leistungen auch innerhalb dieses Zeitraums durch Einnahmen finanziert werden.

(Beifall GRÜNE/B90)

Deshalb treten wir Bündnisgrünen auch für einen ausgeglichenen Haushalt ein. Es ist nicht hinzunehmen, dass der Finanzminister sich in den letzten Jahren aus eingesparten Kreditzinsen ein Polster von 372 Millionen Euro aufgebaut hat und 2013 dennoch 330 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen will.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Fürs Land!)

Auch wir Grünen müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Flughafen ein großes Loch in den Haushalt reißt, dass hierfür Mittel aus der Rücklage in Anspruch genommen werden müssen. Dennoch wäre es möglich gewesen, die Nettokreditaufnahme auf 60 Millionen Euro zu begrenzen.

(Görke [DIE LINKE]: Das müssen Sie auch kreditieren!)

Allerdings wurden all unsere Anträge bereits gestern abgelehnt. Wir denken, das ist ein großer Fehler, denn wer sich nur die bereinigten Einnahmen und Ausgaben ansieht, täuscht sich leicht über die wirkliche Finanzsituation des Landes hinweg.

Der Finanzminister erreicht seinen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2014 nur durch die Solidarpaktmittel des Bundes und den Länderfinanzausgleich. Völlig zu Recht weist der Landesrechnungshof darauf hin, dass wir unverändert ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde Euro haben, das bis spätestens 2019, den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Schuldenbremse, abgebaut sein muss. Und allein ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2014 reicht eben nicht zur Erfüllung der Bedingungen der Schuldenbremse.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer die jetzt in den Haushalt eingearbeiteten Zahlen der Herbststeuerschätzung betrachtet, der sieht, dass die Einnahmen und damit die Steuerkraft der Geberländer des Länderfinanzausgleichs weitaus schneller wachsen als hier in Brandenburg, und das bedeutet: Wir werden immer weiter abhängig von anderen Bundesländern.

Die aktuellen Zahlen aus der Novembersteuerschätzung weisen zudem allen Beschwörungen von Herrn Holzschuher zum Trotz darauf hin, dass es mit dem Aufschwung in Brandenburg trotz verbesserter Platzierung in irgendwelchen Dynamik-Rankings nicht weit her ist.

Auch wenn die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg 2011 um 1,5 % gewachsen ist, so liegen wir damit hinter dem ostdeutschen Zuwachs von 1,8 %, und unverändert haben wir weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze als noch im Jahr 2006. Die Abnahme der Arbeitslosenquote verdankt sich damit in erster Linie dem demografi-

schen Wandel, dem zunehmenden Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Erwerbsleben, während gleichzeitig die durch den Wendeknick dezimierten Jahrgänge junger Menschen ins Erwerbsleben nachrücken.

Dieser Effekt wird noch verstärkt von der Abwanderung junger Menschen nach dem Schulabschluss. Unser Glück ist nur, dass wir unverändert Zuzug aus Berlin haben, zumeist von Menschen mit einem guten Einkommen, die ihren Arbeitsplatz mitbringen, die nach Berlin einpendeln. Nur dadurch ist es zu erklären, dass das Durchschnittseinkommen der Brandenburger bei rund 70 % des Einkommens der Westdeutschen und damit leicht über dem ostdeutschen Durchschnittseinkommen liegt.

Auf das gesamte Land bezogen verheißt das allerdings nichts Gutes. Während wir hier über Mindestlöhne von 8 Euro oder 8,50 Euro in der Stunde diskutieren, werden weithin Löhne von über 15 Euro, die zu einer späteren Rente über dem Grundversicherungsniveau führen könnten, nicht mehr erreicht. Mit anderen Worten: Flächendeckend ist bei uns Altersarmut vorprogrammiert, und damit verbunden werden wir nach 2020 auch gravierende Einnahmeausfälle des Staates zu verzeichnen haben. Hier rächt es sich, dass über Jahre hinweg so ziemlich jede Ansiedlung gefördert wurde, ohne dass soziale Kriterien wie Tariftreue oder Mindestlöhne zugrunde gelegt wurden. Im Ergebnis blicken wir auf eine Vielzahl von Sumpfbäumen im Niedriglohnbereich - seien es Call-Center, Zeitarbeitsfirmen oder Arbeitsplätze im Reinigungs- oder Sicherheitsgewerbe, Firmen, die sich sofort aus dem Staub machen, wenn anderswo die Voraussetzungen für Lohnrückerei bei gleichzeitiger Ausreichung von Fördermitteln für eine Erhöhung der Gewinnmarge besser sind.

Hier müssen wir nicht nur, hier können wir auch umsteuern, denn aufgrund der immer noch hervorragenden Ausstattung des Landes mit Milliardenbeträgen aus EU-Strukturfonds leiden wir nicht an Geldmangel. Und auch der mit über 10 Milliarden Euro ausgestattete Doppelhaushalt 2013/2014 verfügt über ausreichende Mittel, um die seit Jahren beklagten Notlagen im Bildungs- und Hochschulbereich zumindest abzumildern. Aufgrund der historisch bedingten spezifischen Ausstattung der einzelnen Ressorts mit Personal- und Sachmitteln gelingt es einem allein moderierenden Ministerpräsidenten aber nicht, die Mittel dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das grundlegende Manko dieser rot-roten Landesregierung ist, dass sie nach einigen überschaubaren Prestigeprojekten, wie der Einführung des Schüler-BAföG, angesichts der gescheiterten Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes und dem bis heute nur unzureichend umgesetzten Vergabegesetz keine Visionen für das Land entwickelt hat. Da hat Herr Domrowski völlig Recht.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

In der Brandenburger Landespolitik herrscht, wie die gerade von Rot-Rot hochgelobten Gutachter für die Enquetekommission Lorenz, Anter und Reutter es wissenschaftlich feinsinnig formulieren, eine Politik des Inkrementalismus, des vorsichtigen Reformierens - oder weniger fein ausgedrückt: eine Politik

des Muddling through, des Durchwurstelns, von Versuch und Irrtum.

(Frau Melior [SPD]: Das Ergebnis haben die Gutachter auch gelobt!)

Gefordert wäre aber eine konzeptorientierte Politik, eine Politik, die ambitionierte Ziele setzt und diese auch umsetzt auf allen Ebenen, in allen Politikbereichen, mit allen Instrumenten.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Eine solche Politik birgt in sich natürlich genauso wie die Status-quo-Verteidigung das Risiko des Scheiterns, aber sie wäre in der Lage, Zukunftsperspektiven nicht nur zu benennen, sondern auch die Bevölkerung zu begeistern, so wie es die Gründung des Landes Brandenburg in den ersten Legislaturperioden war. Aber diese Gründungsperiode ist lange abgeschlossen, und wir müssen uns neue Ziele setzen. Das gilt nicht allein für die Empfehlung der Gutachter, Brandenburg und Berlin zum aktiven Vorreiter zukünftiger Länderfusionen zu machen. Selbstbewusstsein können wir dabei ruhig an den Tag legen, denn Berlin ist ohne sein Umland nur die Hälfte wert. Und nebenbei: Berlin ist unverändert die größte Stadt in der Mitte von Brandenburg. Berlin-Brandenburg - eine aufstrebende Metropole mit einem faszinierenden Umland und nicht zwei Loser, die sich aneinander klammern. Das wäre in der Tat eine neue Entwicklungsperspektive.

(Beifall GRÜNE/B90 - Frau Melior [SPD]: Für wen?)

Berlin-Brandenburg, das wäre eine Boomregion in Europa, das wäre das Bild eines Landes der Kultur und Natur, ein Land, das gleichermaßen stolz auf seine Wölfe wie auf seine Theaterzene ist.

(Beifall GRÜNE/B90 - Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Ein Land, das mehr verbindet als eine verfärbte Spree und ein defizitärer Flughafen. Ein solch großes Ziel könnte auch die Entwicklung Brandenburgs zum Vorreiterland der ökologisch-sozialen Wende in Deutschland werden. Die Voraussetzungen sind günstig, weil erste Erfolge, insbesondere in der Energiepolitik, schon auf allen Ebenen zu finden sind,

(Ness [SPD]: Er ist stolz auf sein Braunkohlekraftwerk!)

von Landkreisen bis zu energieautarken Dörfern. Und ja, wir haben auch zum dritten Mal in Folge den Leitstern für den Ausbau erneuerbarer Energien,

(Frau Melior [SPD]: Na wenigstens haben Sie das mitbekommen!)

einen Leitstern, der allerdings nur die Hälfte der Energiewende, nämlich die Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien, widerspiegelt,

(Unmut bei der SPD - Bischoff [SPD]: Freut euch doch!)

die andere Seite der Medaille, den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle, jedoch ausblendet.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ökologisch-soziale Wende in einem Flächenland, das bedeutet aber mehr als Energiewende und ressourcenschonende Produktionsverfahren - weg vom zentralistischen Förderansatz der regionalen Wachstumskerne, Einstieg in die Ermutigung von Raumpionieren, neue Konzepte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und neue Gemeindestrukturen mit mehr Bürgerbeteiligung, ein Land, das Provinz nicht als Rückzugsraum für Provinzialität versteht, sondern als spannendes Zukunftslabor mit Ausstrahlung.

Ein genauso großes Ziel könnte die Entwicklung eines Bildungslandes Brandenburg sein, eines Landes, das sich - von ganz hinten kommend - nicht mehr mit anderen Ländern beim Halten der roten Laterne abwechselt, sondern sich an die Spitze vorarbeitet,

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

eines Landes, das weder bei der Qualität der Kitas noch bei der Inklusion Nachholbedarf hat, sondern zur Pilgerstätte für Bildungspolitikern aus aller Welt wird. Wir fahren nicht mehr nach Finnland, sondern die Finnen kommen zu uns. Das wäre doch mal etwas ganz anderes.

(Frau Melior [SPD]: Machen wir schon!)

Mit solchen Zielsetzungen könnten wir Begeisterung auslösen und Menschen aus aller Welt als Neubürgerinnen und -bürger gewinnen, Menschen, die wir dringend brauchen, um die sich rapide entleerenden Räume wieder zu bevölkern.

(Bischoff [SPD]: Super Idee!)

Aber wo steht die Landesregierung, was ist ihr Leitbild? Nähere Ausführungen zur Länderfusion kann ich mir wohl sparen.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Ja!)

Wenn Matthias Platzeck heutzutage vor einer Schulklasse zum Thema Berlin-Brandenburg referiert, können Sie sicher sein, dass hinterher fast alle Schüler gegen die Fusion stimmen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU - Zurufe von der SPD)

So geschehen in einer Angermünder Schulklasse hier im Landtag.

(Görke [DIE LINKE]: Wir beschließen es einfach - wie Sie?)

Betrachten wir stattdessen exemplarisch die Reaktion der Koalition auf das erfolgreiche Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am Flughafen! Etwas Respekt für das demokratische Engagement der Initiatoren, gefolgt von der klaren Ansage - wir haben es heute wieder gehört -, dass ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr aus Wettbewerbsgesichtspunkten nicht in Betracht kommt, schließlich könnte uns Rostock ja Konkurrenz machen.

Kurzum: Ein Nachtflugbetrieb am künftigen Flughafen BER sei aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar; Herr Görke hat es heute wieder gesagt.

(Görke [DIE LINKE]: Das habe ich nie gesagt!)

Wenn Nachtflugverbot, dann deutschlandweit! - Das war Frau Wehlan. Oder europaweit - das war Herr Ludwig. Vielleicht einigen Sie sich da einmal.

(Görke [DIE LINKE]: Wer denn nun, Herr Ludwig oder Herr Görke?)

Die bei der Diskussion um das Nachtflugverbot bei SPD und Linken erneut durchscheinende Grundüberzeugung ist, dass die Menschen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Wege stehen dürfen.

(Beifall GRÜNE/B90 und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Allen anderslautenden Festreden und Bekundungen auf Nachhaltigkeitskonferenzen zum Trotz kann sich unser Ministerpräsident, kann sich auch Herr Holzschuher nicht von der Vorstellung eines Gegensatzes von Ökologie und Ökonomie lösen und spielt im Zweifelsfall Profitinteressen einzelner Unternehmen gegen die Menschen aus.

Während die Landesregierung einerseits im Bundesrat für eine erhöhte Besteuerung von Vermögen und Einkommen - zu Recht - streitet, kämpft sie aber auf der anderen Seite gegen alle Abgaben, die Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen verteuern. So forderte sie erst vor drei Wochen im Bundesrat die Abschaffung der Flugticketsteuer oder kämpft seit Jahren für die Entlastung von Industrieunternehmen von der EEG-Umlage oder von Netzkosten, wohl einkalkulierend, dass die Privatverbraucher und kleineren Gewerbebetriebe die Kosten der Energiewende damit allein schultern müssen.

Da passt es dann auch ins Bild, wenn Matthias Platzeck auf dem Brandenburg-Tag des DGB vor drei Monaten verkündet, dass man sich ab der Bekanntgabe der neuen Vergütungssätze für das EEG keine Sorgen mehr um die Braunkohle machen müsse, weil spätestens ab diesem Zeitpunkt der Klimaschutzgesichtspunkt gegenüber Kosten- und Versorgungsargumenten in den Hintergrund treten werde. Und genauso, wie Matthias Platzeck die Berlin-Fusion seit Jahren in Grund und Boden redet, torpediert er mit immer neuen Rettungsversuchen für die Braunkohle die Energiewende.

(Beifall GRÜNE/B90 - Bischoff [SPD]: Dafür werden wir noch ausgezeichnet - das ist ja unglaublich!)

Bis heute nicht verwunden ist, dass ausgerechnet die damals schwarz-gelb regierten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein dem sozialistischen Fortschrittsglauben an CO₂-Abscheidung und -Verpressung in Deutschland ein vorläufiges Ende bereitet haben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Jetzt sollen CO₂-Pipelines in die Nordsee und vielleicht auch in unser Nachbarland Polen die weitere Braunkohleverstromung in Brandenburg vorantreiben helfen.

Und wenn sich Vattenfall bei der Barbara-Feier dieses Jahr dabei überbietet, dass zum Jahresende 62 Millionen Tonnen CO₂ produziert sein werden, bejubelt die Landesregierung - statt dies zum Anlass zu nehmen, Vattenfall aufzufordern, mit den Brandenburger Bodenschätzen sparsamer umzugehen -

(Ness [SPD]: Trauen Sie sich da mal hin! Gehen Sie da mal hin!)

dies als erneuten Beweis der Bedeutung und Notwendigkeit der sogenannten Brückentechnologie Braunkohle.

Dass die forcierte Braunkohleverstromung und der damit verbundene Aufschluss neuer Tagebaue mit der Vertreibung von mehr als 2 000 Menschen verbunden sein wird, wird ausgeblendet.

(Beifall GRÜNE/B90)

Gutachten des DIW, die aufzeigen, dass allein schon aus wirtschaftlichen Gründen neue Tagebaue nicht sinnvoll sind, werden als belanglos zur Seite gewischt. Wir spüren die Schrecksekunden, die entstehen, wenn der Vattenfall-Eigner Schweden einmal wieder auf erneuerbare Energien umsteigen will, und das spürbare Aufatmen, wenn das Wirken von Frau Gregor-Ness im Vattenfall-Aufsichtsrat doch etwas geholfen hat.

Wie pervers es ist, dass die Lausitzer Braunkohle den Ausbau der Windenergie in Skandinavien finanzieren soll, um so der Stockholmer Regierung ein grünes Mäntelchen umzuhängen, fällt dieser Landesregierung gar nicht mehr auf.

(Beifall GRÜNE/B90)

Aber es geht bei nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung nicht nur um Braunkohle und Flugverkehr. Ich nenne auch das Eintreten unserer Landesregierung für Massentierhaltung in einer industriell geprägten Landwirtschaft. Obwohl die Wertschöpfung unserer konventionellen Landwirtschaft minimal ist, wird die Umstellungsprämie auf den beschäftigungsintensiven Ökolandbau gestrichen und auch in diesen Haushalt nicht wieder aufgenommen.

Wer sich gegen diese Art verfehlter Strukturpolitik wehrt, läuft Gefahr, lächerlich gemacht zu werden. Ist man für das Nachtflugverbot, so soll man in Zukunft gleich gar nicht mehr fliegen. Ist man gegen die Ausweitung und Fortführung der Braunkohleverstromung über das Jahr 2030 hinaus, soll man im Winter auf die Heizung verzichten. Ist man gegen Massentierhaltung, so soll man zukünftig auf seinen Weihnachtsbraten verzichten. Mit diesem Ausspielen von Ökonomie gegen Ökologie, von Einwohnerinteressen gegen Profit, ist unser Ministerpräsident, sind SPD und Linke aus der Zeit gefallen.

(Frau Muhß [SPD]: Oh, mein Gott, ist das billig!)

Zu unserem Ministerpräsidenten: Er hat sich meilenweit von seinem angeblichen Vorbild - nein, ich meine jetzt nicht Prof. Succow oder Kurt und Erna Kretschmann -, sondern vom verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau - entfernt, der - etwas geläutert - im Jahre 2001 erklärte:

„Wenn das nicht mehr gilt, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, sondern der Mensch nur noch für die Wirtschaft da ist, dann ist diese Welt nicht mehr menschlich, aber sie soll menschlich sein.“

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Und wissen Sie, Herr Holzschuher, was mir bei Ihren Worten heute durch den Kopf ging? - Ein altes Tucholsky-Zitat, bezogen auf die SPD in der Weimarer Republik:

„Wir sind die kommende Vergangenheit. Mit uns zieht eine ungeheure Müdigkeit.“

(Beifall GRÜNE/B90 und FDP)

Mit Ihrer anachronistischen Arbeitsplätze-um-jeden-Preis-Politik treiben Sie die Menschen zunehmend auf die Barrikaden. Die Menschen haben gemerkt, dass mit dieser Politik die Standortqualität Brandenburgs als Lebensort für Menschen nach und nach vernichtet zu werden droht.

(Holzschuher [SPD]: Wovon sollen die Menschen in Ihrem Lande denn leben?)

Unsere Verfassung bietet als Ventil Volksinitiativen und Volksbegehren, allerdings mit einer solch hohen Hürde bei einem möglichen Volksentscheid, dass mit einem Erfolg nicht zu rechnen ist. Aber solange Volksinitiativen nur salbungsvoll dafür gelobt werden, dass so viele Bürger zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte motiviert wurden, sich jedoch nichts Substanzielles ändert, ist die Volksgesetzgebung nur ein Instrument minderer Güte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir spätestens seit dem Gutachten von Ragnitz zur vergleichenden Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung Brandenburgs seit 1990 wissen, haben sich alle ostdeutschen Bundesländer synchron entwickelt, völlig unabhängig, welche Couleur die Regierungen hatten. Der Vorsprung Sachsens ist genauso ein Mythos wie die Schwäche Mecklenburg-Vorpommerns. Und auch die Brandenburger Evaluation des Effekts der Regionalen Wachstumskerne zeigt, dass signifikante Unterschiede zu den politisch auserkorenen Förderschwerpunkten in anderen Regionen kaum bestehen. Vor diesem Hintergrund sollten wir die wirtschafts- und strukturpolitische Diskussion etwas gelassener angehen und, wie es im modernen Politsprech heißt, „uns auf unsere endogenen Potenziale besinnen“. Wir müssen nicht nach jedem Strohalm greifen und die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben bejubeln.

(Beifall GRÜNE/B90)

Wir sollten also bei der Fördermittelvergabe neben sozialen Kriterien und dem Aspekt der Energieeinsparung und Ressourcenschonung einen Wettbewerb um die bestmögliche nachhaltige Ausnutzung der regionalen Potenziale unterstützen und nicht versuchen, mit Gewalt von oben ein planwirtschaftliches Korsett über das Land zu werfen.

Natürlich sehen die historisch gewachsenen Potenziale in Eisenhüttenstadt oder Schwedt anders aus als in Neustadt (Dosse). Zu diesen endogenen Potenzialen für die wirtschaftliche Entwicklung gehört dabei auch die Wohn- und Lebensqualität nicht nur im Berliner Umland. Aber wer Neubürger durch Zuzug aus Berlin, wer Neubürger auch in anderen Teilen des Landes gewinnen will, muss etwas bieten. Wer kennt nicht den Wunsch vieler junger Familien, ihre Kinder in einem ländlichen Milieu großzuziehen?

Aber das Bildungssystem Brandenburgs schreckt ab, und das hat nicht nur etwas mit dem Abonnement auf die hinteren Plätze bei allen möglichen Bildungsvergleichen zu tun. Die Unterrichtsqualität lässt nach wie vor zu wünschen übrig, und wer

will, dass seine Kinder vernünftig Englisch lernen, schickt sie besser nicht ins staatliche Brandenburg Schulsystem.

(Oh! bei der SPD)

Der Lehrkörper ist überaltert, Lehrkräfte werden fachfremd eingesetzt, immer noch gilt der Glaube, dass jeder Lehrer alles kann. Die Ministerin betrügt nicht nur die Eltern der Schüler, sondern auch sich selbst, wenn sie den Unterrichtsstundenausfall auf angeblich 1,7 % kleinrechnet.

Überhaupt nicht gut sieht es auch mit den Brandenburger Kindertagesstätten aus. Trotz leichter Verbesserungen des Betreuungsschlüssels hat uns Rot-Rot im Ländervergleich von Platz 16 auf Platz 16 „hochkatapultiert“. Ganz zu schweigen davon, dass Berlin kostenlose Kitajahre bietet, ist in Brandenburg auch die Qualifikation vieler Erzieherinnen unzureichend. Individuelle Förderung erfordert Erkennen des Förderbedarfs, und das erfordert eine umfassende diagnostische Ausbildung.

(Unruhe bei SPD und DIE LINKE)

Aber immer noch ist nicht gewährleistet, dass in jedem Brandenburger Kindergarten eine Erzieherin mit mindestens Fachhochschulabschluss zu finden ist. Aber statt dem erklärten Schwerpunkt Bildung auch die angemessene finanzielle Ausstattung zuzuerkennen, wird das Personalbudget vom MBJS um rund 10 Millionen Euro gekürzt. Auch wenn diese Mittel durch das Ausscheiden von Lehrkräften in Altersteilzeit frei werden, ist zu konstatieren, dass die demografische Rendite nicht im Bildungssystem verbleibt.

(Beifall GRÜNE/B90)

Auch nicht gut sieht es im Etat für Wissenschaften und Hochschulen aus; der Einzelplan 06 steigt - es wird mehr Geld in die Wissenschaft investiert. Der Zuwachs wird aber durch den vertraglich festgelegten jährlichen Aufwuchs von 5 % durch den Pakt für Forschung und Innovation II erreicht und überdeckt damit nur die Kürzungen bei den Hochschulen. Brandenburg ist, gemessen an fast allen Benchmarks, weiterhin auf dem letzten Platz bei den Ausgaben für Hochschulen. Wer soll denn all die Wissenschaftler gut ausbilden, die anschließend in den zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstituten arbeiten sollen?

Wir Grünen haben vorgeschlagen, die gravierendsten Defizite im Bildungs- und Hochschulbereich durch Umverteilung innerhalb des Personalbudgets in einem Umfang von 38 Millionen Euro abzudecken. Das sind weniger als 1,3 % von 2,9 Milliarden Euro Personalausgaben. Aber dieser Antrag wurde wie alle anderen Haushaltsanträge abgelehnt.

Doch das sind alles Kleinbeträge, gemessen an dem Aufwand für den Flughafen Willy Brandt. Bis heute wissen wir nicht, wie viel der Flughafen uns am Ende genau kosten wird. Auch die auf Bund und Land zurollenden 1,2 Milliarden Euro werden nicht das Ende der Fahnenstange sein, und bis heute ist nicht klar, wie viele der auf Brandenburg entfallenden 444 Millionen Euro zur Eigenkapitalaufstockung und wie viele als Gesellschafterkapital/Gesellschafterdarlehen gewährt werden sollen. Klar ist, dass die Flughafengesellschaft die ursprünglich eingepplanten 600 Millionen Euro für den Lärmschutz auf rund 307

Millionen Euro gekürzt hat und damit die nun überraschend aufgetauchten Mehrausgaben aus der Phase vor der gescheiterten Eröffnung am 3. Juni 2012 abgedeckt werden sollen.

Minister Vogelsängers Aussage, dass der gesetzlich vorgesehene Lärmschutz auch verwirklicht werde, ist so wahr wie trivial. Die entscheidende Frage bleibt am Ende, wer sich durchsetzt: das Oberverwaltungsgericht mit seiner Feststellung, dass null Mal gleichbedeutend mit keiner Überschreitung ist, oder das Vogelsängerministerium mit seiner gewagten krummen Null. - Der Unterschied ist den Publikationen der Flughafengesellschaft und § 2 des Haushaltsgesetzes eindeutig entnehmbar: Er macht 293 Millionen Euro aus - 293 Millionen Euro, die im Zweifel von den Flughafeneignern zusätzlich aufgebracht werden müssen, und damit wird noch lange nicht Schluss sein.

Nach dem nichtöffentlichen Businessplan der FBB wird der Flughafen noch mindestens 15 Jahre rote Zahlen schreiben, jahrelang am Tropf des Landes hängen. Aber Ministerpräsident und Finanzminister fabulieren bei jeder Gelegenheit - und Herr Holzschuher heute auch -, dass der Flughafen eine Erfolgsgeschichte sei und demnächst zum Goldesel, zur „Cashcow“ für den Landeshaushalt werde. Nicht nur wir Grünen befürchten, dass die einzige Melkkuh am Ende die Steuerzahlenden sein werden.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Wir wissen nicht, ob der Flughafen am 27.10.2013 eröffnet wird. Wir wissen aber, dass es die Nibelungentreue von Wowe-reit und Platzeck zu Schwarz ist, die den Termin gefährdet und die Steuerzahler Geld kostet. Wären Schwarz und Körtgen gleich nach der ersten Verschiebung aus dem Verkehr gezogen worden, hätten neue Geschäftsführer einen realistischen Zeitplan aufstellen können und wären nicht zig Millionen für unsinnige Endspurtmaßnahmen ausgegeben worden.

Vorgestern habe ich dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen - Herr Dombrowski hat es dankenswerterweise angesprochen -,

(Dombrowski [CDU]: Aber ich höre es gern noch einmal!)

seinen Namen mit einem möglichen Erfolg des Flughafens zu verbinden und eine politische Garantieerklärung abzugeben, dass der Flughafen am 27.10.2013 eröffnet

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

und der Kostenrahmen von 1,2 Milliarden Euro nicht überschritten wird. Ich habe gesagt: Wie wäre es denn, wenn unser Ministerpräsident tatsächlich einmal seine Bereitschaft zur Übernahme der politischen Verantwortung bekundet und hier erklärt, dass er bei einer erneuten Verschiebung des Flughafen-eröffnungstermins oder einer erneuten Überschreitung des jetzt gesetzten Kostenrahmens sein Aufsichtsratsamt wegen erkennbaren Versagens zur Verfügung stellt?

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich räume ein: Nach den aktuellen Meldungen aus dem Abgeordnetenhaus in Berlin wäre das politischer Selbstmord, denn wie in vielen anderen Fällen rechnete sich die Regierung im Falle des Flughafens die Wirklichkeit schön. Wäre diese Täu-

schung nur unternommen worden, um eine günstige öffentliche Meinung der Bevölkerung über die rot-rote Regierung zu schaffen, so wäre das allein schon nicht besonders gut geglückt. Das Problem scheint aber zu sein, dass die Regierung geschönte Darstellungen so häufig wiederholt, dass sie am Ende der Selbstsuggestion unterliegt, mit unabsehbaren Folgen für das Land.

Ich komme zum Schluss. Mit diesem Haushalt wird der Versuch unternommen, die Folgekosten für das Versagen von Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Flughafengesellschaft dem Steuerzahler möglichst geräuschlos überzuhelfen.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Dieser Haushalt ist aber auch - da teile ich die Auffassung von Herrn Dombrowski - erneut ein Dokument der Mutlosigkeit von Rot-Rot, eine weitestgehende Fortschreibung des Status quo, ein Haushalt ohne neue Ideen, ein Haushalt ohne die Bereitschaft, neue Akzente in der Finanzierung von Bildung und Hochschule zu setzen. Während alle anderen ostdeutschen Bundesländer bereits 2013 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen oder sogar in die Tilgung einsteigen, will die Landesregierung im Windschatten der Flughafenfinanzierung ihre Verschuldungspolitik um ein weiteres Jahr verlängern.

Mit diesem Doppelhaushalt - insbesondere aber mit einer mit dem Weichzeichner gemalten mittelfristigen Finanzplanung - täuscht die Landesregierung die Bevölkerung genauso wie sich selbst über die Herausforderungen und Risiken der nächsten Jahre hinweg und überlässt deren Bewältigung allein ihren Nachfolgern.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Sie werden verstehen, dass wir einem solchen Haushalt nicht zustimmen können. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Das Wort erhält nunmehr die Landesregierung. Herr Ministerpräsident Platzeck setzt die Aussprache fort.

Ministerpräsident Platzeck:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Vogel, eigentlich - weil es kurz vor Weihnachten ist - will ich auf Ihre Rede gar nicht eingehen, weil es teilweise skurril war, wie Sie sich verstiegen haben, nur um irgendwo billig eine Schlagzeile zu bekommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vielleicht schämen Sie sich in Teilen selbst, wenn Sie das Protokoll lesen: Die Sprachlehrer können nichts, die Kita-Erzieherinnen sind unfähig - lesen Sie es noch einmal durch, vielleicht entschuldigen Sie sich danach bei den Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Ich spüre immer, wenn Sie reden, eine ganz eigenartige, mir nicht erklärliche Distanz zu diesem Land und den Realitäten in diesem Lande. Sie unterbreiten Vorschläge - ich habe Ihre Sätze noch im Kopf: Jeder Arbeitsplatz, der bei Fossilien verloren geht, wird bei Erneuerbaren doppelt wieder entstehen. Wir erleben in Frankfurt, dass die Welt komplexer ist, und deshalb folgen wir Ihren Vorschlägen auch nicht, sondern wollen hier eine Volkswirtschaft entwickeln, die am Ende auch eine Basis und ein Fundament hat und Menschen wirklich Perspektive und Zukunft gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lieber Herr Dombrowski, Sie haben eben ein schönes Bild gezeichnet: Seitdem wir regieren, seit drei Jahren, zieht hier ein Proteststurm nach dem anderen durch das Land. Das hat es vorher alles nicht gegeben. Solange Sie dabei waren, war alles friedlich, fromm und fröhlich. - Ich erinnere mich an andere Zeiten. Ich war ja auch dabei. Ich kann mich zum Beispiel daran erinnern, dass Jörg Schönbohm als Innenminister tausenden Polizisten gegenüberstand,

(Zuruf bei der Fraktion DIE LINKE: 8 000!)

die ihm in einer einmaligen Aktion den Rücken zugekehrt haben. Das haben sie bei Dietmar Woidke noch nie gemacht. Es gab auch in dieser Zeit durchaus Proteste. So ist das in der Demokratie. Dagegen kann man ja auch gar nichts haben. Übrigens, Herr Dombrowski, wenn Sie sagen, Sie wissen ganz genau, wie das mit dem Flughafen hätte sein sollen, ist und werden wird, rate ich Ihnen: Nehmen Sie sich einen anderen Gutachter. Ihr bevorzugter hat schon alles zu diesem Thema gesagt. Derselbe Mann hat gesagt, der Flughafen sei zu groß geplant, er sei zu klein geplant, er sei falsch geplant. Das macht er locker alles in drei Jahren. Sie glauben ihm noch. Das sollten Sie auch nicht machen. Wir haben bestimmt nicht immer Recht, aber ich glaube, Ihr Gutachter hat auch nicht immer Recht.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Als Staatssekretär Odenwald jetzt im Hauptausschuss war, haben Sie ihn richtig verliebt angeschaut. Wer ihn nicht kennt: Herr Odenwald ist der Chef der Soko, die übrigens alles richtig macht. Wir haben von Herrn Odenwald jetzt im Hauptausschuss gelernt, die Soko von Herrn Ramsauer wüsste alles besser, und er rät uns, ihr einfach zu folgen. Derselbe Herr Odenwald ist zufälligerweise Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn und musste dort zur Kenntnis nehmen, dass der Stuttgarter Bahnhof, noch ehe er gebaut ist, 1,5 Milliarden Euro teurer wird. Wer leitet denn die Soko, die überprüft, ob Herr Odenwald im Aufsichtsrat richtig gearbeitet hat?

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie dann vielleicht? Das wäre doch mal ein Rat. Das könnte man doch so machen.

Deshalb sage ich, man sollte immer kritisch sein und Kritik üben, aber die Kirche im Dorf und die Füße am Boden lassen. Wer sich Großprojekte in Europa ansieht, entdeckt vielleicht auch dieses und jenes, was strukturell noch einmal überdacht werden muss, und erkennt, warum es oft nicht klappt.

(Zuruf)

- Ja, der Flughafen auch nicht. Dazu komme ich noch. - Aber vielleicht gibt es noch andere Ursachen, als dass nur der eine Aufsichtsrat völlig unfähig und der andere natürlich hoch fähig ist. Übrigens, nachdem die Geschäftsführung der Deutschen Bahn AG verkündet hat, der Bahnhof werde über 1 Milliarde Euro teurer, ist sie von Herrn Odenwald für die nächsten Jahre im Amt bestätigt worden. So etwas gibt es auch, trotz aller Soko.

Herr Dombrowski, in aller Bescheidenheit und Zurückhaltung: Ich bemühe mich auch im 23. Jahr und in der 5. Landesregierung, alles, was an Kritik kommt, aufzunehmen, zu verarbeiten und zu sehen, dass wir durch die Kritik besser werden. Dass Ihr Bild mit der Realität nicht völlig übereinstimmen kann - Umfragen sind Umfragen, das weiß ich, das wissen Sie auch -, zeigen aber alle Umfragen, auch die Ihren des ablaufenden Jahres. Sie ergeben, dass über 70 % der Brandenburger sagen, das Land bewege sich in die richtige Richtung. Und die Mehrheit der CDU-Wähler findet, die Landesregierung bewege das Land in die richtige Richtung. Das kann sich manch andere Landesregierung nur wünschen. Wir sind froh darüber und werden deshalb aber nicht unkritisch bei dem, was wir hier tun.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, dass trotz allem heute ein denkwürdiger Tag ist. Wir beschließen einen Doppelhaushalt, und den nächsten Haushalt wird schon ein neues Parlament beschließen. Daher lohnt es sich durchaus, noch einmal innezuhalten und zu schauen, was in den letzten Tagen und Wochen hier durch harte Arbeit entstanden ist. Ich möchte mich dem Dank an den Ausschussvorsitzenden, Herrn Burkardt, und an die Ausschussmitglieder ganz ausdrücklich anschließen.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Folgart [SPD])

Herr Burkardt, ich werde mit Ihnen zusammen dafür kämpfen, dass in unser Wappen nicht der Wolf hereinkommt, sondern der Adler dableibt. Im Horst ist er sicher, Wölfe können nicht klettern. Wenn man überlegt, wie oft heute schon über Wölfe gesprochen wurde - wir haben geschätzt 70 bis 80 im Lande - habe ich manchmal das Gefühl, dass wir bald mehr Institutionen haben, die sich mit Wölfen beschäftigen, als es entsprechende Tiere im Land gibt. Da sollten wir ein wenig vorsichtig sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich denke - und da geht der Dank an alle -, dass dieser Haushalt, so wie er jetzt vorliegt und zur Abstimmung steht, ein durchaus vernünftiger Haushalt ist. Er ist konsequent. Ich halte ihn im Gegensatz zu manch anderen Rednern mit manch anderer Intention auch für einen verantwortungsbewussten Haushalt. Er muss uns nicht in allen Facetten gefallen. Jeder einzelne Abgeordnete jeder Fraktion hätte gerne für bestimmte Bereiche mehr Geld. Das ist doch völlig normal. Politik ist doch nichts weiter als die Kunst, einen Interessenausgleich herzustellen, Mut zu haben, Nein zu sagen und am Ende etwas zu tun, was auch im nächsten und in fünf und in zehn Jahren möglichst noch trägt. Ich finde, das ist hier passiert. Man kann dem Haushalt noch so kritisch gegenüberstehen, eines ist Fakt, das sagen die Zahlen: Er beinhaltet mehr Geld für Bildung, für Wissenschaft, für Forschung, für Innovation und damit für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das ist gut und richtig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Herr Dombrowski, Sie haben Recht: Einige ostdeutsche Länder - nicht alle - nehmen früher als wir keine neuen Schulden mehr auf. Aber sehen Sie sich auch einmal an, wie dort die Verschuldung der Kommunen ist, schauen Sie sich an, wie die Verschuldung der Kommunen hier ist. Wir werden unseren Kommunen mit diesem Haushalt in der Summe - da ist die Entlastung des Bundes eingerechnet, darin sind die Gelder aus der erhöhten Finanzausgleichsmasse enthalten - im Jahr 2013 über 70 Millionen Euro mehr und im Jahr 2014 noch einmal über 46 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen.

Damit stehen die Kommunalfinanzen nicht auf einem idealen Fundament - keine Frage. Christian Görke hat über die drei großen kreisfreien Städte richtigerweise gesagt, dass wir uns etwas einfallen lassen müssen. Sie stehen aber auf einem soliden Fundament. Wenn ein Nachbarland seinen Landeshaushalt einen Tick früher schuldenfrei gestalten kann, aber sagt, die Hunderte Millionen, die wir dann nicht haben, müssen die Kommunen sparen, kann ich nur erwidern, dass wir diesen Weg dezidiert nicht gegangen sind. Wir wollten, dass die Kommunen hier im Land auch noch Luft bekommen, und das finde ich richtig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Investitionsquote ist kritisiert worden. Reinhold Dellmann hat sich gemeldet, klar, muss er auch. Das verstehe ich auch, das würde ich an seiner Stelle auch tun. Mit einer Investitionsquote von 15,5 % im nächsten Jahr und noch weit über 12 % im übernächsten Jahr liegen wir aber noch weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Das muss man dann auch einmal sagen, das gehört auch zur Realität. Ich hätte auch lieber 20 oder 30 %, das ist keine Frage.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich ganz ausdrücklich beim Parlament für die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für den Flughafen bedanken. Ich weiß, dass das kein gewöhnlicher Prozess war, ich weiß, dass das eine Herausforderung war. Und ich hoffe, dass sich das nicht wiederholt. Deshalb bedanke ich mich bei allen, die daran beteiligt waren, dass diese Umstellung in den Jahresscheiben noch in kürzester Zeit, in Stunden, Realität werden konnte.

Natürlich ist es - da stimme ich jedem zu, der das hier zum Ausdruck gebracht hat - mehr als ärgerlich, was da mit unserem Flughafen, insbesondere durch die verzögerte Eröffnung, passiert ist. Ich sage trotzdem, und das sollten wir nicht aus dem Auge verlieren bei allem Ärger, den wir in diesen Monaten haben - ich ärgere mich selber am meisten -, dass dieses Infrastrukturprojekt den Menschen in der gesamten Region, in Berlin und Brandenburg, über Jahrzehnte hinweg einen großen Nutzen bringen wird. Da geht es nicht nur um Jahre. Er wird Wirtschaftsmotor sein. Er wird der Dreh- und Angelpunkt sein, er wird dieser Region Sicherheit in ihrer Entwicklung geben. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Wir müssen jetzt alle Kräfte darauf konzentrieren, ihn funktional eröffnet zu bekommen. Da ist die Kuh noch nicht vom Eis.

Verehrter Herr Vogel - lieber Herr Büttner, Sie konnten wohl im Hauptausschuss nicht da sein; Frau Vogdt war da - ich habe sehr deutlich gesagt, inwiefern die Kuh noch nicht vom Eis ist und was noch geleistet werden muss und wann erst wir hundertprozentig sagen können, ob der Eröffnungstermin steht. Wenn die

komplexen Entrauchungstests nicht funktionieren, haben wir ein Problem. Das wissen wir aber noch nicht, das wissen wir höchstwahrscheinlich im Februar oder im März. Sie werden dann im Verbund laufen. Ich weiß, schuld trifft automatisch immer die Politik. Mein Appell geht jetzt an alle beteiligten Firmen, die die Software entwickeln, die die Zusammenschaltungen machen. Nur dank einer gemeinsamen Kraftanstrengung kann das große Vorhaben am Ende auch funktionieren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Debatte zum Haushalt, fand ich, war sehr gründlich. Sie war in Teilen sehr kontrovers. Das ist gut so. Das gehört zum demokratischen Umgang. Ich will trotzdem noch einmal daran erinnern, dass dieser Haushalt sehr wohl auch eine historische Dimension hat. Er ist der erste brandenburgische Haushalt, der keine neuen Schulden mehr macht; und das haben wir auch in Zukunft, in den Folgejahren vor. Das wird man vielleicht erst viele Jahre später sehen. Dieses Land wird verantwortungsbewusst handeln, seinen Kindern etwas hinterlassen, worauf sie bauen können. Wir werden ab 2014 keine neuen Schulden mehr machen. Ich halte das für eine essentielle Bedingung für die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben 22 Jahre hinter uns.

Manche sind noch hier, die von Anfang an dabei sind, auch in diesem Hohen Hause. Gerade sie wissen - und das geht über alle Fraktionen hinweg -, wie tief die Täler auf dem Weg in diesen 22 Jahren waren, die die Menschen in diesem Land durchschreiten mussten. Dass wir aus diesen Tälern herausgekommen sind, alle Probleme bewältigt haben, daran haben Hunderttausende Menschen - Frauen und Männer in diesem Land - einen großen Anteil. Sie können heute am Ausgang des Jahres 2012 mit allerhand Selbstbewusstsein sagen: Die Anstrengungen haben sich gelohnt.

Die Anstrengungen waren wahrlich nicht umsonst. Wir haben Ende 2012 auf vielen Feldern die besten Kennzahlen nach der Wiedererlangung der deutschen Einheit. Herr Dombrowski, Sie haben völlig Recht. Ich freue mich darüber nachhaltig. Es war ein Ziel für viele, die hier gearbeitet haben, die Zahl der Arbeitslosen endlich in den einstelligen Bereich zu bringen, weil es ein Symbol ist, weil es etwas beinhaltet, weil es aussagt: Über 90 % der Arbeitsuchenden finden inzwischen Arbeit in diesem Land. Darüber freue ich mich.

Worüber ich mich noch mehr freue, ist, dass wir heute jedem jungen Menschen eine Lehrstelle anbieten können. Wir haben andere Zeiten gehabt, ganz andere Zeiten, in denen die Menschen das Land verlassen mussten, weil sie hier überhaupt nichts gefunden haben. Heute findet vielleicht nicht jeder den Ausbildungsplatz, den er möchte, aber er hat eine Chance. Er findet eine Lehrstelle in seinem Land. Wenn er hier seine Zukunft gestalten will, dann kann er sie gestalten.

Die OECD hat uns gerade vor wenigen Tagen bescheinigt, dass wir sehr gut aufgestellt sind. Sie hat 23 europäische Regionen verglichen und hat Brandenburg bescheinigt, dass wir sehr gut aufgestellt sind.

Verehrter Herr Vogel, immer wenn ein Ranking aussagt, dass Brandenburg erfolgreich ist und in der wirtschaftlichen Dynamik und bei erneuerbaren Energien vorn liegt, sprechen Sie, wie vorhin in Ihrer Rede, von irgendwelchen Rankings. Wenn in einem Ranking steht, dass wir schlecht sind, ist es natürlich ein hoch solides Ranking. Sie sollten einmal überlegen, wie Sie die Dinge einschätzen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auf jeden Fall sagten dieses Jahr sehr viele solide Rankings, dass Brandenburg vorn steht. Also kann nicht alles verkehrt sein.

Bei der wirtschaftlichen Dynamik und bei erneuerbaren Energien liegen wir vorn; und das hängt miteinander zusammen. Beides zeigt, dass wir ein modernes Land geworden sind. Dieses Brandenburg ist ein modernes Land. Dafür haben viele viel getan. Wir haben in den letzten drei Jahren vor allem viel dafür getan, dass es ein Land für alle ist, bleibt und wird. Das sollte auch künftig unsere Hauptaufgabe sein. Wir brauchen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sonst lohnen alle anderen Erfolge gar nichts, weil die Menschen auch etwas davon haben und spüren müssen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben noch eine Unmenge Arbeit vor uns. Das klang in manchen Reden heute an. Ich teile diese Einschätzung. Die nächsten Jahre werden kompliziert. Die Krise ist nicht zu Ende. Der Euro ist noch nicht gerettet. Es wird noch erheblicher Einschnitte bedürfen, ehe wir von einer wirklichen Rettung sprechen können. Der Wettbewerb auf der Welt - wir haben vorhin kurz über die Solarindustrie gesprochen - wird nicht schwächer, er wird härter. Ringsherum wird keiner dümmer. Ringsherum wird keiner langsamer. Keiner wird auf uns warten. Deshalb werden wir auch künftig hart arbeiten müssen. Wir haben weiterhin mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen. Ich will hier gar nicht alle aufzählen. Sie kennen sie. Die Energiewende hat gerade erst begonnen. Ja, Herr Vogel, ich stehe dazu. Eine meiner Hauptaufgaben ist auch in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, dass Energie in diesem Land für alle Menschen bezahlbar bleibt. Es darf keine soziale Hauptfrage werden, ob man abends das Licht im Haus anmachen kann.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Dafür stehe ich, und dafür steht auch die Landesregierung.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir werden uns mit Blick auf die demografische Herausforderung noch viel einfallen lassen müssen. Wir sind da als Land weit vorn. Das wird anerkannt bis in die EU hinein. Das heißt aber nicht, dass wir das demografische Problem auch nur annähernd gelöst hätten. Wir haben eine Menge Pilotprojekte und Modellvorhaben, die am Beginn stehen. Wir sind aber noch nicht soweit, sagen zu können, wir könnten jetzt in aller Ruhe abwarten, dass wir mit der demografischen Herausforderung fertig werden.

Lassen Sie uns auch in den kommenden Jahren mit den Menschen im Lande und hier im Parlament hart darum ringen, auch offen streiten, auch Proteste aushalten und diese ernst nehmen. Wir können aber nicht allen Protestierenden sagen: Jawohl, ihr habt Recht! Denn auch Proteste bringen bestimmte Interessen zum Ausdruck. Es kann ein anderes Interesse gleich daneben liegen, für das im Moment nicht protestiert wird. Wir müssen es aber sehen und am Ende eine Lösung finden, die alle zufriedenstellt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen vor dem, was in den nächsten Jahren vor uns liegt - und damit meine ich uns alle -, keine Angst zu haben. Das Fundament dieses Landes ist stabil. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahrzehnte kann uns niemand nehmen. Mit diesen Erfahrungen im Rucksack, mit dem, was bereits geleistet wurde, werden wir auch die Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen können. - Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Blechinger [CDU] und von der Regierungsbank)

Präsident Fritsch:

Wir haben eine Kurzintervention des Abgeordneten Dombrowski.

Dombrowski (CDU): *

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen erst einmal danken, weil Ihre spontane planmäßige Diskussionsbeteiligung recht angemessen war. Ich freue mich vor allen Dingen und nehme es als positives Zeichen der Erkenntnis, dass Sie uns nicht wieder aufgefordert haben, an einem großen patriotischen Werk, nämlich dem Flughafen, mitzuwirken.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Herrn Odenwald mehrfach erwähnt. Ich habe es noch gut in Erinnerung. Am Mittwoch, als Herr Odenwald doch noch in die Sitzung kam, hat sich Ihr Gesicht verändert. Aber Sie haben sich nicht gefreut, sondern ein wenig finsterer geschaut.

(Bischoff [SPD]: Welche Kurzintervention? - Weitere Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich in dieser adventlichen Zeit versuchen, uns allen - ich sage: uns allen - einen Ratschlag zu geben. Wir sollten uns nicht immer mit anderen vergleichen. Da holt sich jeder das, was ihm gerade passt.

(Zurufe von der SPD: Aha! Aha!)

Wir sollten uns nicht unter Druck setzen, immer überall Erster und Bester zu sein. Das erwartet niemand von uns. Auch von unseren Kindern in der Schule erwarten wir nicht, dass sie nur Einsen schreiben. Es bringt uns doch nicht weiter, wenn wir hier das Thema Bildung und die gemeinsame Abiturprüfung in Berlin und Brandenburg diskutieren und uns die Ministerin erklärt, dass die ganze KMK darauf schaut, ob uns das wohl gelingt. Es geht nicht darum, dass wir einen Wettbewerb ge-

winnen, sondern darum, dass wir das Angemessene für unsere Kinder und für die Bürgerinnen und Bürger hier im Land tun. Vor allen Dingen sollten wir nicht so tun, als wären die Folgen von Politik höhere Gewalt. Die Fragezeichen, die hier noch stehen - auch vor der Nichtkreditaufnahme 2014 -, sind benannt worden. Es ist doch abenteuerlich. Ich bin sehr gespannt, wie Herr Holzschuher das aus dem Protokoll herauskriegt, dass wir uns das mit dem Flughafen leisten können. Ich bin einmal gespannt, wie Sie das aus dem Protokoll herauskriegen.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Ich komme noch einmal auf Herrn Odenwald zu sprechen. Herr Ministerpräsident, das werde ich allerdings tun. Das Protokoll dieser Sitzung werde ich auch Herrn Odenwald zuleiten. Der Bund ist nicht maßgeblich für das, was wir hier tun. Ich denke aber, dass sich insbesondere auch die Geberländer sehr dafür interessieren werden, was der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Holzschuher, hier im Haus zum Flughafen gesagt hat: Wir können uns das leisten.

Letzte Anmerkung, meine Damen und Herren. Ich habe in mancher Debatte und auch bei Ihnen, Herr Ministerpräsident - Sie haben Herrn Schönbohm erwähnt -, den Eindruck gehabt, Brandenburg habe von 1999 bis 2009 unter einer Militärjunta unter Generalissimus Schönbohm leben müssen. Das war nicht so. Herr Schönbohm war und ist ein tatkräftiger Mann. Es ist wichtig, dass das, was man sagt, auch Bestand hat. Das ist dieser Koalition nicht zu eigen. Sie versprechen, machen aber am Ende immer etwas anderes. - Danke schön.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Geschäftsordnung nach darf der Ministerpräsident hierauf reagieren. Er möchte es nicht. Die Landesregierung hat noch drei Minuten Redezeit. Möchte der Finanzminister diese Redezeit in Anspruch nehmen?

(Dombrowski [CDU]: Machen Sie das mal!)

Es ist im Wesentlichen wohl auch alles gesagt. - Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Rednerliste angelangt und kommen zur Schlussabstimmung über die Beschlussempfehlung in der Drucksache 5/6423 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Haushaltsgesetz 2013/2014. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Ohne Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

(Anhaltender Beifall SPD, DIE LINKE sowie des Ministerpräsidenten Platzeck und von Minister Dr. Markov)

Es folgt die Abstimmung über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 5/6562, Neudruck, mit dem Titel „Realitäten akzeptieren, Proteste ernstnehmen - Maßnahmen für mehr Unterricht umsetzen“. - Wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist - ebenfalls ohne Enthaltungen - mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft im Land Brandenburg (Brandenburgisches Justizvollzugsgesetz - BbgJVollzG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/6437

1. Lesung

Die Debatte beginnt mit dem Beitrag der Landesregierung. - Herr Minister Schöneburg, bitte.

Minister der Justiz Dr. Schöneburg:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als vor nunmehr sechs Jahren - im Jahr 2006 - der Strafvollzug im Zuge der Föderalismusreform Ländersache wurde, waren Strafvollzugswissenschaftler bzw. Strafvollzugspraktiker der Auffassung bzw. haben davor gewarnt, dass nun ein Wettbewerb der Schädlichkeit eintreten würde, und zwar dahin gehend, dass insbesondere ärmere Länder kein Geld mehr in den Strafvollzug stecken würden und mehr Verwahrvollzug statt Resozialisierung durchgeführt werden könnte; denn mit Resozialisierung gewinnt man in der öffentlichen Wahrnehmung nicht sehr viel Boden. Dagegen kann man mit einem harten Strafvollzug Stammtische für sich einnehmen und Wählerstimmen gewinnen.

Die ersten gesetzgeberischen Aktivitäten insbesondere in Hessen - noch unter dem damaligen Ministerpräsidenten Koch - oder in Hamburg - unter der Schill-Partei und der CDU - bzw. die ersten Landesstrafvollzugsgesetze, die dort in Auftrag gegeben und erarbeitet wurden, schienen diese Befürchtung zu bestätigen. Aber spätestens im Jahr 2007, als sich die Bundesländer neue Jugendstrafvollzugsgesetze gegeben haben und insbesondere auch in Brandenburg ein sehr modernes Jugendstrafvollzugsgesetz verabschiedet wurde - erarbeitet unter der politischen Verantwortung von Frau Blechinger; dies hervorzuheben ist mir ein Bedürfnis -, womit der Jugendstrafvollzug in Brandenburg auf bessere Füße gestellt wurde und daraus sehr viele Impulse hervorgegangen sind, hat sich gezeigt, dass die Befürchtung der Vollzugswissenschaftler so nicht eintritt.

Diese ist erst recht nicht in den Beratungen der neun bzw. zehn Länder eingetreten, die den Musterentwurf für ein Landesstrafvollzugsgesetz erarbeitet haben; denn dort herrschte die einheitliche Erkenntnis, dass der Resozialisierungsgedanke in den Landesstrafvollzugsgesetzen gestärkt werden kann und sogar gestärkt werden muss.

Glaubt man Foucault - er schrieb in den 70er-Jahren den Klassiker der Gefängnisliteratur „Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses“ -, ist der Strafvollzug an sich nicht reformfähig. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse jedoch, die wir unserer Reformarbeit zugrunde gelegt haben, sprechen eine andere Sprache. Diesbezüglich möchte ich drei Beispiele nennen.

Wir alle kennen die MABiS-Studie aus NRW - ich habe sie schon mehrfach erwähnt -, die von den europäischen Gremien gefördert wurde. Danach werden Strafgefangene, die ohne Ausbildung in den Vollzug kommen, dort nicht ausgebildet und qualifiziert werden und somit unausgebildet in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, zu 90 % rückfällig. Diejenigen aber, die wir ausbilden und qualifizieren und anschließend in vernünftige Arbeit bringen - nicht in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sondern in Beschäftigungsverhältnisse mit Perspektive -, werden nur zu 32 % rückfällig.

Wir wissen aus der Untersuchung der sozialtherapeutischen Abteilungen, dass wissenschaftlich intendierte Behandlungsprogramme bzw. Therapieprogramme den Rückfall um 10 bis 15 %, zum Teil sogar bis zu 20 % senken können. Dies wurde vor kurzem noch einmal in einem Aufsatz von Prof. Kröber publiziert.

Auch ist uns aus wissenschaftlichen Studien bekannt, dass die Strafgefangenen, die über Lockerungen, über einen offenen Vollzug und über Formen des Vollzuges verfügen, die dem normalen Leben angepasst sind, weniger rückfallgefährdet sind und bei ihnen die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls um einiges gesenkt werden kann. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse haben sowohl die Arbeitsgruppe, die den Musterentwurf erarbeitet hat, als auch meine Fachabteilung für die Erarbeitung eines Entwurfs des Brandenburger Vollzugsgesetzes zugrunde gelegt.

Nun möchte ich auf zwei wichtige Punkte bzw. zwei wichtige Standbeine dieses Projektes bzw. Entwurfs eingehen.

Erstens: Wir wollen Resozialisierung sichern, indem wir die Behandlung im Vollzug stärken. Wir wollen unsere intellektuelle Kraft in den Anfang des Vollzuges setzen, also in die Diagnostik bzw. in ein wissenschaftlich fundiertes Diagnoseverfahren, das sowohl die Defizite des Strafgefangenen als auch die positiven Dinge, an die man mit therapeutischen Maßnahmen anknüpfen kann, erkennen soll. Hinsichtlich der Defizite und der persönlichen Fähigkeiten können dann individuell ausgerichtete Behandlungsmaßnahmen angeboten werden. Diese beschreiben wir im Gesetzentwurf auch erstmalig: Arbeitstherapie, Arbeitstraining, Psychotherapie sowie Aus- und Fortbildung.

Wir werden also nicht mehr so agieren, wie wir das derzeit tun. Gegenwärtig haben wir ein Allerlei an Behandlungsmaßnahmen. Anschließend müssen wir schauen, ob etwas Passendes für den Strafgefangenen dabei ist. Das gestaltet sich ein wenig nach dem Prinzip: Wünsch dir was! Wenn wir aber nichts Passendes haben, unternehmen wir nichts. Haben wir etwas, das eventuell passt, tun wir das. Wenn dann tatsächlich etwas richtig passt, haben wir den Glücksfall getroffen.

Nein, das ist nicht mehr gewollt. Wir wollen dem Gefangenen genau zugeschnittene Behandlungsprogramme anbieten. Anschließend muss evaluiert werden, ob diese Programme einen entsprechenden Erfolg haben. Dies ist die Leitschnur, weshalb die von mir skizzierten Programme im Gesetzentwurf in eine vorrangige Stellung gebracht wurden. Diese Behandlungsprogramme gehen unter anderem der Erwerbsarbeit vor; denn wir wissen, dass diese Programme mehr für die Resozialisierung bzw. für die Rückfallvermeidung bringen. Genau aus diesem Grund gehen sie der Erwerbsarbeit vor.

Natürlich werden wir deswegen die Erwerbsarbeit nicht aus dem Strafvollzug verbannen. Das Streichen der Arbeitspflicht in dem Entwurf bedeutet nicht, dass wir die Arbeit nicht anbieten. Wir bieten im Vollzug genauso Arbeit an, wie es in Freiheit der Fall wäre. Wer nicht arbeiten will, der arbeitet eben nicht. Wir können ihn auch heute nicht zur Arbeit zwingen, sondern ihm lediglich das Taschengeld streichen.

Zweiter wichtiger Schwerpunkt: Wir legen in diesem Gesetz - das ergibt sich aus dem ersten Beispiel, das ich genannt habe - das Augenmerk auf einen Übergang in einen vernünftigen sozialen Empfangsraum, um Arbeit und Wohnung zu organisieren. Wir nehmen von Anfang an das Ende des Strafvollzugs bzw. der Straftat in den Blick; denn es wird jeder Strafgefangene - bis auf die acht Straftäter in Brandenburg, die in Sicherungsverwahrung sitzen - wieder entlassen. Dann stellt sich die Frage: Wollen wir, dass er als besserer Mensch entlassen wird oder mit Defiziten behaftet und bei seiner Entlassung genauso unverbesserlich ist wie bei seiner Inhaftierung? Da ist mir die erste Variante die liebere.

Aus diesem Grund schauen wir auf das Ende der Straftat bzw. auf die Wiedereingliederung. Das zeigt sich unter anderem daran, dass wir die sozialen Dienste der Justiz bereits zu Beginn in die Vollzugsplanerstellung einbinden und dann etwa ein Jahr vor dem Entlassungstermin in die Erstellung eines Eingliederungsplanes und in die Vernetzung mit den entsprechenden kommunalen Trägern, die Arbeit und Wohnung zur Verfügung stellen. Das ist im Übrigen eine zentrale Forderung der Arbeitsgruppe „Resozialisierungsgesetz“ gewesen, die ich vor zwei Jahren eingesetzt habe, und diese setzen wir in dem Vollzugsgesetz um.

Meine Damen und Herren, natürlich wird der Entwurf kritisch debattiert werden. Dabei werden wir nicht nur einem Ritual folgen, sondern wir werden natürlich konkret und inhaltlich diskutieren, worauf ich mich schon freue. Dennoch sollten wir das Gesamtprojekt bzw. die Konzeption im Auge behalten, wobei ich hoffe, dass diesbezüglich Übereinstimmungen zwischen den verschiedenen Fraktionen dieses Hauses bestehen.

Dies möchte ich an einem neuralgischen Beispiel kenntlich machen, den Lockerungen. Lockerungen - Ausgang oder Ausführung - sind auch heute bereits Bestandteil von Behandlung, also Behandlungsmaßnahmen. Nicht ohne Grund heißt es im derzeitigen Strafvollzugsgesetz „Erprobung in Lockerungen“.

Dies haben wir weiter verstärkt, indem wir die Lockerungsmaßnahmen detaillierter ausformuliert haben. Wir haben die Voraussetzungen für die Gewährung von Lockerungen neu formuliert und gesagt - das ist auch neu -: In die Lockerung ist auch der sogenannte Urlaub integriert, den wir jetzt Langzeitausgang nennen. Der Urlaub war sonst nur Selbstzweck. Er konnte gewährt werden, aber nicht in ein Vollzugs- und Behandlungskonzept eingebunden werden.

Wir wollen aber - das würde Standard sein, wenn das Gesetz verabschiedet wird - die Prüfung, ob jemand für Lockerungen geeignet ist, ob also Missbrauchs- oder Fluchtgefahr vorliegt. Die Lockerungsentscheidung muss in den Vollzugsplan integriert sein. Das heißt, es müssen bereits Behandlungsmaßnahmen vonstattengegangen sein. Dafür wurde für die Langzeitgefangenen - dies diskutierten wir vor einem halben Jahr - die Möglichkeit des 4-Augen-Prinzips geschaffen, was bedeutet,

dass die Vollzugsaufsichtsbehörde - mein Ministerium - genehmigen muss, wenn ein Langzeitgefangener eine positive Lockerungsentscheidung erhalten soll.

Das ist das Gesamtpaket, das die Möglichkeit - wenn man starre Grenzen einzieht -, konkret auf den Einzelfall bezogen eine Behandlungsmaßnahme, einen Behandlungsplan bzw. einen Vollzugsplan zu erstellen, beengen würde. Ich bin bereit, dieses Gesamtkonzept zu diskutieren, aber ich bin nicht bereit, Einzelregelungen auf dem Altar des Populismus zu opfern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es Kritikpunkte. In der Anhörung der Verbände war man aber übereinstimmend der Meinung, dass wir in die richtige Richtung gehen.

Die Hauptkritikpunkte betreffen die finanzielle Ausstattung und das Personal. In diesen Bereichen müssen wir die Hauptkärnnerarbeit leisten. Ich habe es schon gestern gesagt: Die Schließung der Anstalt in Frankfurt (Oder) ist unter diesem Aspekt zu sehen. Ich brauche Personal, das ich effektiver einsetzen kann. Auf meinem Tisch liegt der Entwurf für ein Konzept des offenen Vollzugs, über das wir jetzt beraten werden. Ziel ist es, den offenen Vollzug entsprechend dem vorhandenen Personal effektiv zu gestalten.

Wir werden ein Konzept für den Wohngruppenvollzug erarbeiten. Wir gehen mit dem Gesetz in die Anstalten. Wir organisieren Weiterbildungsmaßnahmen und werden dafür sorgen, dass das Personal effizienter - „am Mann“ - eingesetzt wird. Man kann das beste Gesetz fertigen, man kann die beste Strafanstalt bauen - wenn das Personal nicht mitzieht, wenn es nicht geschult ist, wenn es den Auftrag nicht als Sozialauftrag annimmt, werden wir keinen Erfolg erzielen.

Wir haben vor, wenn wir die Sozialtherapie erweitern, eine zweite sozialtherapeutische Abteilung in Brandenburg einzurichten und das Personal dafür einzustellen. Das ist in den Verhandlungen zwischen dem Finanzminister und mir im Mitzeichnungsverfahren Konsens gewesen.

Lassen Sie mich zum Ende kommen! Was wollen wir in Brandenburg? Wollen wir eine Rückfallquote von 90 %, von 50 % - wie bundesweit im Durchschnitt - oder von 45 %? Wollen wir Brandenburg um diese 5 % sicherer gestalten und damit lebenswerter machen? Ich sage Ihnen: Ich will die 45 % erzielen. Das Gesetz gibt uns dafür die Handhabe.

Der Resozialisierungsauftrag ist vom Bundesverfassungsgericht schon 1973 als Verfassungsauftrag kreiert worden. Es hat damals im Wesentlichen zwei Gründe angeführt:

Erstens. Um besten Schutz vor Straftaten zu erreichen, bedarf es auch des gebesserten Straftäters. Insofern ist das Gegeneinanderausspielen von Resozialisierung und Sicherheit für mich intellektuelle Quacksalberei.

Zweitens. Das Bundesverfassungsgericht hat das Resozialisierungsprinzip aus der Garantie der Menschenwürde abgeleitet. Diesen Grundsatz haben übrigens die Verfassungsväter und Verfassungsmütter auch Artikel 54 der Brandenburger Landesverfassung zugrunde gelegt.

In den 60er-Jahren, schon vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, hatte Fritz Bauer - Generalstaatsanwalt in Hessen, Sozialdemokrat, Antifaschist - diesen Ansatz formuliert. Ihm haben wir es zu verdanken, dass der große Auschwitz-Prozess geführt werden konnte. Ich erinnere an die Debatte, die wir vor zwei Tagen zum NPD-Verbot geführt haben. Bauer, der in der Verfolgung von Nazis unerbittlich war, hat als Gegenprogramm zu deren Kriminalpolitik, die aus „Schwanz ab!“, „Kopf ab!“ und dem Ausmerzen von „Andersartigen“ bestand, einen humanistischen, die Menschenwürde achtenden und auf Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug gefordert - eben abgeleitet aus der Garantie der Menschenwürde -, der auch für Straftäter gelten soll, die die Menschenwürde mit Füßen getreten haben. Das ist übrigens auch die Antwort auf diejenigen, die mit T-Shirts herumlaufen, auf denen „Todesstrafe für Kinderschänder!“ und Ähnliches steht. Die entsprechende Partei wollen wir verbieten.

Brandenburg will den Resozialisierungsauftrag verstärken, weil er verfassungsrechtlich geboten und auch vernünftig ist.

Ich freue mich auf die Debatten zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Eichelbaum spricht für die CDU-Fraktion.

Eichelbaum (CDU): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich bin etwas verwundert: Sie tun immer so, als ob es in den Justizvollzugsanstalten Brandenburgs überhaupt keine Resozialisierungsmaßnahmen gebe und dort für Gefangene nichts getan werde.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Das hat er nicht gesagt!)

Damit diskreditieren Sie die Arbeit von über 1 000 Justizbeschäftigten, die tagtäglich unter schwierigen Bedingungen einen guten Job machen.

(Beifall CDU)

Wer die Justizvollzugsanstalten in unserem Land schon einmal besucht hat, der weiß, dass wir - anders als andere Bundesländer - über neue, moderne Gefängnisse verfügen, in denen bereits heute umfangreiche Qualifizierungs- und Therapiemaßnahmen angeboten werden.

(Frau Stark [SPD]: Aber nur ganz wenige!)

Da wird nicht weggesperrt, da können junge Menschen ihre Schulabschlüsse und ihre Berufsausbildung nachholen. Das ist auch ein Verdienst der Politik von CDU-Justizministern!

(Beifall CDU)

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es auch Straftäter gibt, die sich einer Therapie schlicht verweigern, die sich mit ihrer Straftat nicht auseinandersetzen oder die nicht therapier-

bar sind. Deshalb kann man doch nicht das gesamte Strafvollzugssystem infrage stellen. Sicherlich gibt es Änderungsbedarf - das will ich gar nicht bestreiten -, aber wir benötigen keinen Paradigmenwechsel, Herr Minister, vor allen Dingen nicht bei den Vollzugslockerungen für Schwerverbrecher.

(Beifall CDU)

Herr Minister Schöneburg, Sie erwecken hier den Eindruck, als sei es das Normalste auf der Welt, dass ein Schwerverbrecher, der zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist, bereits nach kurzer Zeit Langzeitausgang erhält.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

Wir halten das für unverantwortlich - gegenüber den Opfern, in Bezug auf die Abschreckungswirkung der Freiheitsstrafe und gegenüber dem Rechtsempfinden vieler Brandenburger Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall CDU)

Wir reden hier nicht von harmlosen Tätern, die auf einem offenen Hof behandelt werden können. Wir reden von Straftätern, die schwere Verbrechen begangen haben. Die Bürger können vom Rechtsstaat erwarten, dass diese Schwerverbrecher ihre gerechte Strafe absitzen. Freiheitsstrafe muss auch in Brandenburg Freiheitsstrafe bleiben.

(Beifall CDU)

Deshalb darf es keinen Kuschelvollzug geben. Wir stehen insoweit ganz fest an der Seite der Gewerkschaft der Polizei und der Opfervereinigung „Weißer Ring“.

Eines muss ich Ihnen auch sagen: Ich verstehe die Haltung der SPD-Fraktion nicht mehr. Vor einem halben Jahr haben wir hier im Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über den richtigen Umgang mit Schwerverbrechern gesprochen. Die SPD-Fraktion lobte vor allem den Musterentwurf, den zehn Bundesländer zum Strafvollzug erarbeitet hatten und der noch vorsah, dass Straftäter, die zu lebenslanger Haft verurteilt worden sind, frühestens nach fünf Jahren Langzeitausgang erhalten können. Kollege Kuhnert sagte damals, die SPD-Fraktion gehe davon aus, dass in der Frage des Langzeitausgangs für Schwerverbrecher die Zahl näher an der 10 als an der 5 liegen werde.

Tatsache ist, dass nach dem vorliegenden Gesetzentwurf Schwerverbrecher die Möglichkeit erhalten, bereits am ersten Hafttag Langzeitausgang zu beantragen - nicht, wie bisher, nach zehn Jahren, nicht nach fünf Jahren, nein, sofort. Diesem Gesetzentwurf haben auch die SPD-Minister im Kabinett zugestimmt.

(Beifall CDU)

Herr Kuhnert, entweder war Ihr Redebeitrag nicht ernst gemeint, oder die SPD ist vor der Linken eingeknickt.

(Widerspruch bei der SPD)

Eine solche - täterfreundliche - Regelung gibt es jedenfalls in keinem anderen Bundesland.

Unabhängig von den Vollzugslockerungen hätte ich mir gewünscht, dass Sie in Ihrem Entwurf mehr als bisher den Fokus auf den Opferschutz gerichtet hätten. Herr Minister, Sie haben in Ihrem Redebeitrag die Opfer nicht mit einem Wort erwähnt. Ich darf an Folgendes erinnern: Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben im Oktober die Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz der Opfer von Straftaten sowie für die Opferhilfe erlassen. Daran hätten Sie anknüpfen können. Insoweit können Sie übrigens noch einiges vom Berliner Justizsenator Thomas Heilmann lernen.

(Beifall CDU)

Aus unserer Sicht benötigen wir in Brandenburg vor allen Dingen eine Erweiterung der Informationsrechte der Opfer, einen Opferschutzbeauftragten und auch einen jährlichen Opferschutzbericht.

Opferschutz heißt aber auch: Weder durch die Verlegung in den offenen Vollzug noch durch Vollzugslockerungen darf eine Gefährdung der Öffentlichkeit riskiert werden. Es ist ein völlig falsches Signal, die Freiheit des Täters über die Sicherheit der Bürger zu stellen. Deshalb wird es Zeit, dass Opferschutz und Kriminalprävention in Brandenburg endlich Chefsache werden.

(Frau Stark [SPD]: Unerhört!)

Sie haben Recht: Eine erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Opferschutz. - Doch die linke Realpolitik in Brandenburg sieht ja wohl anders aus. Sie reduzieren die Lehrerstunden im Jugendstrafvollzug. Sie streichen Stellen für Pädagogen und Psychologen. Sie wollen die Arbeitspflicht für Gefangene abschaffen und in den nächsten Jahren noch einmal 169 Stellen im Strafvollzug abbauen. Wer soll denn bitte Ihre groß angekündigten Resozialisierungsmaßnahmen umsetzen?

(Beifall CDU)

Die Wahrheit ist: Ihr Gesetz ist bereits heute zum Scheitern verurteilt, weil Sie die selbst gestellten hohen Ansprüche schon personell nicht erfüllen können. Deshalb wäre es das Beste, wenn Sie Ihren Gesetzentwurf zurückzögen.

(Beifall CDU - Frau Stark [SPD]: Nicht ein konstruktiver Vorschlag!)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Kuhnert setzt fort. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Kuhnert (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zehn Bundesländer haben sich zusammengetan - wir haben es gehört -, um einen Musterentwurf zu erarbeiten. Ich fand es von vornherein gut, dass es immerhin zehn waren, weil ich insgesamt die Kleinstaaterei in Deutschland nicht so positiv finde, auch in diesem Bereich nicht, zumal wir auch mit anderen Ländern kooperieren wollen.

Der Grundgedanke - der Minister hat es schon dargestellt - dieses Musterentwurfs, immerhin von allen ostdeutschen Bundesländern mit ausgearbeitet oder unterzeichnet, ist der, den Straf-

gefangenen zu einem straffreien Leben und zur sozialen Reintegration zu befähigen, und - Sie haben es auch gesagt, Herr Eichelbaum - er leistet einen wichtigen Beitrag zum Opferschutz; es ist natürlich nicht der einzige. Wir haben in den letzten Tagen auch über vieles andere geredet. Es beginnt bei der Bildungs- und Sozialpolitik und geht bis zur Justizpolitik.

Die zehn Länder sind sich also in diesem Anliegen einig. Ich habe das Wochenende genutzt, um einmal nach allen 16 Bundesländern zu googeln. Die sechs Länder, die nicht zu dieser Gruppe gehören, haben auf ihren Homepages dasselbe Ziel beschrieben: mehr Behandlungsvollzug, weniger Verwahrverschluss. Darin sind wir uns alle einig, da sind wir in einer guten Debatte und müssen nicht gleich alle Gesetze zurücknehmen.

Die Umsetzung ist aber in den Ländern verschieden, da haben Sie Recht. Ich habe bisher nur einen dem Musterentwurf entsprechenden Gesetzentwurf gefunden, den von Mecklenburg-Vorpommern; die anderen haben aber über Kleine Anfragen und Interviews schon die Tendenz angegeben, in die sie gehen werden; sie wird sich von unserer unterscheiden. Hier ist der erste Punkt, über den wir diskutieren müssen. Für mich ist klar: Die Justizministerin von Sachsen-Anhalt, einem Land, mit dem wir kooperieren, wird die erste Gesprächspartnerin unserer Fraktion darüber sein, warum dieses Land einen anderen Weg geht, natürlich nur an manchen Punkten. Ich meine, wir sollten uns gegenseitig dazu einladen und auffordern, diesen Diskussionsweg zu gehen und nicht gleich über „Alles oder nichts“ zu sprechen.

Der Regierungsentwurf von Brandenburg, der uns jetzt vorliegt, ist nahe an dem Musterentwurf. Die Debatte mit unseren fünf ostdeutschen Nachbarn - das liegt nahe, weil wir mit ihnen kooperieren und grenzüberschreitende Zusammenhänge haben - ist vor allem interessant für mich. Vielleicht haben Sie es auch ergoogelt. Die Ministerpräsidentin von NRW, Frau Kraft, hat extra einen Justizvollzugsbeauftragten berufen, der hochinteressante Themen formuliert, die Ihnen und auch mir sehr nahe kommen, zum Beispiel: Wie bindet man Opferbeauftragte in die Art des Behandlungsvollzugs ein? Das ist natürlich eine hochspannende, auch hochriskante, aber, wie ich meine, auch ganz wichtige Aufgabe, die genau in dem Sinne ist, der uns allen am Herzen liegt: dass natürlich Strafvollzug nicht gegen die Interessen der Opfer sein kann.

Übrigens ermöglicht der Gesetzestext, der uns vorliegt, auch so etwas, wie es sich Nordrhein-Westfalen vorstellt: Familienkonferenzen oder auch Wiedergutmachungsmöglichkeiten symbolischer Art, dass Täter durch Arbeit Geld ansparen und einen symbolischen Betrag an die Opfer zahlen. Solche Sachen in den nächsten drei Monaten zu diskutieren, darauf habe ich große Lust und das finde ich auch sehr spannend.

Von den Vorrednern wurden schon die beiden Punkte genannt, die in allen 16 Bundesländern kritisch und kontrovers diskutiert werden. Der eine ist die Arbeitspflicht. Dazu kann ich erzählen: 1990, als wir in Brandenburg begannen, war es genau umgekehrt. Damals brachen die volkseigenen Betriebe zusammen, so das Stahl- und Walzwerk oder das Getriebewerk, die Arbeitsmöglichkeiten im Strafvollzug angeboten hatten. Es war so, dass schätzungsweise 90 % der Gefangenen arbeiten wollten, wir aber gar keine Arbeit hatten. Inzwischen ist vielleicht für 60, 70 oder 80 % der Gefangenen Arbeit vorhanden. Insofern funktioniert die Arbeitspflicht auch gar nicht, weil wir

nicht genug Arbeit anbieten können. Aber das Entscheidende ist: Die große Mehrzahl der Gefangenen - ich habe keine Statistik, aber nach meinem Empfinden sind es über 90 % - will arbeiten, weil es gar nicht gut ist, 23 Stunden am Tag im Verwahrverschluss zuzubringen, und weil sie damit ihr Taschengeld aufbessern können, also eine ganz einfache Sache.

Das Grundanliegen hat der Minister schon erwähnt. Es geht um die Einbeziehung der Praktiker. Frau Stark hat in Bernau eine sehr gute Veranstaltung organisiert, wie ich gehört habe, wo auch Herr Feelgood dabei war, der die sozialtherapeutische Abteilung in Brandenburg leitet. Die Praktiker sagen uns: Arbeit muss natürlich in den Behandlungsplan integriert werden. Das hat der Minister auch gesagt. Arbeit an sich ist kein Wert, nur in den Behandlungsplan integrierte Arbeit ergibt einen Sinn. Manchmal sind andere sozialtherapeutische oder psychotherapeutische Maßnahmen vorrangig. Dann müssen diese vor einem Arbeitstraining stattfinden. Im Übrigen können per Gesetz § 68 durchaus Sanktionen verhängt werden - das hat der Minister auch genannt -, wenn die Arbeit verweigert wird.

Die Haftlockerung ist der zweite Punkt.

Ich staune, dass das rote Lämpchen schon blinkt. Ich hatte den Eindruck, dass der Minister seine Redezeit überzogen hat. Oder ist das nicht so? Dann habe ich ja mehr Zeit.

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

So ist das nicht; das wird anschließend abgefragt.

Kuhnert (SPD):

Dann muss ich es kurz machen.

Die Haftlockerung ist wirklich der komplizierteste Teil. Dazu sagen uns die Praktiker: Ein Jahresschema hilft wenig. Es muss auch in den Behandlungsplan integriert werden und zu dem Zeitpunkt erfolgen, wo es sinnvoll ist. Sie wissen doch genau - Sie sind doch von uns beiden der bessere Fachmann, jedenfalls vom Studium her -: Ein Langstrafer, der eine schlimme Straftat begangen hat - das sagen alle Praktiker, und das weiß ich aus den 22 Jahren, die ich im Strafvollzug in Brandenburg als Ehrenamtler bin -, braucht eine lange Strecke, ehe er auf dem Weg der Resozialisierung so weit ist, dass die Behandelnden sagen können: Hier wäre eine erste Ausführung möglich.

Wir werden trotzdem darüber diskutieren müssen, wie wir an diesem Punkt verfahren. Denn es ist abzusehen, dass alle anderen Bundesländer eine Zahl aufschreiben, und darauf werden wir reagieren müssen. Darüber sind wir, wie ich meine, in einer lebhaften Debatte, und das ist auch völlig richtig.

Wir werden also Anhörungen mit den Praktikern machen, das halte ich für ganz wichtig, weniger mit Hochschulprofessoren, sondern mit denen, die die Praxis kennen wie der Herr Feelgood, ein Name, der auch gleichzeitig Omen ist, mit den Opferverbänden, mit der Opferhilfe. Es ist schon wichtig, dass sie auch in den Behandlungsplan einbezogen werden, aber auch in die Art, wie das Gesetz gestaltet wird. Das habe ich in meiner Rede auch gesagt, dass wir die Opfer in ihrer Empfind-

samkeit nicht ein zweites Mal verletzen dürfen. Weiterhin müssen wir mit den Bediensteten sprechen. Ich begrüße ganz herzlich Herrn Köpke. Natürlich müssen die, die das umsetzen müssen, ein gewichtiges Wort darüber mitreden können, wie das Ganze geschehen soll, und dann haben wir die Endfassung.

Nun hatte Frau Niels berechtigterweise noch etwas zu den Finanzen gefragt.

Präsident Fritsch:

Herr Kuhnert, ich muss Sie darauf hinweisen, dass hier nicht jeder seine Redezeit gestalten kann, wie er will. Wir haben eine Geschäftsordnung. Nur die Landesregierung darf das. Ich danke Ihnen für Ihren Beitrag.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Goetz für die FDP-Fraktion fort.

Goetz (FDP): *

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Schöneburg! Es wurde aber auch Zeit, dass im Land Brandenburg eine Reform des Justizstrafvollzugs erfolgt. Es wurde Zeit dafür, ein neues Justizstrafvollzugsgesetz vorzulegen. Ich finde es ausgesprochen richtig, dass viele Länder die Schwächen der Föderalismusreform zunehmend erkennen, daraus ihre Schlussfolgerungen ziehen und im Landesverbund mehrerer Länder eine Vereinheitlichung des Justizstrafvollzugs anstreben.

Die grundsätzlichen Intentionen, die Sie vorgetragen haben, teilen wir als FDP-Fraktion. In vielen Details steckt allerdings noch der Teufel, sie bedürfen daher einer näheren Erörterung. Dazu wird es im Rechtsausschuss eine Anhörung geben müssen, bei der sowohl Opferverbände als auch Polizei, Strafvollzugsbedienstete, Träger von Resozialisierungseinrichtungen wie auch diejenigen, die damit befasst sind, anzuhören sein werden. Insofern mag dort die weitere Erörterung erfolgen. Da ist der richtige Platz dafür. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Goetz. - Wir kommen zum Beitrag der Linksfraktion. Es spricht der Abgeordnete Loehr.

Loehr (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Köpke! Bereits im April dieses Jahres diskutierte der Landtag lebhaft in der von der CDU beantragten Aktuellen Stunde den damaligen Referentenentwurf des Justizvollzugsgesetzes von zehn Bundesländern. Vor acht Monaten, Herr Eichelbaum, war diese Debatte zumindest in Teilen sehr unsachlich.

Die Linke als verfassungsgebende Partei fühlt sich der Landesverfassung Artikel 54 verpflichtet: Im Strafvollzug ist die Würde des Menschen zu achten. Er muss darauf ausgerichtet sein, den Strafgefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verant-

wortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Uns geht es darum, durch verschiedenste Maßnahmen im Vollzug den Strafgefangenen zu befähigen, nach seiner Entlassung nicht erneut mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, und damit künftige Straftaten zu verhindern.

Wir stehen für einen potenziellen Opferschutz, Sie hingegen schüren Ängste und zeichnen hier ein groteskes Bild. Selbstverständlich wird ein zu langer Haftstrafe Verurteilter sehr viel später Ausgang oder Langzeitausgang erhalten als ein Gefangener, der zu einer kurzen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Es kommt jedoch stets auf die Betrachtung des Einzelfalls an. Denn es gibt durchaus Straftaten bzw. Täter, bei denen trotz der Schwere der Tat eine solche Möglichkeit schon sehr früh in Betracht kommen kann. Wie Sie wissen, handelt es sich in der Regel nicht um den raubenden und mordenden Psychopathen, der durch unsere Wälder und Städte streift, sondern in der Regel geht es um Beziehungstaten.

Warum soll eine Frau, die ihren gewalttätigen Ehemann im Schlaf heimtückisch tötete, für mindestens 10 oder 12 Jahre weggesperrt werden? Damit nehmen Sie billigend in Kauf, dass die Deformation in der Strafhaft Bemühungen um die Wiedereingliederung in die Gesellschaft konterkariert. Deshalb kennt das neue Gesetz auch keine Sperrfrist mehr, diese starre Grenze hat in der Praxis fatale Auswirkungen auf den Vollzugsplan der Gefangenen. Die Anstalten haben so erst nach dem Absitzen von 10 Jahren der Haft mit den notwendigen Maßnahmen zur Eingliederung der Strafgefangenen begonnen. Auch ohne diese Frist werden sich die Anstalten bei zu lebenslanger Haft verurteilten Gefangenen erst nach langen Zeiträumen der Beobachtung und durchgeführter Behandlungsprogramme mit positiven Ergebnissen entscheiden können, in die Gewährung von Lockerungen einzusteigen.

Zudem: Ein Langzeitausgang steht regelmäßig erst am Ende einer längeren Zeit der Erprobung in Ausführung und Ausgängen. Es erfolgt vorher stets eine intensive Einzelprüfung, ob Fluchtgefahr besteht oder der Gefangene den Ausgang für Straftaten missbrauchen könnte. Auf die individuelle Eignung des Strafgefangenen, auf seine Entwicklung kommt es an. Hat er sich beispielsweise um Wiedergutmachung bei seinem Opfer bemüht? Auch hierzu gibt es im Gesetzentwurf § 11 klare Regelungen. Bei zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Strafgefangenen sieht § 48 zudem vor, dass alle Formen der Lockerung - nicht nur bei Langzeitausgang - der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Das führt zu einer noch intensiveren Prüfung der Lockerungseignung, auf die der Gefangene im Übrigen keinen Anspruch hat, er hat lediglich einen Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung.

Zur Arbeitspflicht: Auch wenn Sie das heute nicht gesagt haben - es war in der gestrigen Debatte ein kurzes Thema -: Natürlich ist Arbeit ein wichtiger Baustein, um Gefangene zu resozialisieren. Mitunter - das hat Herr Kuhnert gerade in der Debatte gesagt - mangelt es jedoch in den Haftanstalten an angemessener Arbeit. Der vorliegende Gesetzentwurf bewirkt aus unserer Sicht wichtige Fortschritte, um Rückfallquoten zu verringern und künftige Straftaten zu verhindern und somit die Gesellschaft vor Straftaten zu schützen. Wir bitten um Überweisung in den Rechtsausschuss und freuen uns auf die dortige Debatte. Ihnen allen erholsame Feiertage. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Niels spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Ich schließe an die Rede von Herrn Kuhnert an, der den Rest seiner Redezeit dafür genutzt hat, mich zu erwähnen. Gestern ging es ja um den Haushalt, den Einzelplan 04. Ich habe in meiner gestrigen Rede schon erwähnt, dass ich sehr zufrieden bin, dass in dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Strafvollzug in Brandenburg tatsächlich unser Antrag aus dem Juni des letzten Jahres „Resozialisierung von Straftätern verbessern“, den wir Grüne gemeinsam mit CDU und FDP gestellt haben, Niederschlag gefunden hat. Tatsächlich sind damit Mehraufwendungen verbunden, finanzielle Mehraufwendungen für Umbauten und Ausstattung, die Qualifizierung des Personals und auch zur eventuellen Bereitstellung von mehr Personal - das wird man prüfen müssen.

Denn mit den Lockerungen, die hier vorgesehen sind und die wir sehr begrüßen, ist auch eines verbunden: Lockerungen im Strafvollzug können durchaus sehr personalintensiv sein, denn einige der Straftäterinnen und Straftäter müssen vollumfänglich bis zum letzten Hafttag begleitet werden. Es ist also nicht so, dass man mit dem bisherigen Personal einfach weiterarbeiten kann, sondern wir werden in der Anhörung vor allen Dingen darauf setzen - danke, Herr Kuhnert, ich freue mich auch auf die Debatte -, dass wir all das, was in diesem wunderbaren Gesetzentwurf aufgegriffen ist, in notwendiges Personal und in die notwendige Bereitstellung von Räumen für einen differenzierten Strafvollzug umrechnen.

Ich habe den Antrag „Resozialisierung von Straftätern verbessern“ erwähnt, der hier vor genau anderthalb Jahren von unserer Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit den Fraktionen der FDP und der CDU eingereicht wurde. Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg hatte damals gesagt, dass sich alle Punkte in dem Gesetzentwurf wiederfinden werden, den zehn Bundesländer geschaffen haben. Das ist richtig so. Was mich sehr erschüttert hat, ist, dass ich erst gar nicht verstanden habe, warum Danny Eichelbaum mich bittet, ihn hier heute nicht zu kritisieren, aber nach seiner Rede festgestellt habe, warum er mich gebeten hatte. Ich verstehe gar nicht, warum der Justizminister aufgefordert wurde, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Aber ich werde mit dem Kollegen von der CDU darüber reden, ob wir vielleicht einen Gegenentwurf einbringen wollen, der noch innovativer ist - ich bin sehr gespannt darauf.

Ich möchte tatsächlich im Rahmen der Anhörung im Rechtsausschuss qualifiziert diskutieren, ob wir es machen wollen, wie Hamburg es getan hat, so wie es jetzt im Entwurf steht: Lockerung in dem Sinne, dass die Möglichkeit besteht, ab dem ersten Hafttag den Antrag zu stellen - was nicht automatisch bedeutet, ihn genehmigt zu bekommen -, oder ob wir den Schwanz einziehen - das machen die in Rheinland-Pfalz - und einfach auf die Regelung der zehn Jahre zurückfallen, total egal, wie unsinnig das sein mag, uns einfach dem zu beugen, was die sogenannte öffentliche Meinung fordert. Denn es ist kein Gesetz zum Opferschutz - und ich diskreditiere kein einziges Opfer, wenn ich mich darum kümmere, dass Personen, die

straffällig geworden sind, zu einem rechtskonformen Leben zurückfinden!

(Beifall GRÜNE/B90, DIE LINKE und SPD)

Das sind zwei verschiedene Baustellen, und es gibt überhaupt keinen inhaltlichen Widerspruch! Es ist auch keine Fachdebatte, wenn man den künstlich konstruiert. Mich interessiert natürlich die öffentliche Meinung, und ich höre sie mir auch an und sage dann auch etwas zu dem Thema „Täter-Opfer-Ausgleich“ oder auch zur Stiftung für den Opferschutz. Ich habe auch zusammen mit dem Weißen Ring zum Thema „Opfer“ Schulklassen durch Ausstellungen geführt, habe mit der Polizei zum Thema Prävention zusammengearbeitet: Wie wird man tatsächlich stark und kräftig und kann sich auch gegen Angriffe wehren? usw. usf. Aber wir müssen diese Themen sauber trennen, denn letzten Endes verhindern wir weitere Opfer, wenn wir gestärkte Persönlichkeiten aus der Haft entlassen. Und gestärkt ist man nicht, wenn man zehn Jahre im geschlossenen Vollzug war. Das ist eine Erkenntnis, die sich breit durchgesetzt hat, und die dürfen wir auch vertreten. Wir bilden auch eine öffentliche Meinung, wenn wir als Politikerinnen und Politiker gut qualifiziert, mit Einfühlungsvermögen, aber auch mit fachlicher Präsenz in die Öffentlichkeit gehen, unsere Meinung kundtun und unsere Debattenbeiträge einbringen. Dazu sind wir, verdammt noch mal, verpflichtet! Und wir haben gefälligst die Erkenntnisse aus den Justizvollzugsanstalten und die der Forensik einzuflechten. Das ist die Aufgabe, Wissenschaft und Praxis zu verbinden und politisch sinnvolle Entscheidungen zu fällen.

„In Unfreiheit ein selbstständiges rechtskonformes Leben für die Freiheit einzuüben stellt eine besondere Herausforderung dar.“

Das habe ich vor anderthalb Jahren gesagt. Damit will ich nochmals betonen: Die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst ist schon deswegen wichtig, weil sie einen verdammt harten Job haben, sie müssen nämlich auch jeden Tag in den Knast. - Danke.

(Beifall GRÜNE/B90, DIE LINKE und FDP)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, alle haben sich auf die Debatte im Ausschuss und die dortigen Anhörungen gefreut. Darf ich davon ausgehen, dass wir, um die Überziehung des Ministers wettzumachen, keine neue Runde eröffnen? - Ich stelle zumindest keinen lautstarken Widerspruch fest. Das Thema wird uns also weiter begleiten.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Antrags in der Drucksache 5/6437 an den Rechtsausschuss. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist beides nicht der Fall. Damit ist dieser Gesetzentwurf in 1. Lesung überwiesen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Landnutzungspolitik für die Entwicklung und den Erhalt ländlicher Regionen gemeinsam denken, konkrete Umsetzung ermöglichen, dem Land dienen!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/4764

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Infrastruktur
und Landwirtschaft

Drucksache 5/6287

Die Debatte beginnt mit dem Beitrag der antragstellenden Fraktion. Der Abgeordnete Beyer spricht.

Beyer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich heute diesen Antrag über mehrere Fraktionen hinweg einführen darf. Ich habe gleich zu Beginn eine gute Nachricht: In diesem Antrag taucht das Wort „Wolf“ oder „Wölfe“ nicht auf, und trotzdem ist es uns gelungen, hier über mehrere Fraktionen hinweg zu einem Konsens zu kommen.

Wie ist es dazu gekommen? Am 24. Januar hat die SPD-Fraktion eine Pressemitteilung herausgegeben, der ein sozialdemokratisches Positionspapier angefügt war, das zwölf Punkte benannte, von denen einer bereits Beschlusslage zwischen meiner Fraktion und den Regierungsfractionen war. Zwölf Punkte gleich zwölf Ziele, allerdings fehlten konkrete Umsetzungen. Deshalb hatten wir uns erlaubt, am 22. Februar dieses Jahres einen Antrag zu stellen, in dem wir den zwölf Zielen zwölf Vorschläge zur konkreten Umsetzung zugefügt haben.

Wir haben diesen Antrag am 22. Februar - was mich sehr gefreut hat - fraktionsübergreifend in den federführenden Ausschuss zur Beratung überwiesen. Daraufhin kam es am 15.05. zu einem Fachgespräch zwischen den Fachpolitikern aller Fraktionen, in dem wir der Frage nachgegangen sind: Was können wir gegebenenfalls aus diesen zwölf Zielen und zwölf Vorschlägen gemeinsam auf den Weg bringen? - So ist es uns schließlich gelungen, aus zwölf Zielen der SPD und zwölf liberalen Umsetzungsvorschlägen immerhin über vier Fraktionen hinweg acht konkrete Umsetzungsaufforderungen an die Landesregierung zu formulieren.

Ich möchte jetzt nicht auf alle acht eingehen, sondern die wesentlichen - auch meiner Redezeit wegen - kurz herausgreifen: Wir sind uns einig, dass es zu einer deutlich geringeren Flächeninanspruchnahme kommen muss - ein hohes Ziel. Gerade im Kontext mit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und der Förderpolitik der Landesregierung sollen Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Forstwirtschaft sowie in der Fischerei gestärkt werden.

Ein nächster Punkt beschäftigt sich mit den sogenannten Totalreservaten, jenen Flächen, die wir aus der Landnutzung herausnehmen wollen. Dies soll zukünftig nur noch aufgrund freiwilliger Selbstverpflichtung des Eigentümers möglich sein. Ich halte auch das für wichtig, denn diese Gebiete greifen natürlich auch im ökonomischen Kontext erheblich in die Interessen der Landnutzer ein. Ich denke, auch das ist eine richtige Forderung: Für diese sogenannten Naturentwicklungsgebiete sollen verbindliche Zielflächen fixiert werden.

Ein Punkt, mit dem wir uns gestern intensiv beschäftigt haben - auch wenn wir uns vom Grundsatz her einig sind: Auf der Bundesebene soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass zukünftig Ersatzzahlungen der Realkompensation gleichgestellt werden. Ich glaube, dies ist einerseits für die Unternehmen wichtig, die dadurch Planungssicherheit erhalten, auf der anderen Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - da habe ich die gestrige Aussage mit den Schmutz- und Schutzzecken nicht so ganz verstanden -, geht es auch darum, dass gerade auch diese Schutzzecken besser finanziert werden können. Ich denke, auch das ist wichtig. Ein weiterer sehr entscheidender Punkt: Die agrarische Forschung, Aus- und Weiterbildung sollen auf einem hohen Niveau fortgesetzt und das Versuchswesen soll sichergestellt werden - auch dies ein Punkt, mit dem wir uns vielfach beschäftigt haben und der uns auch haushalterisch vor einige Herausforderungen stellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast alle Fraktionen haben gemeinsam einen guten Antrag erarbeitet, der einen tatsächlichen Beitrag zur - da verwende ich das Wort gern einmal - nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume leisten kann. Wir haben gemeinsam über eine Landnutzungspolitik für die Entwicklung und den Erhalt der ländlichen Räume nachgedacht. Wir wollen gemeinsam konkrete Umsetzungen ermöglichen, und wir wollen damit gemeinsam dem Land dienen.

Leider ist es noch nicht mein letzter Tagesordnungspunkt, sonst wäre es fast ein perfekter Abgang für dieses Jahr. Dennoch möchte ich jetzt schon dafür werben, dass wir dann wirklich auf diesem großen gemeinsamen Fundament zu einer Beschlussfassung kommen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Folgart setzt die Debatte für die SPD-Fraktion fort.

Folgart (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Beyer, ich gebe gern den Dank an Sie zurück und bin auch sehr dankbar, dass Sie das SPD-Positions- und Diskussionspapier angesprochen haben. Dieses Papier war mit Ihrem Antrag der Auslöser dafür, dass der Ball überhaupt ins Rollen kam. Dafür bin ich sehr dankbar, weil wir uns, glaube ich, eine gute gemeinsame Position erarbeitet haben. Ich bin froh, dass die Fraktionen dieses Landtages nach wirklich intensiver Diskussion diese heute zu beschließende Ausschussempfehlung auf den Weg gebracht haben. Nur - Herr Beyer hat es erwähnt - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich dem Antrag nicht anschließen, was schade ist, wie ich meine, und, ehrlich gesagt, verstehe ich diese Entscheidung nicht, denn die Flächennutzung in Brandenburg steht wie in ganz Deutschland im Spannungsfeld zwischen landwirtschaftlicher Produktion, städtischer Entwicklung, der Energiewende - ich verweise in diesem Zusammenhang auf Windparks - und zunehmenden Ansprüchen an Natur und Landschaft. Landnutzungskonflikte sind vielerorts die Folge.

Angesichts weltweit knapper Nahrungsmittel und in Zeiten der Energiewende ist die Frage mehr denn je erlaubt, wie viel

Extensivierung der Landwirtschaft in Brandenburg, in Deutschland, ja in Europa noch verantwortlich ist - oder anders gesagt: Kommt es nicht vielmehr darauf an, in der Gunstlage Mitteleuropas nachhaltig hohe Erträge zu erzeugen? Ich weiß, wir sind aufgrund unserer Standortbedingungen etwas benachteiligt, aber wir gehören in diese klimatische Gunstlage hinein.

Ich möchte noch einmal sagen - Frau Niels, nicht, dass ich falsch verstanden werde -, was ich gestern gesagt habe: Die neue Förderperiode wird, wenn wir den finanziellen Rahmen abgesteckt haben, auch dahin gehend zu bewerten sein, wie wir das Thema Regionalität, Wertschöpfung vor Ort auch unter Berücksichtigung des Umstellungsprozesses auf biologische Anbauverfahren, auf den Ökolandbau, bewerten. Aber das ist ein Thema, das wir mit der neuen Förderperiode, wenn der Rahmen abgesteckt ist, neu angehen müssen. Das möchte ich sagen, weil ich denke, dass es kein Widerspruch ist, den Markt tatsächlich regional zu sehen, den Markt national und auch international zu sehen. Wir können mittlerweile feststellen - deshalb habe ich den Begriff hohe Erträge, Intensivierung der Produktion angesprochen -, dass wir mittlerweile auch schon bei dem einen oder anderen Ackerkulturgut - wenn ich zum Beispiel Getreide und Raps nehme - ein Exportland geworden sind.

Aktuell ist in der Tat die Politik gefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und auch das wichtige Nachhaltigkeitsziel in Deutschland zu erreichen. Dazu sollten wir unseren Beitrag leisten, in Deutschland maximal 30 Hektar Flächenverbrauch pro Tag zuzulassen. Neben den Eingriffen durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen müssen in Zukunft auch die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen intelligenter und flächenschonender durchgeführt werden. Nochmals, verehrte Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an Sie gerichtet: Es ist dem Naturschutz nämlich bisher nicht gelungen, die Entsiegelung ungenutzter Siedlungs- und Verkehrsflächen als funktionalen Ausgleich für eine Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen durchzusetzen. Stattdessen haben die ergriffenen Kompensationsmaßnahmen oftmals zu einem weiteren Verlust landwirtschaftlicher Fläche geführt. Der Naturschutzausgleich muss zukünftig gezielter, kooperativer und flächenschonender umgesetzt werden. Dazu zählen als wichtiger Ansatz die von Herrn Beyer auch schon angesprochenen Ersatzzahlungen.

Die gezielte Nutzung der europäischen Fonds, besonders des ELER-Fonds, wird weiterhin ein Schlüsselinstrument für die Entwicklung ländlicher Räume in Brandenburg sein.

Abschließend will auch ich darauf hinweisen, dass der agrarischen angewandten Forschung und Lehre zur Lösung der Fragen der Nahrungsmittelproduktion, der Biomassestrategie, der Energiewende, aber auch der Biodiversitätsstrategie keine Alternative entgegengestellt werden kann. Das landwirtschaftliche Versuchswesen zu erhalten ist ebenfalls alternativlos. Deshalb weise ich auch hier nochmals auf die Beschlussempfehlung hin.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen der FDP, der CDU und natürlich auch bei der Fraktion DIE LINKE als unserem Koalitionspartner, dass wir dieses Papier so gut hinbekommen haben. Ich würde mich freuen, wenn die Beschlussempfehlung

vom Hohen Haus dann auch so mitgetragen wird. - Herzlichen Dank, frohe Weihnachten, alles Gute im neuen Jahr.

(Beifall)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Dombrowski spricht.

Dombrowski (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorredner haben den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, die Linke, CDU und FDP, die damit verbundene Beschlussempfehlung des Fachausschusses bereits vorgestellt. Ich möchte mich kurz fassen und deshalb nur zwei Punkte beleuchten.

In der ersten Befassung mit dem Antrag der FDP hatte die CDU noch einen Entschließungsantrag mit dem Handlungsauftrag an die Landesregierung eingebracht, dem Fachausschuss das vor mittlerweile fast zwei Jahren zugesagte Gesamtkonzept zur Entwicklung des Landesamtes für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung endlich vorzulegen. Dies hat den Ausschuss bis heute leider nicht erreicht, aber auch wir haben in der vorweihnachtlichen Zeit Wünsche, und wir hoffen, dass es im nächsten Jahr geschieht.

Hintergrund ist das landwirtschaftliche Versuchswesen, das in das Landesamt integriert ist. Letztendlich geht es um den Erhalt und die Weiterentwicklung dieser anwendungsorientierten Forschung für die landwirtschaftliche Praxis. Gerade in der Frage neuer Sorten und Züchtungen sowie Züchtungsmethoden ist dies eine wichtige Angelegenheit. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch an die Diskussion um die Obstbauversuchsstation in Müncheberg erinnern, die den Anlass darstellte, aus dem wir uns mehrmals im Fachausschuss mit dem landwirtschaftlichen Versuchswesen insgesamt beschäftigt haben.

Unseren Entschließungsantrag mit der Drucksachennummer 5/4800 konnten wir nach den Beratungen unter den Kollegen, die Verantwortung für Agrarpolitik tragen, zurückziehen; unsere Forderung findet nunmehr im Punkt 7 der Beschlussempfehlung ihren Niederschlag. Der Entwurf der nächsten ELER-Verordnung, aber auch die Gemeinschaftsaufgabe zur Stärkung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes bieten hoffnungsvolle Ansätze, um dem landwirtschaftlichen Versuchswesen in Brandenburg wieder auf die Füße zu helfen. Ein wichtiger Schwerpunkt der kommenden EU-Förderperiode ist die Förderung von Innovationen und des Wissenstransfers. Deshalb begrüßen wir diesen Punkt ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, der Kollege Folgart hat gerade über Anforderungen an den Naturschutz gesprochen. Ich möchte an die Debatte von gestern erinnern und darauf verweisen, dass die Regierungsfaktionen sich nicht davon haben abhalten lassen, einem verfassungswidrigen Naturschutzgesetzentwurf Gesetzeskraft zu verleihen. Die von den Regierungsfaktionen eingebrachte Änderung in puncto Gleichstellung von Ersatzgeld und naturschutzfachlicher Realkompensation verstößt - ich wiederhole es - gegen den abweichungsfesten Grundsatz in § 13 des Bundesnaturschutzgesetzes und damit auch gegen das

Grundgesetz. Das heißt, wir können im Land derzeit keine Ersatzzahlungen verlangen, wenn dadurch der Naturraum besser aufgewertet wird als durch einen realen Ausgleich bzw. Ersatz des Eingriffs in Natur und Landschaft. Deshalb begrüßen wir den Handlungsauftrag an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeld einzusetzen, weil gerade das dazu beitragen kann, den Verbrauch an landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verringern. Wenn in diesem Punkt das Naturschutzgesetz geöffnet wird, was auch die CDU für notwendig erachtet, haben wir damit kein Problem, sondern würden diesen Schritt sehr begrüßen. Im Moment ist dies jedenfalls so nicht möglich, da rechtswidrig.

Herr Jungclaus, die Gleichstellung von Ersatzgeld und Realkompensation bedeutet ja nicht, dass gar keine entsprechenden Aufwertungen im Naturhaushalt mehr stattfinden. Ersatzgeld fließt in Brandenburg an die Stiftung Naturschutzfonds, in dessen Stiftungsrat Sie als Vorsitzender des Umweltausschusses Mitglied sind. Es bleiben dennoch Zweifel; das habe ich gestern ausgeführt. Die Ersatzzahlungen müssen entsprechend der Satzung zweckgebunden eingesetzt werden, das heißt, für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft. Leider ist das in der Vergangenheit nicht immer geschehen, und unsere Bedenken sind, dass das in Zukunft noch öfter nicht geschehen könnte.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich abschließend bei allen Kolleginnen und Kollegen für die sehr sachorientierte Zusammenarbeit bedanken und freue mich, wenn die Beschlussempfehlung des Fachausschusses heute mehrheitlich - daran besteht ja gar kein Zweifel, aber man sagt das eben so - die Zustimmung des Hauses erfährt.

Ich bedanke mich, wünsche Ihnen allen ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr, auf dass wir uns alle fröhlich wiedersehen. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Luthardt spricht für die Linksfraktion.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Langsam legt sich der Weihnachtsfrieden über dieses Parlament. Wir können bald die ersten Kerzen anzünden. Aber ich denke, Kollegin Niels wird dann etwas pusten, damit noch einmal ein bisschen Drive in diese Geschichte hineinkommt.

Ja, es ist eine schöne Sache, dass sich vier Fraktionen zur Landnutzung in Brandenburg bekennen. Das sehe ich als durchaus positiv an. Ich möchte jedoch noch zwei bzw. drei Punkte herausgreifen. Ich hoffe, Sie hören mir noch zu. Es sind noch ein paar Überlegungen darin, über die wir bisher noch nicht gesprochen haben.

Ich möchte zunächst noch einmal auf das Thema Verringerung des Flächenverbrauchs kommen. Es geht vorrangig um die landwirtschaftliche Fläche. Hier steht zwar, dass wir den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag reduzieren. Aber noch liegen

wir in Deutschland bei 129 ha pro Tag. Das sind 168 Fußballfelder. Das ist eine Zahl, die wir uns alle durch den Kopf gehen lassen sollten. Interessant ist natürlich für uns in Brandenburg: Wohin gehen diese Flächen, wie verschieben sie sich auch untereinander? Ich habe einmal in den Statistischen Jahrbüchern der letzten Jahre nachgeschaut. Es ist deutlich geworden, dass die landwirtschaftliche Fläche in Brandenburg von 2000 bis 2011 um rund 15 000 ha abgenommen hat, die Siedlungs- und Verkehrsflächen jedoch im gleichen Zeitraum um 30 000 ha zugenommen haben. Der höchste Wert des Flächenverlustes war übrigens in den Jahren 2004 bis 2008. Ich dachte, das wäre in den 90er-Jahren der Fall gewesen. Mittlerweile ist es so, dass nicht mehr 7, sondern 10 % der Fläche im Land Brandenburg unter Asphalt und Beton ist. Das, denke ich, sollten wir uns auch überlegen. Aber die Landesregierung steuert ja Gott sei Dank dagegen, indem wir weniger Straßen bauen. Das ist doch schon mal was.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Aber auch der Wald hat zugenommen. Von 2000 bis 2011 hat die Waldfläche in Brandenburg um 16 000 ha zugenommen - das ist auch sehr interessant -, und zwar größtenteils auf Kosten der landwirtschaftlichen Fläche. Ich bin zwar Förster, aber ich möchte hier trotzdem einmal die Frage stellen - wir können das ja irgendwann einmal diskutieren, nach Weihnachten, wenn alle Bäume weg sind -: Brauchen wir in Brandenburg noch mehr Wald? Brandenburg ist ein sehr walddreiches Bundesland, müssen wir da noch mehr Fläche haben?

Ziel muss neben der Reduzierung des Flächenverbrauchs die bessere Abstimmung, die bessere Koordination zwischen den Flächennutzern sein. Das sind ja nicht nur Bauern, nicht nur Förster, sondern auch die Windkraft steht dahinter. Ich denke, es ist Aufgabe der Gemeinsamen Landesplanung und der Regionalen Planungsgemeinschaften, hier koordinierend einzugreifen. Ich habe mich neulich gerade wieder kundig gemacht, die Regionalen Planungsgemeinschaften machen im Augenblick nichts weiter als Wind, die machen im Augenblick nur den Teilplan Wind. Es fehlt also ein koordiniertes Zusammengehen von mehreren Teilplänen. Ich denke, das müssen wir unbedingt in den nächsten Jahren wieder besser hinbekommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernig [DIE LINKE])

- Danke.

Ein nächster Punkt sind die Wertschöpfungsketten, die wir fördern wollen. Das ist aus meiner Sicht ein sehr wichtiges Anliegen. Es gibt Förderprogramme für einzelne Vorhaben, für einzelne Betriebe usw. Ich denke, das ist das, wovon wir in Zukunft wegkommen müssen. Wir müssen eine Verbindung des Fonds für den ländlichen Raum, also ELER, und des Fonds für regionale Entwicklung, EFRE, hinbekommen. Es ist ganz wichtig, dass wir Programme haben, die aus beiden Fonds gespeist werden. Es ist für den ländlichen Raum ganz wichtig, dass wir das für die verarbeitende Industrie, die landwirtschaftliche Produkte verarbeitet, erreichen. Denn wir haben ein Defizit in unserem Land, wir haben leistungsfähige Landwirtschaftsbetriebe, Gartenbau, Fischerei, die Rohprodukte oder Produkte der ersten Verarbeitungsstufe herstellen. Diese Produkte verlassen Brandenburg, und die Wertschöpfung findet an

einem ganz anderen Ort statt. Wir müssen es hinbekommen, dass die Wertschöpfung hier in Brandenburg stattfindet.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe ein Beispiel: Wir haben in Brandenburg sehr viele Landwirtschaftsbetriebe, die Rinder halten, aber wir haben keinen einzigen Betrieb in Brandenburg, der Rindfleisch verarbeitet. Das ist ein ganz großes Defizit.

Zur Wertschöpfungskette gehört natürlich auch die Vermarktung. Ich meine nicht nur die Hofläden, die zwar auch ganz schön sind, sondern auch die Listung bei großen Handelsketten. Da möchte ich Ihnen auch ein Beispiel nennen: Ich war sehr froh, als ich jetzt in der Vorweihnachtszeit bei Netto war und dort im Regal Hemme-Milch und Butter von Hemme gefunden habe. Das ist ein regionaler Milcherzeuger aus meinem Nachbardorf. Ich finde, das ist ein guter Weg, wenn wir das so weitermachen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir hier weiterkommen. Ich hätte Ihnen noch viel zu sagen. Aber ich wünsche Ihnen ebenfalls ein frohes Fest. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Niels setzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau Niels (GRÜNE/B90): *

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag wird von Frau Tackmann, Abgeordnete der Linken im Bundestag, bestimmt eine riesengroße Unterstützung und einen tosenden Applaus dafür bekommen, dass sich unsere Fraktion heute gegen den Punkt 6 im vorliegenden Antrag ausspricht und keine Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzzahlungen als Initiative dieser Landesregierung begrüßt.

Genau das ist der springende Punkt und der Grund, warum wir diesen Antrag nicht unterzeichnet haben.

Ansonsten ist er voller Belanglosigkeiten, denn er enthält keine Zielzahlen.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Oh!)

- Nein, Frau Hackenschmidt, nicht stöhnen, lesen! Sie werden sehen - Sie sind ja wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion -, dass tatsächlich alles schon von Ihnen erfüllt werden kann, auch in dieser Förderperiode.

Da wird mir auch der Kollege Udo Folgart zustimmen: Diese winzige Summe von 150 000 Euro für die Umstellung auf Ökolandbau wäre in diesem Millionentopf, den wir von der ELA und überhaupt aus den Strukturfonds der EU jetzt schon - und 2013 und 2014 - im Haushalt haben, enthalten gewesen. Es wäre gestern im Haushaltsausschuss möglich gewesen, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Folgart [SPD]: Wenn Sie dem Antrag zugestimmt hätten, hätte man das machen können!)

- Ja, wenn Punkt 6 herausgestrichen worden wäre, Herr Folgart, würde unsere Unterschrift auf diesem Landnutzungsantrag stehen, weil er niemandem wehtut. Allerdings führt er das Land Brandenburg auch nicht allzu weit. Es war ja bis zum Schluss mein hoffnungsvoller Wunsch an Sie, Herr Folgart, dass Sie diese Forderung einfach ausgliedern.

Politisch ist es also so, dass die Linke hier leider gar keine linke Politik macht, sondern zugunsten eines Weichwurstpapiers eingeknickt ist - schade.

Ich sage es einmal so: Herr Folgart hat gefragt, warum wir gegen diesen Punkt sind. Das ist ganz einfach zu erklären. Dazu lese ich einmal § 15 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz vor:

„Bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.“

Das ist doch fantastisch! Sogar Ersatzzahlungen sind doch heute schon möglich. Übrigens kam vom Landesrechnungshof bereits die Kritik, dass der Naturschutzfonds Gelder - die Ersatzmaßnahmen für den BER - aufgespart habe. Das ist genau das Problem: Die Ersatzgelder sind nämlich nicht zweckgebunden. Dann müssen wir landesrechtlich regeln, dass Ersatzgelder dorthin fließen, wohin sie sollen, und das muss nicht über die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes geschehen.

Warum nicht? Für die 180 Fußballfelder, diese versiegelten Flächen, von denen Herr Luthardt gesprochen hat, ist doch - bitte - nicht der Naturschutz hauptverantwortlich. Wir haben ein Versiegelungsproblem aufgrund von Gewerbegebieten, aufgrund der Neuerrichtung von Siedlungen und aufgrund der Infrastruktur.

(Beifall GRÜNE/B90)

Und dann frage ich mich, warum in diesem Papier das wirklich lobenswerte Ziel, dass man landwirtschaftliche Flächen erhält, nicht unterfüttert ist. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht ab dem Jahr 2017 in Brandenburg eine Zielzahl von 1,3 Hektar Flächenverbrauch pro Tag vor. 2007 standen wir übrigens bei 8,3 Hektar pro Tag. Und dass das Bundesumweltamt als Zwischenziel von 2012 bis 2015 3,5 Hektar pro Tag vorsieht, kann man in solch einen Antrag ruhig auch schreiben.

Aber hier fehlt es einfach an konkreten Zielsetzungen. Die Landnutzungskonflikte, die in der wirklich blumigen Rede von Herrn Luthardt genannt wurden - auch Herr Folgart hat etwas

dazu gesagt -, werden mit diesem Antrag auch nicht geheilt, denn wir haben uns immer noch nicht darüber verständigt, wie man tatsächlich einmal zu einem Landnutzungskonzept kommen will, in dem all diese Anforderungen geprüft werden. Wir sollen Flächen zur Produktion von Nahrung und für erneuerbare Energien in Form von Kurzumtriebsplantagen, Wind, Solar - wie auch immer - bereitstellen. Wir wollen Reservate, wir wollen Wald zur Erholung, wir wollen alles Mögliche - das ist richtig, diesen Konflikt sehe ich auch. Aber der wird hierdurch nicht geheilt, und deswegen stimme ich auch nicht zu - das Problem mit Punkt 6 hatte ich genannt -, schade. Aber: Auf ein Neues, nächstes Jahr behandeln wir einfach das Thema noch einmal.

(Beifall GRÜNE/B90 - Zuruf der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

- Ein Neues - ein neuer Antrag!

Präsident Fritsch:

Der Kollege Luthardt hat das Bedürfnis nach einer Kurzintervention.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Ich muss es doch noch einmal sagen - Frau Niels hat ein wenig kräftig in die Kerze gepustet -: Sie meinte, dass in diesem Antrag die linke Politik, die linke Handschrift nicht erkennbar seien. Ich möchte sagen: Wir haben uns sehr wohl und sehr intensiv mit den einzelnen Punkten beschäftigt und hart darum gerungen. Das will ich für meinen Teil eindeutig sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Frau Niels, Sie dürfen darauf reagieren.

(Oh! bei der SPD - Schippel [SPD]: Es ist doch fast Weihnachten!)

Frau Niels (GRÜNE/B90): *

Die Weihnachtsaufführung hat Herr Luthardt mit zweimaliger Aussage, ich würde pusten, gestartet, und ich möchte mich dazu äußern. Wenn wir uns hier ständig darüber austauschen, dass die Grünen in dem einen Land das eine und in dem anderen Land das andere machten, dass die Grünen so schlimm und für alles verantwortlich seien, werde ich wohl einmal sagen dürfen, dass die Linke mir mit ihrem ökologischen Landwirtschaftskonzept eigentlich nahe ist, Kollege Luthardt. Es ist tatsächlich so, dass ich vernetzt denken kann und dazu in der Lage bin, mich mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der Linken auseinanderzusetzen. Da ist es eben nicht so, dass sie auch nur ansatzweise darauf Rücksicht nehmen, was sie auf Parteitage eigentlich fordern. Das ist traurig, weil ich gehofft hatte, dass es hier inhaltliche Auseinandersetzungen gibt. Die SPD regiert - das ist sichtbar -, aber dass die Linke hier an irgendetwas mitgearbeitet hat, habe ich in diesem Papier überhaupt nicht erkannt - im Gegenteil.

(Beifall GRÜNE/B90 - Schippel [SPD]: Solange Sie immer die Inhalte bestimmen wollen, geht das auch nicht!)

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss der Debatte kommen wir zum Beitrag der Landesregierung. Minister Vogelsänger spricht.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich halte den Antrag für bedeutender, als das hier dargestellt wird.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Ich halte ihn für sehr bedeutend.

Noch einmal zu den Grünen: Der Ablehnungsgrund „Punkt 6“ ist doch bloß vorgeschoben!

(Beifall SPD)

Es geht jetzt um die Zukunft des ländlichen Raums, und mich hat ein Stück weit bestürzt, was Herr Vogel in der Haushaltsberatung gesagt hat: dass die Wertschöpfung der Landwirtschaft in Brandenburg minimal sei. - Das hat Herr Vogel gesagt.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Stimmt ja auch!)

In dem Antrag steht - vielleicht haben Sie deshalb nicht unterschrieben -, dass Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Gartenbau das Rückgrat des ländlichen Raumes sind, und dafür müssen wir weiter kämpfen. Die Menschen wollen Zukunft im ländlichen Raum, und sie wollen auch Arbeit im ländlichen Raum.

(Beifall SPD)

Das alles ist keine Selbstverständlichkeit. 2014 beginnt eine neue Förderperiode der EU. Es wird ein großer Kampf werden, dass die Möglichkeiten, die wir jetzt für die Landwirtschaft bzw. für den ländlichen Raum haben, entsprechend erhalten bleiben - das ist keine Selbstverständlichkeit. Da sind solche Beschlüsse - ich gehe davon aus, dass sie von FDP, CDU, SPD und den Linken mitgetragen werden - eine große Unterstützung. Ich habe auch gar kein Problem damit, dass die Landwirtschaftsminister - unter ihnen drei Grüne, jetzt müssen Sie aufpassen - einstimmig Beschlüsse fassen, um Frau Aigner und die Kanzlerin bei den Verhandlungen in Brüssel zu unterstützen. Das ist doch kein Problem, wir sollten doch hier keine ideologische Politik machen, wir sollten Politik für die Menschen machen, Politik für die Menschen im ländlichen Raum!

(Beifall SPD und CDU)

Dass die Konflikte da sind, ist doch logisch. Ich habe in zwei Fraktionen den Bedarfsplan bzw. das Vorhaben Bundesverkehrswegeplan vorgestellt. Das wird zu Konflikten führen - ist doch völlig logisch -, und das muss man dann entsprechend diskutieren und abwägen. Dafür ist auch und gerade mein Ministerium - das Ministerium für Stadt und Land und selbstverständlich für Verkehr und ländliche Entwicklung - da. Das werden wir sehr verantwortungsbewusst auch auf Grundlage dieses Antrags machen.

Ich bedanke mich bei den vier Fraktionen. Es ist keine Schande, wenn aus einem sozialdemokratischen Papier ein Gesamt-

papier dieses Landtags - ausgenommen die Grünen - wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste erschöpft, aber die Chance der Zustimmung durch alle fünf Fraktionen besteht natürlich immer noch.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft in der Drucksache 5/6287. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen, eine verpasste Chance, aber trotzdem mehrheitlich angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Den ÖPNV im Land Brandenburg fahrgastfreundlich gestalten

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/6465

Ferner liegen Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/6512 sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/6561 vor.

Wir beginnen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Genilke spricht zu uns.

Genilke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wunsch nach mehr Bus- und mehr Bahnverkehr im Land ist verständlich. Wir haben einen Bedarf an Mobilität, und dieser wird trotz demografischer Entwicklung und der sich flexibilisierenden Arbeitswelt eher steigen als abnehmen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dessen, was der Minister gerade gesagt hat - dass wir sehr wohl pragmatische Lösungen brauchen, auch und gerade für den Bahnverkehr im Land -, haben wir diesen Antrag eingebracht.

Was ist geschehen? Wir haben seit dem 9. Dezember eine Neuregelung: Demnach ist jeder, der ohne Fahrschein im Zug erscheint, automatisch ein Schwarzfahrer. Das ist neu, das war vorher nicht so. Deshalb ist es aus unserer Sicht und aus der der Grünen - denn mit denen gemeinsam bringen wir diesen Antrag ein - wichtig, dass wir dieses Thema hier im Landtag besprechen.

Warum sage ich das? Es ist eine völlig andere Situation, im ländlichen Raum eine Fahrkarte zu kaufen als in der berlin-nahen Region und in Berlin selbst, wie wir es schon vom Minister gehört haben. Das ist immer etwas anders, das ist auch gut so.

Aber wir haben eine andere Wirklichkeit. In meiner Heimatstadt komme ich vor 6 Uhr gar nicht ins Bahnhofsgebäude, habe also gar keine Chance, an den Automaten, die sich im Empfangsbereich des Bahnhofsgebäudes befinden, einen Fahrschein zu erwerben. Außerdem sind die Fahrscheinautomaten oft defekt. Viele ältere Leute sind nicht in der Lage, sich in der Tarifstruktur des VBB zurechtzufinden, und mit diesen Automaten schlichtweg überfordert. Oft steht auch eine lange Schlange vor den Automaten, sodass ich selbst dann, wenn ich pünktlich genug an einem Bahnhof erscheine, nicht in der Lage bin, einen Fahrschein zu erlangen. Das würde mich dann automatisch und völlig unbeabsichtigt in die Situation bringen, ein Schwarzfahrer zu sein. Das halte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, für falsch.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können es nicht schaffen, Leute dafür zu gewinnen, vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, wenn wir es vorher nicht hinbekommen, dass ein Zugang zu diesen Verkehrsmitteln tatsächlich gelingt, ohne von vornherein stigmatisiert zu werden. Was wir brauchen, ist auf jeden Fall eine Zugänglichkeit von Fahrscheinautomaten an allen Bahnhöfen oder aber - und diesen Vorwurf mache ich an dieser Stelle - die Möglichkeit, im Zug einen Fahrschein zu erwerben. Letzteres darf nicht, wie Herr Franz uns in der Anhörung glauben machen wollte, in der Kulanz des Zugbegleiters liegen. Denn er muss entscheiden, ob das jetzt ein Schwarzfahrer ist oder nicht. Das bringt Frust. So kann das nicht funktionieren; denn er ist nicht der Richter darüber, ob ich zu einem Fahrschein hätte kommen können oder nicht. Es leuchtet mir auch nicht ein, dass ein Zugbegleiter angeblich in der Lage ist - so ist es uns gesagt worden -, Informationen darüber abzufordern, ob gerade der Automat nicht funktioniert. Dem kann ich mich nicht anschließen. Wir müssen vielmehr sehr viel einfacher mit diesen Dingen umgehen.

Aus der Antwort auf eine von mir gestellte Anfrage geht hervor, dass der VBB gar nicht in der Lage ist, aktuelle Zahlen vorzulegen, wo überhaupt schwarzgefahren wird. Darum geht es ja. Wir wollen natürlich die 250 Millionen Euro Verlust, die uns insgesamt in Deutschland die Schwarzfahrerei kostet, minimieren. Dafür stehe ich auch. Wir wollen einen ehrlichen Bahnverkehr haben. Aber wir können nicht alles über einen Kamm scheren. Ich denke, es muss möglich sein, einen Zug zu besteigen, wo deutlich erkennbar ist, wo der Zugbegleiter sitzt, damit er mir eine Fahrkarte verkaufen kann. Es muss so sein, dass sich ein Fahrscheinautomat auch im Zug befindet; das gibt es auch schon, aber noch nicht überall.

Ich bin mir ziemlich sicher - das werden genauere Zahlen und Erhebungen bestätigen -, dass dieses Schwarzfahren vor allem auf den Strecken auftritt, wo die Züge überfüllt sind. Das ist nun einmal in dem Berliner Bereich der Fall. Dann muss ich dafür sorgen, dass ich dort die nötigen Dinge in Ordnung bringe. Es kann doch nicht sein, dass ich in den demografisch schwierigen Räumen unseres Landes nur deshalb, weil sich dort kein vernünftiger Automat befindet oder dieser nicht zugänglich ist, als Schwarzfahrer deklariert werde. Das halte ich für falsch.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken wir an die ältere Bevölkerung, denken wir an Mütter mit Kinderwagen - die können nicht durch einen Doppelstock-

zug rasen und den Zugbegleiter suchen, um in den Besitz eines Fahrscheins zu kommen. Das sind so ganz einfache Dinge, die wir dabei beachten müssen. Ich denke, und das ist bei diesem Thema wichtig, dass wir hier sehr viel pragmatischer sein müssen und nicht sagen dürfen: Jetzt ist jeder einmal ein Schwarzfahrer.

Aber ich muss meine Zeit auch ein wenig aufteilen, da wir einen Entschließungsantrag der Koalition haben. Der hat mit unserem Antrag, Herr Jungclauss, so ziemlich nichts zu tun. Aber er zeigt: Man beschäftigt sich offensichtlich ganz explizit mit dem Nahverkehrsplan. Hätte ich gewusst, dass die Regierungskoalition unbedingt über den Landesnahverkehrsplan sprechen will, hätte ich doch heute den Antrag eingebracht, § 7 des ÖPNV-Gesetzes zu ändern. Dann hätten wir nämlich das Einvernehmen nicht nur im Ausschuss, sondern auch hier im Plenum herstellen können.

Trotzdem möchte ich darauf eingehen. Ich denke, dass wir es mit dem Landesnahverkehrsplan - die Kritik habe ich schon im Ausschuss deutlich geäußert -, nicht schaffen werden, einen Paradigmenwechsel zu erreichen. Dieser Landesnahverkehrsplan wird dazu führen, dass wir weitere Taktausdünnungen vornehmen müssen. In der Folge werden sich weniger Leute auf diesen Strecken befinden, und das wird wiederum in einem sehr engen terminlichen Zusammenhang dazu führen, dass wir weitere Strecken abstellen. Das ist keine verlässliche Verkehrspolitik für unser Land. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir neue Modelle suchen müssen, damit der Schienenpersonennahverkehr, also das Bahnfahren, interessanter wird. Dabei geht es auch um die Kombination mit Güterverkehren, das muss man auch betrachten. Das hat etwas zu tun mit dem übrigen ÖPNV, also den Busverkehren im Land. Die einzelnen Verkehre müssen vertaktet werden. In der Begründung zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen lese ich: „Gegenwärtig wird der Landesnahverkehrsplan für den Zeitraum 2013 bis 2017 fortgeschrieben.“ - Das haben wir bereits gemacht. Im Grunde ist das ein alter Antrag, der mit der tatsächlichen Situation vor Ort nichts mehr zu tun hat.

Ich finde es sehr lobenswert, wenn die Verbindungen zur Republik Polen weiter qualifiziert werden. Da bin ich gern dabei. Nur, die Regionalisierungsmittel, die wir als Land Brandenburg bekommen, sind zuallererst dafür da, dass wir für die Brandenburger den Bahnverkehr organisieren. Das muss Folge des Ganzen sein. Wenn wir jetzt anfangen und sagen, wir wollen mehr Verkehr nach Polen haben, ist das ganz nett. Aber ich habe dann ein Problem, weil der Minister sagt: Jede Neubestellung führt an anderer Stelle zu einer Abbestellung.

Ich bin nicht bereit, für das Ziel, nach Polen Verkehre zu organisieren, in der Uckermark weiter den Schienenpersonennahverkehr einzuschränken. Das ist mit mir und mit der Union nicht zu machen.

(Beifall CDU)

Ansonsten hätte man, wie ich meine, diesen Antrag ja nehmen können. Wir waren die einzigen, die einen Antrag eingebracht haben, der viele dieser Dinge durchaus aufführt. Ich glaube, dass dieser Entschließungsantrag nur deshalb auf die Tagesordnung gekommen ist, damit sie überhaupt einen eingebracht haben.

(Zuruf)

- Das ist ja kein Vorwurf, der Ihnen zu machen wäre. Sie haben das ja nicht eingebracht, Herr Minister.

Sie hätten ihn am 6. Dezember bei der Herstellung des Einvernehmens einbringen und in den Landesnahverkehrsplan einarbeiten müssen. Das wäre das Einfachste der Welt gewesen. Mit unserem Antrag, den wir zusammen mit den Grünen gestellt haben, hat er nichts zu tun. Ich denke, dass es im Land weiterhin dazu kommen wird, dass Verkehre abbestellt werden müssen. Wir werden es sehr schnell merken, dass der ÖPNV bei weitem nicht ausfinanziert ist, dass wir im Grunde einen Minister haben, der sich mit einem Auge sicherlich ärgert - das haben wir heute Morgen schon gehabt -, sich aber mit dem anderen Auge dennoch freut. Denn er hat mit dem schlimmen Zustand der Bahn derzeit die Möglichkeit, seine 15 Millionen Euro globale Minderausgabe zu decken. Er hat uns ja nicht gesagt, wie er das machen will. Das sind letztlich diese Strafzahlungen, die er einziehen wird, um diesen Haushalt irgendwie hinzubekommen. Ich nehme ihm das nicht übel, aber das gehört auch zur Wahrheit.

Von daher müssen wir uns an dieser Stelle über neue, andere Wege unterhalten, wie wir Nahverkehr organisieren. Die Regionalisierung von Bahnstrecken haben wir schon in der Anhörung angesprochen. Ich fand, das war ein sehr interessantes Thema - schade, dass es nicht aufgegriffen worden ist.

Dennoch wird uns dieses Thema einholen, und ich fürchte, schneller, als wir alle es uns wünschen.

An dieser Stelle wünsche ich allen Ausschussmitgliedern, dem Minister, aber natürlich auch denjenigen auf der anderen Seite und allen Abgeordneten, Ihnen und Ihren Familien, ein gesegnetes Weihnachtsfest. - Alles Gute und vielen Dank für Ihr Gehör!

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Genilke. - Die Aussprache wird mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fortgesetzt. Frau Abgeordnete Kircheis erhält das Wort.

Frau Kircheis (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Besteigt man in Cottbus einen Triebwagen nach Zittau, dann verkauft der Zugbegleiter einem eine Fahrkarte ohne Bordzuschlag - sogar bis nach Polen oder Tschechien. Diesen Zugbegleiter müssen Sie nicht erst suchen. Er sucht Sie unmittelbar nach dem Einsteigen am Platz auf. Er serviert Ihnen für nur 90 Cent einen guten Kaffee; woanders müssen Sie 2,90 Euro hinblättern. Es gibt also schon fahrgastfreundlichen ÖPNV in Brandenburg.

Ich muss zugeben, dass ich Ihren Antrag daher mit viel Sympathie gelesen habe, auch wenn er mich wundert, nachdem wir im Ausschuss bereits die strategischen Weichenstellungen für das System bis 2017 diskutiert haben; Sie wollen unsere Debatte damit fortsetzen, dass Sie solche Dinge wie gut lesbare Displays an Fahrkartenautomaten fordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Brandenburg besteht nicht nur aus ländlichen Räumen. Das, was zwischen Cottbus

und Spremberg funktioniert, geht einfach nicht auf allen Strecken. Grund hierfür ist der Erfolg des Regionalverkehrs. Wir haben zum Glück Züge, in denen statt 30 oder 40 Fahrgästen 700 oder 800 Menschen sitzen bzw. manchmal auch stehen. Da sind Zugbegleiter mit der Abfertigung und der Kontrolle der Fahrscheine mehr als ausgelastet. Beim Erwerb seines Fahrscheines muss der Fahrgast notgedrungen ein wenig mithelfen, indem er sich selbst aktiv darum bemüht.

Für den Verkauf der Fahrscheine tragen die Verkehrsunternehmen die Verantwortung. Die meisten haben flächendeckend Automaten, Verkaufsstellen und Schaffner. Der Busfahrer ist gerade im ländlichen Raum Fahrkartenverkäufer und Tarifberater in einem. Aber ein hier tätiges Großunternehmen scheitert nicht nur daran, eine rollende S-Bahn zu gewährleisten; auch der Kauf der Fahrkarte wird zum Spießrutenlaufen.

Um den Konzern börsenfähig zu machen, hatte der Personalabbau Vorrang vor Kundenbedürfnissen. Daher wurden Fahrkartenschalter geschlossen und Automaten der Betriebskosten wegen abgebaut. Die Folge: lange Warteschlangen und der Einsatz sogenannter Automatenverkäufer. Diese mussten wiederum vom Schalterpersonal abgezogen werden. Ein Fahrkartenautomat im Zug? Bis auf Kaffee- und Getränkeautomaten - Fehlangelegenheit. Guter Service sieht wahrlich anders aus. Aber auch die DB ist lernfähig. Der Bordzuschlag wird abgeschafft, und minderjährige Fahrgäste werden nicht mehr bei minus 11 Grad in Heiligengrabe oder Bärenklau aus dem Zug geschmissen.

Die Attraktivität des ÖPNV hängt nicht allein davon ab, wie komfortabel und schnell ein Ticketerwerb für den Bahnfahrer oder die Bahnfahrerin ist. Sie hängt auch ab vom Service, von der Freundlichkeit des Personals, von modernen Zügen, attraktiven Direktverbindungen, guten Umsteigemöglichkeiten oder auch von Angeboten für Familien und Fahrradfahrer. Das heißt: Es sind wesentlich mehr Faktoren ausschlaggebend dafür, ob sich Menschen dafür entscheiden, den ÖPNV zu nutzen.

Für noch mehr Kundenfreundlichkeit der DB wären andere Vorgaben vom Konzerneigner, vertreten durch Bundesminister Ramsauer, nötig. Vielleicht würde der Konzern dann sogar die zwischen den Jahren 1989 und 2007 vergrauten 35 Millionen Kunden des Fernverkehrs zurückgewinnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Entschließungsantrag greift nicht kleinteilig einzelne Aspekte heraus, sondern bezieht sich auf den gerade vorgestellten Landesnahverkehrsplan. Ein Kernpunkt unseres Antrags ist die Zusammenarbeit mit Berlin. Für Brandenburg und seine Pendlerbeziehung zu Berlin ist die RE-Linie von großem Stellenwert. Wir müssen die Verbindung zu den Nachbarländern und zu Polen verbessern; direkt vor unserer Haustür liegt die Metropole Stettin mit 500 000 Einwohnern.

Ein attraktives ÖPNV-Angebot nach Berlin ist ökologisch und wirtschaftlich zugleich sinnvoll. Wir müssen intensiver als bisher mit den Regionen über die demografischen Herausforderungen diskutieren und zu abgestimmten regionalen Mobilitätskonzepten kommen. Die regionale Beteiligung an der Abstimmung des Landesnahverkehrsplans ist für diesen Prozess ein guter Anfang.

Bezüglich der Tarif- und Informationsangebote maßen wir uns als Parlamentarier nicht an, den Experten im Detail Vorschrift-

ten zu machen. Es reicht unseres Erachtens, konkret zu formulieren: Was brauchen wir, um ein einfaches und verständliches Tarifsystem sowie exzellenten Service zu bieten? - Liefern müssen hier aber der VBB und unsere Auftragnehmer.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch zu Ihrem Antrag sagen: Ein einfaches Tarifsystem ist nicht immer gerecht. Fallen Spezialtarife zugunsten von Einheitstarifen weg, werden viele Relationen teurer. Automaten, die ein breites Sortiment an Fahrkarten anbieten, brauchen mehr als einen Knopf. Wenn Sie teure Bordpreise abschaffen wollen, wäre die Einführung eines Frühbucherrabatts ein Widerspruch in sich. Frühbucherrabatte und flexibler Nahverkehr schließen sich aus.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Kircheis, Ihre Redezeit ist beendet.

Frau Kircheis (SPD):

Ihr Antrag ist daher eher Aktionismus, statt ein sinnvolles, durchdachtes Gesamtkonzept. Wenn Sie wirklich mehr Fahrgäste zum Umsteigen auf Bus und Bahn bewegen wollen, sollten Sie Ihre Wünsche vielleicht noch einmal kritisch durchdenken. - Vielen Dank. Auch von mir ein frohes Weihnachtsfest Ihnen und Ihren Familien.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kircheis. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Beyer erhält das Wort.

Beyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ist er nun, der vorletzte Tagesordnungspunkt und mein letzter für dieses Jahr. Es ist ein Tagesordnungspunkt, der sich mit einem in der Tat wichtigen Thema beschäftigt, das viele Menschen im Land Brandenburg und darüber hinaus in Berlin, aber auch im gesamten Bundesgebiet berührt.

„Den ÖPNV im Land Brandenburg fahrgastfreundlich gestalten“ - nach dem Lesen der Überschrift müsste man eigentlich meinen: Alle sind sich einig und jetzt kommen wir auch hier in einem großen Konsens zu der Aussage, wie wir das machen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, ich habe mir Ihren Antrag durchgelesen. Oben steht - das habe ich sogar in Rot geschrieben; das mache ich sonst nicht -: „Alles richtig!“ Gar keine Frage: Das, was hier formuliert ist, würden auch wir unterschreiben. Aber dann steht ganz unten in der Ecke: Aber wie umsetzen? - Das ist immer die große Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen SPD und die Linke, genauso ist es mir mit Ihrem Antrag gegangen. Auch dazu steht hier in Rot: „Alles richtig!“ Gar keine Frage: Zu dem Problem, dass das, was da geschrieben ist, vielleicht nicht so ganz hundertprozentig - ich will es nicht

übertreiben - zu dem Tagesordnungspunkt passt, hat Herr Kollege Genilke schon einiges gesagt. Aber auch dort steht unten: Aber wie umsetzen?

Damit komme ich zum Entschließungsantrag meiner Fraktion. Wir haben uns bemüht, einen Punkt herauszugreifen - das Thema der Fahrkartenautomaten berührt viele Menschen im Land; darin sind wir uns einig -, und haben versucht, einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu machen. Denn wenn wir das ändern wollen, können wir das erst bei den nächsten Vertragsverhandlungen machen, wenn wir wieder bestellen. Dann muss es in die Verträge hineingeschrieben werden. Damit der Vertragspartner das auch einhält, lieber Herr Minister, muss in den Verträgen ein Passus enthalten sein, der sich mit Vertragsstrafen beschäftigt: Was soll passieren, wenn das Verkehrsunternehmen das nicht macht?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bin ich bei meinem ganz persönlichen Weihnachtswunsch. Ich würde mir für das nächste Jahr wünschen - das ist immer so die Zeit, in der man gute Vorsätze mit in das nächste Jahr nimmt -, dass wir uns vielleicht etwas weniger mit Anträgen befassen, in denen alle immer all das schreiben, was grundsätzlich richtig ist, in denen aber die konkrete Aufforderung an die Landesregierung fehlt, wie dies umzusetzen ist. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unser Auftrag als Parlamentarier, der Landesregierung Anweisungen an die Hand zu geben, wie es gehen soll.

(Zuruf: Genau!)

Das würde ich mir in der Tat wünschen. Ich weiß nicht, wie Sie das Weihnachtsfest verbringen werden. Ich habe meiner Frau versprochen: Es soll ein „analoges Weihnachtsfest“ werden - kein Facebook, keine E-Mail, leider auch kein Fahrkartenautomat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Frau hat allerdings schon gesagt, ich würde das ohnehin nicht einhalten. Aber wie immer Sie das Weihnachtsfest gestalten: Ich wünsche Ihnen friedvolle Weihnachten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. Wir haben gerade überlegt, wie wir die Einhaltung dieses guten Vorsatzes kontrollieren könnten. - Das Rederecht erhält nunmehr für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Wehlan.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag wird ein kleiner Teil der Diskussion über den Landesnahverkehrsplan 2013 bis 2017 - die Fahrgastfreundlichkeit im ÖPNV - in den Landtag gebracht.

Sie thematisieren die Fragen hinsichtlich Zugbegleiter, Ausstattung von Bahnhöfen, Fahrkartenautomaten und Fahrkarten für den Regionalverkehr, Herr Genilke. Diese Stichworte sind zu jeder Zeit - besonders natürlich im Winter - gut und richtig.

Sie, Herr Genilke, haben sich mit Ihrem Bundestagsabgeordneten Herrn Koeppen an die Kreistage in Brandenburg gewandt, diese Initiative bitte zu unterstützen.

Der VBB hat Ihnen am 22. November auf die von Ihnen gestellten Fragen geantwortet - die Antwort ist uns über unser Ausschuss-Mailfach zugegangen - und Ihnen die rechtliche Situation sowie den genauen Arbeitsstand geschildert, der sich an vielen Stellen von Ihrem Kenntnisstand, wie Sie ihn in Ihrem heutigen Diskussionsbeitrag dargelegt haben, deutlich unterscheidet.

Ich habe den VBB-Brief in meinen Kreis eingespeist, weil er wesentliche Punkte Ihrer Sichtweise vom Kopf auf die Füße stellt. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir das Thema „Tarifangebote, Fahrgastinformation und elektronisches Ticket“ in unseren Entschließungsantrag aufgenommen haben.

Lieber Herr Beyer, ich mag Sie ja,

(Beyer [FDP]: Ui!)

wenn Sie immer so forsch und sachlich daherkommen, was immer auch mit ein wenig Selbstironie und Humor verbunden ist. Aber dieser eine Punkt, von dem Sie meinen, ihn notwendigerweise aus dem Sammelsurium herausgreifen und mit einem Quorum des Landtags verbinden zu müssen, kommt sehr forsch daher. Wenn man alle Züge im SPNV mit Fahrkartenautomaten ausstatten und dies künftig „im Rahmen der Bestellung bei Ausschreibungen und Vertragsgestaltungen mit Verkehrsunternehmen“ deutlich fixieren will, frage ich mich: Wo ist diesbezüglich das Wie Ihres hier eingeforderten hilfreichen Mittuns gegenüber der Landesregierung? Insofern: Ganz so forsch geht es an dieser Stelle sicherlich nicht.

Ich verstehe zum Teil die Kritik, weshalb man die Diskussion über einen Entschließungsantrag zum Landesnahverkehrsplan in den Landtag holt. So ganz verstehe ich es jedoch nicht: Auf der einen Seite fordern Sie als Oppositionsfraktion immer, wir sollten ein noch so kleines Wattebäuschchen, das Sie uns zupusten oder zurollen, aufgreifen und ernst nehmen. Auf der anderen Seite sind Sie - obwohl wir es ernst nehmen und es die höhere Weihe der Diskussion zum Landesnahverkehrsplan im Landtag Brandenburg erhält - damit aber auch nicht zufrieden und ärgern sich vielmehr, dass wir es so handhaben.

(Genilke [CDU]: Ich bin immer zufrieden!)

Nun möchte ich noch etwas zum Entschließungsantrag sagen. Frau Kircheis hat die Situation mit den Fahrkarten und all den damit zusammenhängenden Problemen sehr dezidiert skizziert. Sie sehen, dass wir in unserem Entschließungsantrag viel grundsätzlicher und auch weitergehend die notwendigen Fragen zum Gesamtsystem des ÖPNV thematisieren. Es ist ein Unterschied, ob ein Landtag ein Quorum über zehn Schwerpunkte vermittelt, die künftig die Landesregierung bei der Umsetzung des Landesnahverkehrsplanes zu berücksichtigen hat, oder ob im Rahmen einer Benennungsherstellung eines Ausschusses die Landesregierung den freundlichen Vorschlag beachten kann, aber so richtig der Druck dann doch erst durch das Landesparlament erfolgt.

In der Beratung haben wir auch gemerkt, dass viele Fragen und Anregungen, die uns im Fachgespräch, aber auch in den Stel-

lungnahmen bewegt haben, Aufnahme in den Landesnahverkehrsplan gefunden haben. Uns war es wichtig, die zehn Schwerpunkte an dieser Stelle noch einmal dezidiert an die Landesregierung zu tragen.

Die Lampe am Rednerpult blinkt schon wieder kräftig. Bei der Vorbereitung meiner Rede kann ich immer nicht so gut abschätzen, wie viel ich in fünf Minuten einbringen kann. Daher bin ich nun auch noch nicht so richtig bei der Vorstellung unseres Entschließungsantrages angelangt. Dennoch möchte ich Sie - Gott bewahre - nicht überstrapazieren und zumindest noch die Chance haben, Ihnen für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage alles Gute zu wünschen.

Die zehn Schwerpunkte sind wichtig, was an dieser Stelle gesagt werden muss. Ich gehe davon aus, dass der Minister bei der Umsetzung des Landesnahverkehrsplans nicht eine kühle, sondern eine sichere Hand beweist. All das, was über den Fachausschuss und die Beratung dazu an Druck oder auch an freundlich gemeinten Hinweisen notwendig ist, werden wir gern tun. Insofern bedanke ich mich als Ausschussvorsitzende auch besonders bei Ihnen, verehrte Herren der Schöpfung, für die gute Atmosphäre in unserem Fachausschuss. - Ihnen und Ihren Familien alles Gute!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wehlan. Es war zunächst die gelbe Lampe, die geblinkt hat, aber am Ende ist es dann doch die rote geworden. - Wir kommen nun zum Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Jungclauss erhält das Wort.

Jungclauss (GRÜNE/B90):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank auch für den guten Abschluss, Frau Wehlan, wobei ich natürlich auch die Damen des Verkehrsausschusses in dieses Lob einbeziehen möchte.

(Frau Stark [SPD]: Das ist nett! - Frau Lieske [SPD]: Sehr gut! - Folgart [SPD]: Wunderbar!)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Reisen mit der Deutschen Bahn bietet Ihnen uneingeschränkte Mobilität. Sie können sich im Zug die Beine vertreten, entspannt die Aussicht genießen oder den Service im Bordrestaurant nutzen. - Soviel zur Werbung.

Die Realität sieht etwas anders aus. Seit Neuestem setzen sich Bahnkunden auch noch der Gefahr aus, als Schwarzfahrer abgestempelt zu werden. Seit dieser Woche hat die DB Regio den Bordzuschlag abgeschafft und mit ihm die Möglichkeit, im Zug einen Fahrschein nachzulösen - außer, wenn es am Bahnsteig keinen funktionierenden Fahrkartenautomaten gibt.

Theoretisch waren Fahrgäste auch bislang schon dazu verpflichtet, vor Fahrtantritt einen Fahrausweis zu lösen; jedoch wurde das aufgrund des Bordzuschlags in der Praxis anders gehandhabt. Wie nun mit der neuen Regelung verfahren werden soll, ist völlig unklar. Es verunsichert die Fahrgäste und trägt mit Sicherheit nicht zur Attraktivität des Nahverkehrs bei.

Einen Fahrschein am Automaten vor Fahrtantritt zu erwerben setzt folgende Bedingungen voraus: Erstens muss ein Automat vorhanden sein, zweitens muss der Automat funktionieren und vor allem die vorhandenen Zahlungsmittel annehmen, drittens müssen die Fahrgäste das komplizierte Tarifsystem durchschauen. Oft sind diese Grundvoraussetzungen an Bahnhöfen in Brandenburg jedoch nicht Realität.

War es vor Fahrtantritt nicht möglich, einen Fahrschein zu erwerben, ist der Fahrgast aufgefordert, sich umgehend an das Zugpersonal zu wenden. „Umgehend“ kann manche Fahrgäste aber vor unlösbare Probleme stellen. Ich selbst kann mich noch gut daran erinnern, wie es war, mit zwei Kindern - inklusive Kinderwagen und Gepäck - per Bahn unterwegs gewesen zu sein.

In der Regel ist es so, dass die S-Bahn aufgrund von „Verzögerungen im Betriebsablauf“ oder aufgrund anderer Unwägbarkeiten nicht pünktlich ist. Dann hetzt man mit Kind und Kegel die Treppen hoch und hinunter, um den Anschluss noch gerade so zu bekommen. Wenn das gelingt, ist man froh, dass nichts versehentlich auf dem Bahnsteig zurückgelassen wurde.

Und was nun? Die Regionalbahn ist - wie immer - überfüllt, weshalb an einen Sitzplatz nicht zu denken ist. Seit dieser Woche müsste ich mich also samt Kindern und Gepäck - beides sollte man möglichst nicht unbeaufsichtigt lassen - in dem überfüllten Zug auf die Suche nach dem Zugpersonal machen oder auf dessen Kulanz hoffen.

Wenn das Zugpersonal nun aber ständig in eine Diskussion darüber verwickelt wird, ob es möglich war, vor Fahrtantritt einen Fahrschein zu lösen oder nicht, bewirkt die Regelung das Gegenteil dessen, was sie erreichen soll; denn der VBB erklärt die Abschaffung des Bordzuschlags damit, dass das Zugpersonal sich um die Fahrgäste kümmern und nicht durch den Fahrkartenverkauf davon abgelenkt werden soll. DB Regio ist doch aber ein Dienstleistungsunternehmen.

(Frau Stark [SPD] telefoniert.)

- Vielleicht könnte die Telefoniererei vor mir unterbunden werden.

Insofern ist es nicht zu viel verlangt, dass DB Regio die Möglichkeiten des Fahrkartenverkaufs sicherstellt, und zwar mit Automaten auf den Bahnsteigen und in den Zügen. Die privaten Bahnunternehmen machen sogar vor, wie es geht. Mit einer entsprechenden Regelung wäre nicht nur den Fahrgästen geholfen, sondern auch dem Zugpersonal. Und entgegen Ihrer Aussage liegt es sehr wohl in der Verantwortung und im Aufgabenbereich des Verkehrsministers, sich dafür einzusetzen. Deshalb sollte sich der Landtag im Interesse der Fahrgäste für klare und einfache Regelungen im VBB-Tarifsysteem aussprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Linken, Sie müssen sich schon entscheiden. In der Ausschusssitzung zum Landesnahverkehrsplan hat die Fraktion GRÜNE/B90 ihre Wünsche und Vorschläge eingebracht. Sie hingegen waren der Auffassung, dass unser Antrag durch die Benennungsherstellung entbehrlich geworden sei. Dieser Auffassung sind wir gefolgt und haben unseren Antrag für die Plenarbefassung zurückgezogen. Da kommen Sie nun wie Kai aus der Kiste, for-

dern einen bunten Blumenstrauß von Ergänzungen, die nichts, absolut gar nichts mit dem vorliegenden Antrag zu tun haben,

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

und vergessen in der Begründung sogar noch, den ursprünglichen Text herauszunehmen.

(Burkardt [CDU]: Die haben kein Ticket gelöst!)

Ärgerlich daran ist vor allem, dass Sie damit die Sorgen und Nöte der Fahrgäste kleinreden. Unser Antrag ist nicht kleinteilig, sondern konkret. Er betrifft direkt die Lebensrealität Tausender Fahrgäste täglich. Vielleicht gehen Sie noch einmal in sich und entscheiden sich bei der Abstimmung im Sinne dieser Betroffenen.

Ansonsten wünsche auch ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Denken Sie bei der Verabschiedung in die Ferien aber bitte an die armen Abgeordneten, die nächste Woche noch Ausschusssitzungen haben. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie der Abgeordneten Stark [SPD])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclaus. - Bevor Herr Genilke seine 42 Sekunden Redezeit noch nutzen möchte, kommen wir zum Redebeitrag der Landesregierung. - Herr Minister Vogelsänger, das mit den zwei Augen hat Ihnen Herr Genilke bescheinigt. Bitte, Sie haben das Wort.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich fange mit den „zwei Augen“ an: Ich habe zwei ganz traurige Augen, was den jetzigen Zustand betrifft. Mein Interesse besteht darin, dass für die Fahrgäste die entsprechenden Leistungen erbracht werden. In den Haushalt sind die Mittel für die Erfüllung der Verträge eingestellt; das Parlament hat das beschlossen. Wir sind übrigens gut beraten, uns dafür einzusetzen, dass die Verkehrsleistungen auch angeboten werden, und ich bin gut beraten, entsprechend Druck zu machen. Denn, Herr Genilke, Sie werden mich doch an der Entwicklung messen: 2008 hatten wir im Regionalverkehr 152 000 Fahrgäste im Regionalverkehr, 2011 schon 170 000. Ich habe großes Interesse daran, dass der Nahverkehrsplan umgesetzt wird - vor allem fahrgastfreundlich.

Was ist passiert? Die Deutsche Bahn hat den Bordzuschlag von 2,50 Euro abgeschafft - eigentlich etwas Positives. Das entspricht dem, was bei NEB und ODEG schon lange gang und gäbe ist. Die Ausschreibungen sehen in 100 % der Züge Fahrbegleiter vor. In ländlichen Regionen, wo kein Automat auf den Bahnhöfen ist, wird der Fahrschein im Zug erworben. Das geht im berlinnahen Raum so nicht. Deshalb müssen dort Verkaufseinrichtungen vorhanden sein. Mit Herrn Dr. Trettin ist verabredet, dass wir das noch einmal überprüfen. Zu bestimmten Punkten gibt es Nachbesserungsbedarf.

Herr Genilke, Sie haben gemeinsam mit Herrn Koeppen einen offenen Brief verfasst; der Verbund hat ihn beantwortet. Ich bin sehr froh darüber, dass dies sehr detailliert geschehen ist; denn

die Antwort ist dann auch Maßstab der Nachprüfung. Es gibt die Zusage von Dr. Trettin, dass die Umsetzung vonseiten der Deutschen Bahn mit sehr viel Fingerspitzengefühl erfolgt. Wir werden, wie gesagt, eine gute Gelegenheit haben, die Taten zu messen.

Das ist jetzt meine dreizehnte Rede in dieser Sitzungswoche.

(Beifall SPD und CDU)

Es hat - wie immer - Freude gemacht, mit den Abgeordneten zu debattieren. Ich bedanke mich sehr für die konstruktive Unterstützung und freue mich, dass das Parlament nach einer sehr emotionalen Debatte - das ist bei Haushaltsdebatten so - doch noch dazu kommt, Beschlüsse zu fassen, denen neben den die Regierung tragenden Fraktionen auch Teile der Opposition zustimmen können. Das ist ein gutes Zeichen.

Ich freue mich auf das Jahr 2013, insbesondere auf viele gute Debatten und viele konstruktive Vorschläge von Ihnen. Alles Gute für das neue Jahr! - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Genilke, Sie können jetzt noch Ihre 42 Sekunden nutzen.

Genilke (CDU):

Nur ganz kurz; so viel Zeit muss sein. - Ich glaube, dass wir 50 % der Probleme, was die Fahrscheinautomaten angeht, mit diesem Teil lösen könnten. Dort müssen wir eigentlich hinkommen. Dazu habe ich heute noch nicht viel gesagt, aber auch noch nicht viel gehört. Das müssen wir aber erreichen, das muss unser Ziel sein.

Frau Kircheis, ich möchte noch etwas zu den Tarifen sagen, insbesondere dazu, ob diese ungerecht sind. Dazu ein Beispiel: In meinem Büro war ein ältere Dame, die sagte: „Mensch, ich musste im Zug noch einmal eine Fahrkarte lösen!“ Ich habe mich dann aufklären lassen: Sie ist von Finsterwalde nach Berlin gefahren. Im Zug kam heraus, dass sie, obwohl auf dem Fahrschein „von Finsterwalde nach Berlin“ angegeben war, nicht im Besitz eines gültigen Fahscheins war. Warum? Die Dame hätte im Vorfeld, beim Kauf am Automaten, wissen müssen, ob sie über drei oder über vier Landkreise fährt, also über Zossen oder über Königs Wusterhausen.

Ich stelle die Frage: Muss ich als Fahrgast wissen, ob ich über Zossen oder über Königs Wusterhausen, über drei oder über vier Landkreise fahre? Ich glaube, damit wird die Attraktivität des Bahnfahrens nicht erhöht.

Sie hat dann zwar nicht die 40 Euro Strafe zahlen müssen, durfte aber den Fahrschein noch einmal bezahlen, weil der, den sie besaß, auf dieser Strecke nicht galt.

Das sind Probleme, die wir klären müssen. Ich glaube, insoweit sind wir nicht weit auseinander. Wenn uns das gelingt, haben wir viel gewonnen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Genilke. Das waren lange 42 Sekunden, aber gut.

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung. Ihnen liegt - erstens - der gemeinsame Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/6465 vor. Er trägt den Titel: „Den ÖPNV im Land Brandenburg fahrgastfreundlich gestalten“. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag dennoch mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen - zweitens - zu dem Entschließungsantrag in der Drucksache 5/6512, eingebracht durch die FDP-Fraktion. Dieser Entschließungsantrag trägt keinen Titel.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ohne Worte!)

Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen - drittens - zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/6561. Der Titel lautet: „Mobilität als Element der Daseinsvorsorge innovativ gestalten“. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthalten? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag angenommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Optimale Koordination und schnelle Hilfe bei Rettungseinsätzen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/6454

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Lakenmacher erhält das Wort.

Lakenmacher (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Monaten haben uns wiederholt kritische Nachfragen und detaillierte Schilderungen von Unfallsituationen und den daraufhin erfolgten Rettungseinsätzen im Land Brandenburg erreicht. Diese Berichte kamen von Feuerwehrkameraden, von Unfallopfern, aber auch von Mitarbeitern der Rettungsdienste. Zuletzt gab es eine Berichterstattung über mehrere Fälle in der Prignitz, in denen die Regionalleitstelle Potsdam nicht die dem Unfallort nächstgelegene Feuerwehr alarmiert hatte. All diese Berichte, Nachfragen und Hinweise waren für uns Anlass nachzuhaken. So haben wir im August dieses Jahres eine parlamentarische Anfrage an Sie zu diesem Thema gestellt, Herr Minister.

Nun sind wir bezüglich der Qualität der Beantwortung parlamentarischer Anfragen ohnehin nicht verwöhnt; entsprechend war auch hier unsere Erwartungshaltung. Die Beantwortung unserer Anfrage zur mangelhaften Koordinierung von Einsätzen der Feuerwehr, der Rettungsdienste und der Polizei hat uns aber doch noch einmal in großes Erstaunen versetzt. Warum? Statistische Daten und Erhebungen über schief gelaufene Rettungseinsätze liegen der Landesregierung - laut Antwort auf unsere Anfrage - nicht vor. Die Landesregierung weiß demnach auch nicht, ob die Regionalleitstellen genug Personal haben. Ferner weiß die Landesregierung nicht, wie hoch der Krankenstand in den Regionalleitstellen ist. Ihr ist auch nicht bekannt, ob dort alle Mitarbeiter die für diese verantwortungsvolle Tätigkeit erforderliche Qualifikation haben.

Ich finde es bemerkenswert, dass die Landesregierung bis heute leider kein echtes Interesse an der Situation in den und um die Regionalleitstellen und deren Personal gezeigt hat - und offensichtlich auch nicht zeigen will.

Den Grund dafür, dass so viele Rettungseinsätze falsch koordiniert werden und nicht optimal laufen, also den Grund dafür, dass die Rettungskräfte zum Teil schlicht und ergreifend fehlgeleitet werden, meint die Landesregierung trotz der sonst vorherrschenden Unkenntnis zu kennen. Dabei macht sie es sich aber sehr einfach und schiebt die Verantwortung letztlich insbesondere den Menschen zu, welche die Rettungskräfte alarmieren, das heißt, Rettung und Hilfe anfordern. In der Antwort auf unsere Anfrage wird das so formuliert: „falsche Ortsangaben durch die mitteilenden Personen“.

Meine Damen und Herren! Wenn es um die optimale Koordination von Rettungseinsätzen durch die Regionalleitstellen geht, muss das Ziel darin bestehen, kurze Eintreffzeiten der Rettungskräfte sicherzustellen.

(Beifall CDU)

Die Unfallopfer müssen möglichst schnell Hilfe erhalten und medizinisch versorgt werden. Es geht hier einerseits um die Rettung von Menschen, um den Schutz von Leib und Leben, und andererseits darum, dass die unfallbedingten Folgegefahren sowohl für die am Unfall Beteiligten als auch für die Unbeteiligten auf ein Minimum reduziert werden.

(Beifall CDU)

Herr Minister, ich kann und möchte mich deshalb bei diesem wichtigen Thema und dieser sehr wichtigen Aufgabe nicht mit der Antwort bzw. dem Hinweis zufriedengeben, dass insbesondere und allein falsche Ortsangaben der alarmierenden und hilfeanfordernden Menschen hier verantwortlich sein sollen. So einfach sollten wir es uns nicht machen, besonders vor dem Hintergrund - das habe ich gerade mit dargestellt -, dass ja ansonsten keinerlei Erkenntnisse vorliegen - oder: angeblich nicht vorliegen - und auch bislang nicht erfasst werden.

Der jetzt auch von Ihnen in der Antwort auf die Anfrage schon angekündigte Abgleich der genannten Einsatzdaten mit den in den Einsatzleitsystemen hinterlegten Daten wird nicht der große Wurf sein und die hier bestehenden Defizite bei fehlkoordinierten Rettungseinsätzen nicht beheben. Um Lösungen und Maßnahmen zu erarbeiten, die dem Ziel dienen, bestmögliche -

das heißt vor allem: schnelle - Hilfe bei Rettungseinsätzen zu erreichen, müssen wir doch zunächst einmal sicherstellen, dass überhaupt eine Erfassung und Dokumentation dieser Rettungseinsätze erfolgt. Später, in einer Auswertung, muss festgestellt werden, wo die Defizite in den bisher praktizierten Verfahrensabläufen liegen, ob sie zum Beispiel in der Kommunikation, und speziell in der Kommunikationskette zwischen den hier Beteiligten liegen. Wenn wir das wissen, können wir auch die dringend erforderliche und fortlaufende Optimierung der Unfallrettung und der Arbeit unserer Regionalleitstellen erreichen. Anders wird es nicht gehen. Darauf zielt unser Antrag, und deswegen bitte ich Sie um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lakenmacher. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Schippel hat das Wort.

Schippel (SPD): *

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Herren Lakenmacher und Hoffmann für ihre Kleine Anfrage. Es ist richtig, es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete, Strukturen und Abläufe zu hinterfragen, wenn es zu Problemen kommt.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Der Antrag allerdings, den Sie im Ergebnis der Antwort der Landesregierung formuliert haben, liest sich so, als hätten Sie entweder die Antwort nicht verstanden oder als wollten Sie sie nicht verstehen.

Rettungsdienste und Brandschutz sind kommunale Aufgaben. Träger des Rettungsdienstes sind die Landkreise, Träger des Brandschutzes sind die Ämter und Gemeinden. Sie können mir als jemandem, der für Mitarbeiter einer Rettungswache verantwortlich ist, glauben, wenn ich Ihnen sage - Sie bemängeln einiges und fordern, dass festgestellt werden müsse, wo eventuell Fehler liegen -: Gehen Sie in die Leitstellen, lassen Sie sich die Protokolle zeigen! Da gibt es Wortprotokolle, da gibt es schriftliche Protokolle. Das ist einfach notwendig, um Schaden von den Mitarbeitern in den Rettungsdiensten usw. abzuwenden. Es gibt Angehörige, die oft ganz schnell kommen und fragen, warum das und das passiert ist. Vielleicht war die Feuerwehr, die Sie gerade erwähnten, vom Dienst abgemeldet; auch so etwas gibt es. Oder sie war zu einer bestimmten Zeit nicht im diensthabenden System. Das werden Sie nur herausbekommen, wenn Sie exakt den Fall in der Leitstelle hinterfragen.

Insofern ist Ihre Forderung nach einem Maßnahmenkatalog, nach der Evaluation eines gesamten Komplexes zu relativieren. Dieser laufende Prozess wird tagtäglich in den Leitstellen gemacht. Fahren Sie hin, gucken Sie sich das an! Dann werden Sie feststellen, dass tagtäglich daran gearbeitet wird.

Was die Qualifizierung betrifft, so ist dazu nun wirklich genügend festgelegt: 160 Stunden Fortbildung im Jahr allein für die Leute, die dort sitzen. - Ich will das gar nicht weiter ausdehnen. Diese Antwort hat Ihren Antrag überflüssig gemacht.

Bevor ich gute Weihnachtswünsche ausspreche, habe ich an Sie noch eine Frage - damit Sie unbeschadet über Weihnachten kommen -: Wissen Sie alle in diesem Saal, wie man einen Notruf richtig absetzt? Können Sie aus dem Stegreif die fünf W's, die dazu gehören, sagen? Wir werden Gott sei Dank immer dazu in die Lage versetzt durch diejenigen, die das tun, die Rettungsdienste betreiben und wissen, wo der Haken ist. Er ist nun wirklich da, um zu helfen, wenn Leute anrufen, die in ihrer Aufgeregtheit Dinge verwechseln usw.

Ich kann die W's noch einmal ganz schnell nennen:

Das erste W: Wo ist der Notfall passiert? Das zweite W: Was ist geschehen? Das dritte W: Wie viele Betroffene sind zu versorgen? Das vierte W: Welche Verletzungen oder Krankheitszeichen haben die Betroffenen? Fünftes W: Warten Sie immer auf die Rückfrage der Rettungsleitstelle! Das ist wichtig, denn in der Aufgeregtheit geht es oft unter.

Ich hoffe, dass Sie ein unfallfreies Weihnachten haben. Und wenn Sie beherzigen, was ich soeben gesagt habe, die fünf Fragen also beantworten können, kommt auch schnell der Rettungsdienst. - Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schippel. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Goetz erhält das Wort.

Goetz (FDP): *

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt etwas, was jeder kennt: Jedes Jahr, stets ohn' Verdruss, gibt's Drucksachen zum Jahresschluss. Diesmal war's die CDU, stellt Fragen ohne Rast und Ruh', die auf der Seele brennen immer - wie der Weihnachtsbaum im Zimmer. Schön ist's, wenn beim Stubenbrände unsere Feuerwehr im Lande den Weg gut kennt in Dorf und Stadt und obendrein 'nen Fahrer hat. Wenn's Wasser läuft, ist's guter Brauch, wenn nicht, steht Dietmar Woidke auf dem Schlauch. Das Problem zu sehn ist gut - besser wär's, wenn man was tut. Mal kommt er früher und mal später, unser Rettungssanitäter. Ob er weit weg, ob er falsch fährt, das ist bis heute ungeklärt.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Klar ist: Ruft man 1-1-2, wünscht man sich Hilfe schnell herbei, wenn Kollege Lakenmacher zündet seine Polenkracher.

(Allgemeine Heiterkeit)

Klar ist auch: Geht mal was schief, muss man klären, was da lief, was hat wo nicht funktioniert, damit das nicht noch mal passiert. Doch einfach so die Hand zu heben, auf gut Glück die Stimme geben, da wär' mir unwohl tief im Bauch, und falsch wär' es vermutlich auch. Mehr Sorgfalt und mehr Sachlichkeit, Rot-Rot zum Dialog bereit, das könnt' mir nächstes Jahr gefallen. - Frohe Weihnacht Ihnen allen!

(Allgemeine Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Die poetische Leistung von Herrn Goetz ist jetzt schwer zu toppen, aber es geht weiter mit Herrn Kollegen Scharfenberg, der eigentlich sehr gut singen kann. Mal gucken!

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das wollte ich auch sagen: Das ist kaum zu toppen.

Herr Lakenmacher, wenn man Ihnen zuhört, könnte man auf die Idee kommen, dass 99 % der Einsätze schief laufen. Aber Sie wissen genau wie ich, dass weit über 99 % der Einsätze erfolgreich verlaufen. Das, was Sie hier vorschlagen, ist ein ungeeignetes Mittel. Insofern schließe ich mich vollinhaltlich den Worten des verdienten Feuerwehrmanns Werner-Siegwart Schippel an, was nicht immer der Fall ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich wünsche Ihnen ein frohes und erholsames Weihnachtsfest und hoffe, dass wir uns auch im nächsten Jahr gut vertragen. - Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharfenberg. - Wir kommen zum Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Abgeordnete Nonnemacher hat das Wort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, bis Weihnachten ist noch ein ganz klein wenig hin, und wir haben hier immer noch eine laufende Sitzung des Landtages Brandenburg. Bei allem Verständnis und allem Amüsement über liberale Dichterfürsten möchte ich gerne zu diesem Antrag sprechen.

Auf der Grundlage des am 24. Mai 2004 beschlossenen Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes wurden die vorher bestehenden 17 integrierten Leitstellen zu fünf Regionalleitstellen zusammengefasst. Diese integrierten Regionalleitstellen wickeln alle Einsätze auf dem Gebiet der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr - Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst - ab. Die Leitstellenbereiche Lausitz, Oderland, Nordost, Mittelmark und Nordwest wurden in Cottbus, Frankfurt (Oder), Eberswalde, Brandenburg an der Havel und Potsdam angesiedelt und dort an die bestehenden Berufsfeuerwehren angegliedert, um im Großschadens- und Katastrophenfall sofort Zugriff auf weitere geschulte Kräfte zu haben.

Die Regionalleitstellen nahmen in mehreren Ausbaustufen im Laufe des Jahres 2010 ihren vollen Betrieb auf. Die Regionalleitstelle Nordwest ist am 15.12.2010, also vor zwei Jahren, letztlich vollständig betriebsbereit gewesen. Damit waren die Umstrukturierungen in diesem Prozess aber keineswegs abgeschlossen.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU-Fraktion zur mangelhaften Koordinierung von Rettungseinsätzen wird ja auf viele, zum Teil noch laufende Maßnahmen hingewiesen: auf das Projekt Harmonisierung der Rettungsleitstellen zur Bearbeitung von Schnittstellenproblemen, den Aufbau von Qualitätsmanagementsystemen in allen fünf Regionalstellen mit Vergabe eines Audits, die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der Leitstellen mit Geschäftsstelle in Cottbus, die Schaffung eines Notfallplans bei Totalausfall einer Leitstelle mit Kompensation der Havarie durch zwei andere Leitstellen, die technische Vereinheitlichung der Standards aller Leitstellen, um einen solchen Ausfall kompensieren zu können, und die Implementierung eines einheitlichen Einsatzleitsystems.

Der Antrag der CDU-Fraktion fokussiert stark auf angeblich vielfache Fehleinsätze von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften. In der Tat hat es einige sehr spektakuläre und von der Presse stark beachtete Unfallereignisse mit Todesfolge gegeben, wie im August 2012 in der Prignitz. Aber auch aus der Uckermark sind ähnliche Klagen zu hören gewesen, und schon im September 2010 waren im Zusammenhang mit dem Aufbau der Rettungsleitstelle in Brandenburg an der Havel gehäuft Beschwerden im Raum Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark zu verzeichnen.

In einem hochsensiblen Bereich wie dem Rettungswesen, wo es um Menschenleben geht, ist es oft schwierig, zwischen medial vermarkteten Pseudoskandalen und wirklichem menschlichem oder Systemversagen zu unterscheiden. Auch dürfte die Entscheidung, ob es sich um Fehl- oder Nichtfahrten oder um Fehlalarme böswilliger Art oder um solche in gutem Glauben handelt, statistisch ausgesprochen schwierig zu erfassen sein, zumal verschiedene Akteure der Gefahrenabwehr involviert sind und Zuständigkeiten teils beim Land, teils bei den Kommunen liegen.

Trotzdem kann die in der Kleinen Anfrage mit der Regelmäßigkeit einer tibetanischen Gebetsmühle zu vernehmende Aussage, der Landesregierung lägen dazu keine statistischen Angaben vor, wirklich nicht befriedigen.

(Vereinzelte Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Im Fall des Rettungsdienstes muss jedem Einsatz mit schwerwiegenden Folgen und nicht optimalem Einsatzverlauf größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Sinne einer konstruktiven Fehlerkultur müssen vermeidbare und behebbare Ursachen analysiert und herausgearbeitet werden, auch wenn sich oft herausstellt, dass der unglückliche Ausgang des Notfalleinsatzes leider unvermeidbar war.

An dem Antrag in der vorliegenden Form missfällt mir die strikte Fokussierung allein auf Verkehrsunfälle. In einer alternativen Bevölkerung nehmen nichttraumatische Notfälle einen zunehmenden, viel größeren Raum ein. Auch dabei ist interdisziplinäres Vorgehen entscheidend, zum Beispiel beim Aufbrechen von Wohnungen, Suiziden, schweren Bewusstseinsstörungen oder im Fall von Bergungs- und Tragehilfen.

Der Intention des Antrags, dass die Rettungskette gerade jetzt - nach Abschluss der Umstrukturierung, Implementierung eines Qualitätsmanagements und Vernetzung der fünf Leitstellen -

ihre Arbeit einmal unter die Lupe nehmen lässt und einen Bericht vorlegt, können wir aber durchaus folgen.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Wir kommen nun zum Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Woidke, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider kann ich nicht mit gereimten Versen dienen.

(Oh! bei der SPD)

Aber, Herr Lakenmacher, Ihr Antrag - gerade vor dem Hintergrund der beantworteten Kleinen Anfrage - ist die Steigerungsform von flüssig, nämlich überflüssig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Überflüssig deshalb, weil er auf falschen Voraussetzungen aufbaut, überflüssig, weil die von Ihnen geforderten Maßnahmen schlichtweg nicht erforderlich sind, und letztlich auch überflüssig, weil wir alles, was dazu zu sagen ist, bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage sehr ausführlich dargestellt haben.

Sie haben bereits in der Kleinen Anfrage 2329 von mehrfachen falschen Alarmierungen und mangelnder Einsatzkoordinierung geschrieben. Im aktuellen Antrag der CDU kann man jetzt sogar von „vielfachen Fehl- und Nichtfahrten der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste“ im Land lesen.

Diesen Vorwurf, Herr Lakenmacher, sehr verehrte Kollegen von der CDU, weise ich hier entschieden zurück. Mir ist schleierhaft, wie Sie zu dieser haltlosen Kritik kommen können, die letztlich impliziert - das ist das, was Sie geschrieben haben -, dass Einsätze in diesem Land unbearbeitet bleiben, dass Einsatzkräfte nicht in die Autos steigen und sich nicht dahin begeben, wo Leuten geholfen werden muss. Und Sie wissen sehr genau, dass Sie damit einen falschen Eindruck erwecken.

(Beifall SPD)

Sie diskreditieren die engagierte, sehr gute Arbeit in den Leitstellen im Lande Brandenburg. Und Sie diskreditieren - das ist noch viel schlimmer - die Arbeit der Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehren und Rettungsdienste. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben diese Kollegen in keiner Art und Weise verdient.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ihre Vorwürfe haben sich auch nach Überprüfung als nicht haltbar herausgestellt. Herr Lakenmacher, vielleicht hören Sie jetzt wenigstens einmal zu, wenn Sie schon die Antwort auf die Kleine Anfrage nicht gelesen haben.

Abweichungen zwischen dem tatsächlichen und dem erfassten Einsatzort, die es in Einzelfällen gegeben hat - und so etwas wird immer wieder vorkommen -, resultieren in aller Regel aus

falschen oder mangelhaften Ortsangaben der Mitteilenden und nicht unbedingt aus Fehlern in den Leitstellen der Einsatzkräfte.

Die Mitarbeiter in den Leitstellen sind und werden speziell geschult. In den Erstgesprächen müssen möglichst konkrete Einsatzinformationen gewonnen werden. Ich bin Werner-Siegmund Schippel dankbar, der auf die fünf großen W's der Einsatzleitstellen eingegangen ist und das Ganze noch einmal dargestellt hat. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir es bei den dort Anrufenden mit Leuten zu tun haben, die sich in Ausnahmesituationen, die sich an Unfallorten oder in der Nähe eines Notfalls befinden und häufig nicht ortskundig sind. Das kann dann natürlich in der Tat zu falschen Angaben aufgrund der Aufregtheit oder der Ortsunkundigkeit führen. Wir können solche Fehlinformationen leider nie völlig ausschließen. Letztlich sind die Mitarbeiter in den Leitstellen darauf angewiesen, dass die Informationen möglichst konkret sind.

Die Maßnahmen, die die Landesregierung eingeleitet hat, sind in der Kleinen Anfrage sehr ausführlich dargestellt. Deswegen möchte ich hier davon absehen, das nochmals zu tun. Jeder, der möchte, kann es nachlesen. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses gerade jetzt - vor, während oder auch zwischen den Feiertagen - die Gelegenheit nutzen, sich in ihren Regionen vor Ort von der verantwortungsvollen und teilweise auch sehr schweren Arbeit der Mitarbeiter in den Leitstellen, aber auch von der schweren und verantwortungsvollen Tätigkeit der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in diesem Land zu überzeugen. Die Kolleginnen und Kollegen haben es verdient. - Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Woidke. - Herr Abgeordneter Lakenmacher hat noch einmal das Wort, zur letzten Rede in diesem Landtag im Jahr 2012.

Lakenmacher (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister! - Zunächst einmal zu Herrn Goetz: Vielen Dank für Ihre Wortakrobatik. Die nehme ich gleich zum Anlass, anlässlich des Jahreswechsels davor zu warnen, hier Pyrotechnik außerhalb des deutschen Einzelhandels zu kaufen.

(Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

- Ja, Herr Goetz.

Ich finde es insgesamt, Herr Minister, sehr schade und bedauerlich, dass Sie nicht erkennen lassen, das Problem beherzt angehen zu wollen, und dass Sie Ihre Verantwortung nicht annehmen. Gerade das hätte ich mir bei diesem Ansinnen gewünscht, und ich glaube, das wünschen sich auch die Kameraden der Feuerwehr, die Mitarbeiter der Rettungsdienste und vor allen Dingen die Menschen im Land. Insofern schließe ich mich natürlich Ihren Wünschen zum Jahreswechsel an die Kameraden der Feuerwehr und die Mitarbeiter der Rettungsdienste an. Aber ich denke, diese hätten sich schon gewünscht, dass Sie die Probleme hier ernster nehmen.

Herr Schippel, mit dem Fingerzeug auf die Zuständigkeit der Kommunen und den Betrieb der Regionalleitstellen - das wussten wir alles auch vorher - ist heute leider nichts für die Optimierung im Unfallrettungssystem gewonnen worden; darauf hat Frau Nonnemacher dankenswerterweise auch hingewiesen. Und so schön all die hier von Ihnen mehrfach genannten und uns allen ja bekannten Bezeichnungen und existenten Projekte klingen und auch sind - das Projekt Harmonisierung der Regionalleitstellen oder das im Aufbau befindliche Qualitätsmanagementsystem, Herr Minister -: Das wussten wir alles. Aber Sie verstecken sich hinter all diesen Projekten mit dem Verweis auf andere Zuständigkeiten und packen das Problem nicht an; das finde ich schade.

Herr Scharfenberg, Sie haben ja gesagt: 99 % - 1 %. Da haben Sie doch den Knackpunkt getroffen: Wir wissen es nicht. Es wird nicht evaluiert. Das ist genau der Knackpunkt, Herr Scharfenberg.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt! Sie können ja nicht einmal zuhören!)

- Ja, doch, ich höre zu. Wir haben eben keine Antwort, wie viel es prozentual oder in absoluten Zahlen sind.

Die Ablehnung des Antrags heute bedeutet, dass wir es verpassen, einen ersten und richtigen Schritt in Richtung kurze Eintreffzeiten der Rettungskräfte und schnelle Hilfe - vor allem: schnelle medizinische Hilfe - für die Unfallopfer zu gehen. Sie verpassen es, die nötigen Schritte zu gehen, um hier die Fehlerquellen zu identifizieren. Ich würde alle bitten, das mit in die Abstimmung zu nehmen.

Zuletzt, meine Damen und Herren, möchte ich hier, am Ende der letzten Plenarsitzung im Jahr 2012, Ihnen allen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Ich wünsche uns allen, dass wir uns hier gesund und munter im Jahr

2013 wiedersehen. Ich wünsche Ihnen auch eine sichere Heimfahrt.

Ich wiederhole es: Kaufen Sie nur Pyrotechnik aus dem deutschen Einzelhandel! - Vielen Dank.

(Vereinzelt Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lakenmacher. - Wir sind am Ende der Aussprache angelangt. Ich komme zur Abstimmung:

Es liegt der Antrag der CDU-Fraktion auf Drucksache 5/6454 - „Optimale Koordination und schnelle Hilfe bei Rettungseinsätzen sicherstellen“ - zur Abstimmung vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6.

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir angekommen: Es ist für uns nun eine Zeit der Stille angebrochen. Nutzen Sie die Zeit, um sich ein bisschen herunterzufahren. Ich wünsche Ihnen, dass Sie keine Begegnungen mit „Ursachen im Straßenverkehr“, mit dem Rettungsdienst haben.

Ich wünsche Ihnen harmonische, stille, friedliche, schöne, leuchtende Tage bis zur ersten Sitzung im Jahr 2013.

Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Ende der Sitzung: 16.25 Uhr

Anlagen

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 14. Dezember 2012

Frage 1160

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Rastanlage Kappgraben an der A 10 -

Die Gemeinde Panketal und die Bürgerinitiative Gartenstadt Neu-Buch dringen seit geraumer Zeit darauf, dass im Rahmen der Planung zum Ausbau der A 10 die geplante Rastanlage Kappgraben zwischen Anschlussstelle Oberkrämer und Autobahndreieck Barnim um ca. 7 Kilometer verschoben bzw. auf den bislang geplanten Standort komplett verzichtet wird. Mehrfach sind durch die Betroffenen Positionen und Einwände bei der Planungsbehörde deutlich gemacht worden. Bürgermeister und Bürgerinitiative belegen, dass durch Verfahrensfehler und mangelnde Abstimmungen ihre Planungsvorschläge seit Jahren nicht berücksichtigt werden, obwohl die Schutzwürdigkeit von Wohngebieten im Gebiet Neu-Buch in Planungsunterlagen verankert wurde und die vorgeschlagenen Alternativen kostensparend wären. Der Landesbetrieb für Straßenwesen ist mit den Planungen beauftragt.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie bewertet sie den dargestellten Sachverhalt, besonders hinsichtlich der Lösung des Konflikts, der Verschiebung der Rastanlage sowie der besseren Einbeziehung der Betroffenen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Die Rastanlage Kappgraben-Nord ist Bestandteil des zurzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens zum sechsstreifigen Ausbau des nördlichen Berliner Rings von km 161,6 bis km 193,7. Das Anhörungsverfahren ist weitgehend abgeschlossen, gegenwärtig wird durch die Planfeststellungsbehörde der Beschluss bearbeitet.

Im Verfahren wurden die Argumente der Gemeinde und der BI behandelt.

Zur Findung eines Standortes für die Rastanlage wurden mehrere Alternativstandorte geprüft. Die Alternativstandorte östlich Lindenhof und westlich der Karower Chaussee mussten verworfen werden, da sie im Landschaftsschutzgebiet Buch bzw. im Naturpark Barnim liegen. Zudem ist am Alternativstandort westlich der Karower Chaussee der Abstand zur benachbarten Wohnbebauung noch geringer als im Fall der Planfeststellungsvariante.

Der Alternativstandort östlich Lindener Weg scheidet aus, da er unmittelbar an das planfestgestellte Autobahndreieck Schwanebeck anbindet. Die Mindestabstände zwischen Rastanlage und Knotenpunkt, die erforderlich sind, damit die Autofahrer die Ankündigungstafeln auch wahrnehmen können, bzw. im Bereich der Knotenpunkte nicht mit zu vielen Informationen überschwemmt werden, könnten nicht eingehalten werden.

Der zusätzlich in Abstimmung mit der Bürgerinitiative untersuchte Alternativstandort in der Nähe zum Vorzugsstandort würde zwar zu einer Erhöhung des Abstands der Bebauung im Bereich Kastanienweg führen, ist aber unter Lärmgesichtspunkten unwirksam. Aufgrund der längeren Anschlussleitungen für Entwässerung, Trinkwasser und Energie ist gegenüber der Planfeststellungsvariante zudem mit einer Kostensteigerung zu rechnen. Außerdem hat die Firma 50-Hertz-Transmission mitgeteilt, dass dieser Standort mit der vorgesehenen 380 KV-Leitung kollidiert. Der Vorhabenträger ist nach Abwägung dieser Sachverhalte bei seinem Ursprungsstandort geblieben.

Zum Schutz der Wohngebiete bei dem planfestzustellenden Standort ist nördlich der Autobahn durchgängig ein sechs Meter hoher Lärmschutzwall vorgesehen. Im Bereich der Rastanlage wird er jedoch unterbrochen. Hier besteht nur ein drei Meter hoher Erdwall. Für die Abschirmung des Autobahnlärms sorgt hier eine sechs Meter hohe Lärmschutzwand zwischen Autobahn und Rastanlage.

Bei dieser technischen Lösung beträgt der Schallanteil der Rastanlage für alle Emissionsorte in Neu-Buch maximal 0,1 dB(A) und führt nicht zu einer Grenzwertüberschreitung. Eine Verschiebung der Rastanlage in östliche Richtung wäre daher für die Lärmbelastung in Neu-Buch ohne Auswirkung.

Frage 1162

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Senkung des Beschulungsalters? -

Befürchtungen zufolge plant die Landesregierung, das Beschulungsalter für Menschen mit geistiger Behinderung ab dem Schuljahr 2014/15 auf 18 zu senken. Nicht nur entwicklungspsychologisch, auch hinsichtlich der Betreuung hätte das erhebliche Nachteile.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern plant sie tatsächlich eine entsprechende Absenkung?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch

Ihre Befürchtung ist unbegründet. Für Menschen mit einer geistigen Behinderung werden wir in Brandenburg nach wie vor Schule bis zum 21. Lebensjahr aufrechterhalten, denn sie bedürfen besonderer Fürsorge. Ziel ist, dass Menschen mit einer geistigen Behinderung ihre Potentiale voll entfalten und ihr Recht auf Teilhabe nutzen können.

Frage 1163

CDU-Fraktion

Abgeordneter Björn Lakenmacher

- Einsturzgefahr des Brückenbauwerks 20/08 am Nordumfluter -

Im Ortsteil Alt Zauche in der Gemeinde Alt Zauche-Wußwerk ist das Brückenbauwerk 20/08 (Wotschowska-Brücke) am Nordumfluter stark einsturzgefährdet. Aufgrund von Überschwemmungen und starken Vernässungen kam es bereits zu

einer Absenkung von mehr als 30 cm. Die Wotschofska-Brücke ist bereits seit März 2012 für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Im kommenden Jahr wird eine neue Brücke über den Nordumfluter, die sogenannte Pionier-Brücke, in Betrieb genommen. Da der Nordumfluter im Spreewald ein Gewässer I. Ordnung ist und das Brückenbauwerk 20/08 nicht mehr in Betrieb ist, muss das Land umgehend seiner Verkehrssicherungspflicht nachkommen und dieses sofort zurückbauen, bevor die Brücke in den Nordumfluter stürzt.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen wird das Land umgehend ergreifen, um einem Einsturz der Wotschofska-Brücke zuvorzukommen und seiner Verkehrssicherungspflicht für den Nordumfluter nachzukommen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Baulastträger dieser Brücke ist die Gemeinde Alt Zauche-Wußwerk. Die zuständige Schifffahrtsbehörde im Landesamt für Bauen und Verkehr hat diesen Abschnitt des Nordumfluters für den Schiffsverkehr bereits gesperrt.

Der Baulastträger der Brücke wird aufgefordert, die Brücke abzureißen, damit eine durchgängige Durchfahrung des Nordumfluters spätestens zur nächsten Saison wieder möglich ist. Ein Neubau ist nicht erforderlich, weil zukünftig die sich gerade in Bau befindliche Pionier-Brücke genutzt werden kann.

Frage 1165

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Hähnchen-Mastanlage bei Tempelberg -

Laut Presseberichten wird in der Nähe von Tempelberg - Gemeinde Steinhöfel - die Errichtung einer Hähnchen-Mastanlage geplant. Dabei sollen bis zu 420 000 Tiere gemästet werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie - vor allem unter Tierschutz- und Emissionsschutzaspekten - diese Planung?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Es ist dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bekannt, dass eine solche Anlage in Steinhöfel geplant ist. Ein Investor hat um die Durchführung eines Scopingtermins zur Feststellung des Untersuchungsrahmens für eine Umweltverträglichkeitsprüfung gebeten. Diese wäre ein Bestandteil der Genehmigungsunterlagen.

Ein Antrag auf Genehmigung wurde allerdings bisher nicht gestellt. Somit liegen keine Informationen über die konkrete Planung zur Errichtung einer Masthühnerhaltung vor, anhand derer sich die Emissionen der Anlage oder die Berücksichtigung von Belangen des Tierschutzes beurteilen ließen.

Frage 1166

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Aufstellung von Schallschutzwänden an Autobahnen -

Zunehmend gibt es Angebote privater Investoren, an Autobahnen oder Bahntrassen Schallschutzwände in Verbindung mit Solaranlagen zu installieren. Diese könnten die möglicherweise nicht ausreichenden Flächen für entsprechende Anlagen kompensieren und gleichzeitig zum Lärmschutz beitragen.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie - auch vor dem Hintergrund möglicher Förderungen - diese Initiativen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Mir ist nicht bekannt, dass es eine Anhäufung von Anfragen oder Angeboten privater Investoren gibt, die photovoltaisch aufgerüstete Lärmschutzanlagen an Autobahnen oder Schienenstrecken bauen wollen. Konkrete Anläufe, das Straßennetz in Brandenburg betreffend, gab es bis heute nur punktuell.

Wir begleiten im Land Brandenburg aber ein Pilotprojekt, das sich dieser Zielstellung angenommen hat:

An der A 10 im Bereich Autobahndreieck Nuthetal bis Autobahndreieck Potsdam sollen dazu im Rahmen des achstreifigen Ausbaus Lärmschutzanlagen mit Photovoltaikmodulen bestückt werden, um platz- und umweltschonend eine große Menge - Leistung: ca. 7,5 MW - an Solarstrom zu erzeugen.

Bei weiterer positiver Entwicklung des Vorhabens kann das Vergabeverfahren mit der Einleitung des Teilnahmewettbewerbes im Jahr 2013 starten.

Die Landesregierung sieht sich gerne bereit, aufbauend auf weiteren, nachhaltigen Erkenntnissen aus dem Projekt „Photovoltaik plus Lärmschutz A 10“, weitere Optionen des solaren Lärmschutzes zu unterstützen. Für den Moment stehen diese Erfahrungen aber noch aus.

Frage 1167

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Bettina Fortunato

- Umgang mit Opfern nationalsozialistischer Verfolgung -

Verfolgt man derzeit die Medienberichterstattung, kann der Eindruck entstehen, dass im Land Brandenburg der Aufarbeitung der DDR-Geschichte mehr Aufmerksamkeit zugewandt wird als den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung. In diesem Sinne äußert sich auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in einem offenen Brief.

Ich frage die Landesregierung: Wie wirkt sie diesem Eindruck entgegen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst

Die Politik der Landesregierung zielt darauf ab, jede Aufrechnung von Leidenserfahrungen abzuwehren und eine umfassende und pluralistische Erinnerungskultur zu stärken. Hierzu gehört die Empathie mit allen Verfolgten und Opfern und deren Angehörigen. Ebenso gilt es, einer Gleichsetzung beider Dikta-

turen entgegenzuwirken. Mit dem Konzept „Geschichte vor Ort: Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit von 1933 bis 1990“ verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Diskussion um klare, gesellschaftlich akzeptierte „Leitlinien“ für eine demokratische Erinnerungskultur in Brandenburg zu befördern. Hierzu zählt unter anderem auch eine differenzierte und ausgewogene finanzielle Förderung von Projekten beider Phasen.

Die Eröffnung neuer Dauerausstellungen in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, im Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR Eisenhüttenstadt, am Ort des ehemaligen Speziallagers Mühlberg und die Eröffnung der erweiterten Zone II des ehemaligen Speziallagers Sachsenhausen haben in der öffentlichen Berichterstattung Resonanz gefunden.

Sie müssen jedoch im Zusammenhang mit Vorhaben der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gesehen werden, die sich auf die Zeit vor 1945 beziehen und gleichzeitig begonnen bzw. abgeschlossen wurden oder in absehbarer Zeit abgeschlossen werden:

- Gestaltung der Freifläche des ehemaligen Lagerdreiecks im April 2012, Gedenkstätte Sachsenhausen
- Um- und Neubau der Räume für Archiv und Gedenkstättenpädagogik im sogenannten Alten Zuchthaus in Brandenburg an der Havel im Frühjahr 2012, Dokumentationsstätte Brandenburg
- Sanierung des SS-Wirtschaftsgebäudes („Grünes Ungeheuer“), Fertigstellung in Bälde, Gedenkstätte Sachsenhausen
- Umbau und Sanierung der ehemaligen Kommandantur einschließlich neuer Dauerausstellung, Fertigstellung im April 2013, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Zusätzlich ist die Eröffnung der neuen Dauerausstellung im Dezember 2012 in der Gedenkstätte Seelower Höhen zu den Projekten zu zählen. Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung kein Ungleichgewicht in ihrem Engagement im Bereich der Erinnerungskultur.

Frage 1168

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Probleme mit der Auslegung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes -

Am 1. Juni 2012 ist das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft getreten. In der Anwendung des Gesetzes gibt es Unklarheiten. So wird seit mehreren Wochen im Landkreis Prignitz eine Diskussion darüber geführt, ob unter anderem Kindertagesstätten und Schulen Altpapier sammeln dürfen. Die diesbezüglich unterschiedlichen Rechtsauffassungen von Behörden des Landes, des Kreises und Entsorgern verunsichern die Bürgerinnen und Bürger.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, dass trotz der bestehenden unterschiedlichen Rechtsauffassungen gemeinnützige Sammlungen, zum Beispiel von Altpapier, durchgeführt werden können?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen besteht die folgende Rechtslage:

Abfälle aus privaten Haushaltungen sind dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger - öRE - zu überlassen. Ausgenommen hiervon sind insbesondere Abfälle, für die eine Rücknahmeverpflichtung besteht, zum Beispiel Verpackungen, Elektro- und Elektronikschrott, oder wenn sie einer zulässigen gewerblichen oder gemeinnützigen Sammlung zugeführt werden. Über die Zulässigkeit dieser Sammlungen entscheidet das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - LUGV - aufgrund einer Anzeige. Soweit Abfälle aus Haushaltungen wie zum Beispiel Altpapier in Schulen oder Kindertagesstätten abgegeben werden, handelt es sich in der Regel weder um eine gewerbliche noch um eine gemeinnützige Sammlung. Es bleiben Abfälle aus Haushaltungen, die dem öRE zu überlassen sind. Ob der öRE die Schule als Übergabeort akzeptiert, ist keine Frage der Rechtsauslegung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, sondern eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Hier sind die Schulen und der örtliche öRE aufgefordert, sich miteinander abzustimmen.

Sofern tatsächlich eine gemeinnützige Sammlung an einer Schule beabsichtigt ist, setzt das einen Träger voraus, dessen Gemeinnützigkeit durch die Finanzbehörden anerkannt wurde. Diese Sammlung wäre dann beim LUGV rechtzeitig anzuzeigen. Die Prüfung, ob es sich bei einer als gemeinnützig angezeigten Sammlung tatsächlich um eine solche handelt, obliegt dem Landesamt, das diese Prüfung anhand der Freistellungsbescheide der Finanzbehörden und gegebenenfalls weiterer für erforderlich gehaltener Unterlagen durchführt.

Frage 1169

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Übernahme von Schulkosten -

Gemäß § 101 Absatz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes können sich Schulträger zu Schulverbänden als Zweckverbände zusammenschließen oder die Schulträgerschaft aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf einen anderen Schulträger übertragen. Gemäß § 106 Absatz 4 kann das staatliche Schulamt aus wichtigem Grund den Besuch einer anderen, nicht zuständigen Schule gestatten. Die Gemeinden sind im Verfahren anzuhören, müssen aber in jedem Fall die Schulkosten, gegebenenfalls auch höhere Schulkosten als bei der zuständigen Schule, übernehmen. Die Gemeinden sehen dies als Eingriff in die Finanzhoheit der Gemeinde, weil sie die Übernahme der höheren Schulkosten nicht verhindern können.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, zum Beispiel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs oder anderer Bestimmungen, die Übernahme von höheren Schulkosten auszugleichen?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

Ihre Frage betrifft zwei unterschiedliche Sachverhalte. Zum einen geht es um die kommunale Zusammenarbeit zwischen Schulträgern und zum anderen um die Entscheidung über den Antrag von Eltern auf Besuch einer anderen als der örtlich zuständigen Grundschule aus wichtigem Grund und um die finanziellen Folgen für die Schulträger.

Wenn sich Schulträger zu einem Schulverband zusammenschließen, treffen sie in der Verbandsatzung auch gemeinsame Festlegungen über die Finanzierung der Schule. Dabei werden die Schulkosten auf die Gemeinden umgelegt, die am Schulverband beteiligt sind. Zu einer Übertragung der Schulträgerschaft kommt es dann, wenn Gemeinden, die nicht selbst eine Grundschule vorhalten, diese Aufgabe an eine Gemeinde delegieren, die Träger einer Grundschule ist. Für die Schülerinnen und Schüler aus den Gemeinden, die die Schulträgerschaft übertragen haben, ist diese Schule nach Schulbezirkssatzung die zuständige Grundschule. Die Wohngemeinden haben dem Schulträger den Schulkostenbeitrag zu zahlen.

Auch wenn die Schulverbandssatzungen und die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen von der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde unter Beteiligung der Schulbehörde genehmigt werden müssen, wird die Entscheidung ausschließlich von den beteiligten Gemeinden getroffen, die auch die finanziellen Konsequenzen daraus tragen.

Die Entscheidung über den Antrag von Eltern auf Besuch einer anderen als der örtlich zuständigen Grundschule aus wichtigem Grund trifft das staatliche Schulamt. Im Schulgesetz sind die wichtigen Gründe für den Besuch einer anderen Grundschule präzisiert. Das können individuelle persönliche, pädagogische und soziale Gründe zum Wohl des jeweiligen Kindes sein, die schulfachlich zu beurteilen sind.

Die staatlichen Schulämter wägen bei ihrer Entscheidung zwischen dem Individualinteresse des Kindes und dem öffentlichen Interesse ab. Dabei bezieht sich das öffentliche Interesse insbesondere auf den notwendigen Erhalt von Schulstandorten und ausgeglichene Klassenfrequenzen und nicht auf fiskalische Interessen von Schulträgern. Einen Finanzausgleich vom Land an Gemeinden, die aufgrund der Entscheidung des staatlichen Schulamts zum Besuch einer anderen Grundschule zum Schulkostenbeitrag verpflichtet sind, halte ich nicht für erforderlich.

Zum einen handelt es sich nur um Einzelfälle. Zum anderen ist der Schulkostenbeitrag, der an den Träger der nicht zuständigen Schule zu zahlen ist, nicht zwangsweise höher als die eigenen Schulkosten oder der Schulkostenbeitrag an den zuständigen Schulträger.

Generell sind die Schulkostenbeiträge wegen der Anrechnung des Schullastenausgleichs in der Höhe verträglich und zumutbar. Wenn nicht, sollte die kommunale Rechnungsprüfung eingeschaltet werden.

Die Leistungsverpflichtung zum Schulkostenbeitrag folgt grundsätzlich dem tatsächlichen Schulbesuch. Auch im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, für die

ein Elternwahlrecht besteht, hat der zuständige Landkreis den Schulkostenbeitrag zu zahlen, wenn Eltern eine Schule wählen, deren Träger der Landkreis nicht selbst ist.

Warum gerade den Trägern von Grundschulen, die durch die Festlegung von Schulbezirken grundsätzlich die zuständige Schule bestimmen können, ein Finanzausgleich gewährt werden sollte, erschließt sich nicht.

Frage 1170**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Torsten Krause****- Zukunft der „Naturwerkstatt Gerswalde“ -**

Seit 2003 baut die Naturschutzjugend Brandenburg auf dem Gelände der ehemaligen Schlossgärtnerei in Gerswalde, Uckermark, eine Naturwerkstatt für Jugendliche auf. Das zuvor verwilderte Gelände wurde in ehrenamtlicher Arbeit und mithilfe von Drittmitteln beräumt, es wurden Altlasten entfernt und Bauwerke saniert. Das Gelände dient für Jugendbildungs- und -erlebnisveranstaltungen auch im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung; die Arbeit fand breite Unterstützung und wurde mit einem Preis der Yves Rocher Foundation ausgezeichnet.

Eigentümerin des Geländes ist die öffentlich-rechtliche Stiftung Großes Militärwaisenhaus zu Potsdam, deren Stiftungsrat von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung gestellt wird. Das Gelände war seit 2006 an die Naturschutzjugend verpachtet, soll aber nun verkauft werden. Obwohl die Naturschutzjugend ein über dem gutachterlich ermittelten Verkehrswert gelegenes Kaufangebot abgegeben hat, möchte die Stiftung das Gelände nun an Dritte verkaufen. Damit wäre der Jugendarbeit auf dem Gelände die Grundlage entzogen.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zum Verkauf der ehemaligen Schlossgärtnerei, auch vor dem Hintergrund der Folgen für die Jugendarbeit vor Ort und des Stiftungszwecks der Stiftung Großes Militärwaisenhaus?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

Im Jahr 2006 hat die Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam einen Pachtvertrag mit der Naturschutzjugend Brandenburg abgeschlossen, die das Gelände der Schlossgärtnerei zu einem Naturbildungszentrum entwickeln wollte. Es handelt sich dabei um ein 1997 zugestiftetes Grundstück mit einer Größe von 12 300 m². Eine Konzeption für Aufbau und Betrieb sollte Bestandteil des Pachtvertrags sein.

Die Arbeit der Naturwerkstatt mit Kindern und Jugendlichen und ihr ökologisches und nachhaltiges Engagement verdienen Anerkennung. Aus Sicht der Stiftung haben sich die Erwartungen an die Entwicklung der Liegenschaft nicht erfüllt. Die Konzeptionen der Naturschutzjugend sind über einen Planungsstatus nicht hinausgekommen und sind finanziell nicht untersetzt. Die personelle Absicherung des Projekts ist nicht gesichert.

Die Stiftung hat die Aktivitäten der Naturschutzjugend in den letzten Jahren mit über 35 000 Euro gefördert, kann aber darüber hinaus keine finanzielle Unterstützung leisten. Die laufen-

den Ausgaben aufgrund der Verkehrssicherungspflichten und der unabwiesbaren Instandhaltungsarbeiten übersteigen die Jahrespacht, die von der Naturschutzjugend gezahlt wird.

Angesichts eines geschätzten Investitionsbedarfs von mehr als 800 000 Euro ist eine dauerhafte Nutzung der Liegenschaft als Naturbildungszentrum nur auf Grundlage eines schlüssigen Betriebskonzepts möglich.

Im Juli 2012 hat die Stiftung die in meinem Hause für die Rechtsaufsicht über die Stiftung Großes Waisenhaus zuständige Stelle um Genehmigung gebeten, die Schlossgärtnerei Gerswalde verkaufen zu können, weil die Liegenschaft nicht mehr betriebsnotwendig ist. Im Rahmen der Ausübung dieser Rechtsaufsicht war zu prüfen, ob die Stiftung bei dem Vorhaben die für sie geltenden Rechtsvorschriften eingehalten hat. Raum für eine fachliche Überprüfung der Entscheidungen der Stiftung gab es dabei nicht.

In der Satzung der Stiftung ist geregelt, dass das Stiftungsvermögen in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten ist. Das bedeutet auch, dass die Stiftung nicht mehr benötigte Grundstücke grundsätzlich zum besten Preis verkaufen soll.

Im Rahmen der Prüfung durch die Stiftungsaufsicht ist der Verkauf mit der Maßgabe genehmigt worden, dass der Verkehrswert von 43 000 Euro nicht unterschritten werden darf. Nach Auskunft der Stiftung ist jetzt entschieden worden, das Grundstück an einen Interessenten zu verkaufen, der ein deutlich über dem Verkehrswert liegendes Angebot gemacht und zugleich angeboten hat, den Pachtvertrag mit der Naturschutzjugend zu übernehmen und die Zusammenarbeit fortzuführen. Für diesen Interessenten sprach auch ein Votum des Gemeinderats. Das Angebot der Naturschutzjugend lag zwar ebenfalls über dem Verkehrswert, zugleich aber erheblich unter dem des anderen Interessenten.

Nach dem Stiftungsrecht ist es nicht zulässig, bei der Verwertung von Grundstücken mit Hinweis auf eine Erfüllung des Stiftungszwecks in einem besonderen Einzelfall Verluste in Kauf zu nehmen, vielmehr ist das Stiftungsvermögen ungeschmälert zu erhalten.

Nur unter dieser Voraussetzung ist die Stiftung Großes Waisenhaus in der Lage, den Stiftungszweck - „die Betreuung, Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, für die eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und eine Hilfe für ihre Entwicklung geeignet und notwendig ist“ - dauerhaft zu erfüllen. Und darauf kommt es an.

Der Verkauf des Grundstücks ist stiftungsrechtlich von der Landesregierung nicht zu beanstanden. Wir nehmen die Einwendungen der Naturjugend - NAJU -, des NABU und des Landesjugendrings sehr ernst und werden die Perspektiven für die Naturwerkstatt an ihrem angestammten Ort noch einmal mit allen Beteiligten prüfen.

Frage 1171
fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
- Sorbisches/Wendisches im Schulunterricht: Unterschiedliche Zuständigkeit in Sachsen und Brandenburg -

Im Land Brandenburg werden im Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden die Maßnahmen zum verfassungsmäßig garantierten Unterricht in Niedersorbisch aus Mitteln der Stiftung für das sorbische Volk finanziert. In Sachsen dagegen liegt die Zuständigkeit, auch in finanzieller Hinsicht, beim Kultusministerium, weil der Freistaat Sachsen davon ausgeht, dass auch die Schulbildung für Sorben in der Verantwortung staatlicher Stellen liegt. Auf der gemeinsamen Sitzung des Sorben/Wenden-Rates Brandenburg und des Sorben-Rates Sachsen am 12. November 2012 in Dresden wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich wäre, diese Diskrepanz zwischen brandenburgischer und sächsischer Herangehensweise aufzulösen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, sich mit dem Freistaat Sachsen auf ein einheitliches Herangehen zu einigen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch

Genauso wie in Sachsen liegt auch im Land Brandenburg die Finanzierung der Lehrkräfte in der Verantwortung des Landes.

Das Land stellt für den Sprachunterricht Sorbisch/Wendisch ein bedarfsgerechtes Unterrichtsangebot gemäß Stundentafeln, Bildungsgangverordnungen und nach der Sorben-/Wenden-Schulverordnung bereit.

Wenn die Stiftung für das sorbische Volk darüber hinaus Kooperationen und Projekte mit Schulen entwickelt, ist das erfreulich, denn die Zusammenarbeit der Schulen mit anderen Partnern ist ausdrücklich gewünscht.

Eine Diskrepanz zwischen Sachsen und Brandenburg in der Zuständigkeit für den Sorbisch-/Wendisch-Unterricht gibt es nicht.

Frage 1172
fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
- Bundesprogramm „Kultur macht stark“ -

Mit dem Programm „Kultur macht stark“ fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ab 2013 außerschulische Angebote der kulturellen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Gefördert werden beispielsweise Ferienfreizeiten und Sommerakademien mit kulturellem Bezug, Musik- und Theaterinszenierungen oder Paten- und Mentorenprogramme, bei denen junge Menschen an Kunst, Musik, Literatur oder die neuen Medien herangeführt werden. Die Förderung beginnt 2013 und erstreckt sich über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. Dafür stellt das BMBF insgesamt 230 Millionen Euro zur Verfügung. Abgesehen davon, dass es stets schwierig ist, förderwürdige Kinder und Jugendliche erst zu separieren, um sie dann fördern zu können - weshalb ja das brandenburgische Programm „Klasse: Musik“ einen anderen Weg geht -, so scheint dieses Programm die Bundesländer mehr oder weniger überrascht zu haben. Ein abgestimmtes Vorgehen im Rahmen eines kooperativen Kulturföderalismus wäre sicherlich besser gewesen, denn schließlich wissen die Länder in Abstimmung mit den Kommunen am besten, wo Mittel am günstigsten für kulturelle Bildung eingesetzt werden sollten.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie bewertet sie das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ im Zusammenhang mit dem eigenen Konzept zur Kulturellen Bildung in Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst

Die im Konzept Kulturelle Bildung der Landesregierung Brandenburg enthaltenen Maßnahmen richten sich an alle Kinder und Jugendliche sowie an Erwachsene. Die Vielfalt kultureller Bildungsangebote soll für alle Bürger - egal welchen Alters und welcher Herkunft - zugänglich sein.

In diesem Sinne setzt das oben genannte Konzept bei der frühkindlichen Entwicklung an und erstreckt sich über den Schulbereich bis hin zur Erwachsenenbildung. Kindereinrichtungen und gerade die Schule sind geeignete Orte, um alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und sie gemeinsam kulturelle Bildungserfahrungen machen zu lassen. Träger der außerschulischen Kulturarbeit sind hier Partner der Schulen.

Das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ kann als eine Art Ergänzung und Verstärkung bei der Entwicklung von Initiativen der außerschulischen Angebote kultureller Bildung auf Projektbasis gesehen werden. Strukturell wird das Programm über die ausgewählten Fachverbände und Initiativen auf Bundesebene umgesetzt.

163 bundesweit tätige Verbände und Initiativen der außerschulischen Bildung hatten sich beim Bundesprogramm des BMBF um Fördermittel beworben. 35 von ihnen erhalten in den kommenden fünf Jahren, 2013-2017, insgesamt bis zu 230 Millionen Euro. Sogenannte Länderquoten gibt es nicht.

Nach der nun erfolgten Bestätigung der 35 Konzepte der Bundesverbände und -initiativen läuft derzeit die Vorbereitung des Antragsverfahrens beim BMBF. Dazu müssen in den Ländern lokale Bündnisse von drei verschiedenen Partnern vor Ort mit konkreten Projektideen entwickelt werden. Das wird zurzeit auch in Brandenburg von den zuständigen Landesverbänden für die jeweilige Szene vorbereitet. Die Anträge sind dann direkt von den lokalen Bündnissen/Projektträgern auf Bundesebene zu stellen. Das Antragsportal beim Bund ist noch nicht freigeschaltet. Die Phase der Antragstellung soll am 01.02.2013 beginnen. Nach Jurybefassungen erfolgt dann die Bescheiderteilung durch das Bundesministerium an die Antragsteller. Damit ist nicht vor April 2013 zu rechnen. Erst danach wird genau zu erfahren sein, wie viel Fördergeld in welchen Bereichen für welche konkreten Projekte von den insgesamt 230 Millionen Euro nach Brandenburg fließt.

Mit bis zu 20 Millionen Euro werden unter anderem gefördert:

- Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ)
- Verband deutscher Musikschulen e.V. (VDM)

Mit bis zu 10 Millionen Euro werden zum Beispiel gefördert:

- Deutscher Bühnenverein
- DBV Deutscher Bibliotheksverband e. V.
- Deutscher Chorverband e. V.

Mit bis zu 6 Millionen Euro werden unter anderem gefördert:

- Bundesverband Populärmusik
- Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
- Deutscher Museumsbund e. V.

Mit bis zu 3 Millionen Euro werden neben anderen gefördert:

- Bund Deutscher Amateurtheater e. V. (BDAT)
- Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. (BBK)
- Bundesverband Freier Theater e. V.

Mit einem Betrag von weniger als 3 Millionen Euro werden zum Beispiel gefördert:

- Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e. V.

Frage 1173

fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Stadumbauprogramm und Leerstand in Dörfern -

Da das Stadumbauprogramm, mit dem auch durch den Abriss von Plattenbauten Leerstand und damit Tendenzen der Verwahrlosung einzelner Quartiere vorgebeugt werden konnte, in ländlich geprägten Gemeinden nicht zur Anwendung kommt, ergeben sich inzwischen neue Probleme. So fehlt oft das Geld, leerstehende Plattenbauten am Rande von Dörfern abzureißen. Weiterhin wurden Überlegungen laut, die davon ausgehen, dass im Rahmen von Festlegungen über Kosten der Unterkunft Anspruchsberechtigte dort untergebracht werden könnten. Auf einer Beratung des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, BBU, mit Landtagsabgeordneten am 19. November 2012 in Lübbenau zeigten sich mehrere Vertreter von Wohnungsunternehmen wegen dieser möglichen Entwicklung besorgt.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, hier fördernd und regulierend einzugreifen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Der Landtag hat mit Beschluss 5/627-B vom 25. März 2010 den Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft beauftragt, im März 2011 einen Vorschlag für die Beseitigung des Leerstandes von Wohnungen im ländlichen Raum vorzulegen. Dies ist im 1. Halbjahr 2011 erfolgt; dabei wurde ausführlich dargelegt, welche Möglichkeiten mein Haus derzeit hat.

Maßnahmen im Sinne eines Wohnungsbauprogramms und eines Abrissprogramms bzw. eine gezielte Leerstands-beseitigung sind nicht Gegenstand des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ELER, und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, GAK.

Die GAK ist ein zentrales Instrument der Bundesregierung und der Länder zur Koordinierung und zur Schaffung eines Rahmens für die Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Durch ihren gesetzlich vorgegebenen Agrarstrukturbezug ist sie in ihren Möglichkeiten jedoch eingeschränkt. Für die Revitalisierung und Stärkung der Ortskerne ist insbesondere das im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur

und des Küstenschutzes angebotene Instrument der Dorfentwicklung von Bedeutung.

Im Zentrum steht dabei eine nachhaltige, an demografischen Trends und Tendenzen der Raumentwicklung orientierte Innenentwicklung. Die Landkreise und kreisfreien Städte als kommunale Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende führen die Aufgaben des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - SGB II - nach § 1 des Brandenburgischen AG-SGB II als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben durch. Sie bestimmen im Rahmen dieser Aufgabendurchführung somit eigenständig, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft und Heizung in ihrem Gebiet als angemessen gelten. Bei der Festlegung der Angemessenheitskriterien für Unterkunft und Heizung haben die kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Gegebenheiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt und die durch die Rechtsprechung aufgestellten Kriterien zur Ermittlung der Angemessenheit zu berücksichtigen. Nicht umfasst von der Befugnis zur Bestimmung entsprechender Kriterien ist es, Festlegungen darüber zu treffen, welche Unterkünfte den SGB II-Leistungsberechtigten zur Verfügung gestellt werden.

Dem MASF obliegt nach dem SGB II die Rechtsaufsicht über die Aufgabenwahrnehmung für Leistungen von Unterkunft und Heizung. Das bedeutet, es prüft lediglich, ob grundsätzliche Fehler in der Rechtsanwendung vorliegen.

Für den Bereich des SGB XII gelten die oben dargelegten Grundsätze sinngemäß.

Anwesenheitsliste vormittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Burkardt (CDU)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Dombrowski (CDU)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Görke (DIE LINKE)
Herr Goetz (FDP)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)

Herr Homeyer (CDU)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Lipsdorf (FDP)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Herr Petke (CDU)
Herr Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Dr. Woidke (SPD)
Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Frau Alter (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Görke (DIE LINKE)
Herr Groß (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)

Herr Jungclauss (GRÜNE/B90)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Muhß (SPD)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Herr Petke (CDU)
Frau Richstein (CDU)

Herr Richter (SPD)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Dr. Woidke (SPD)

